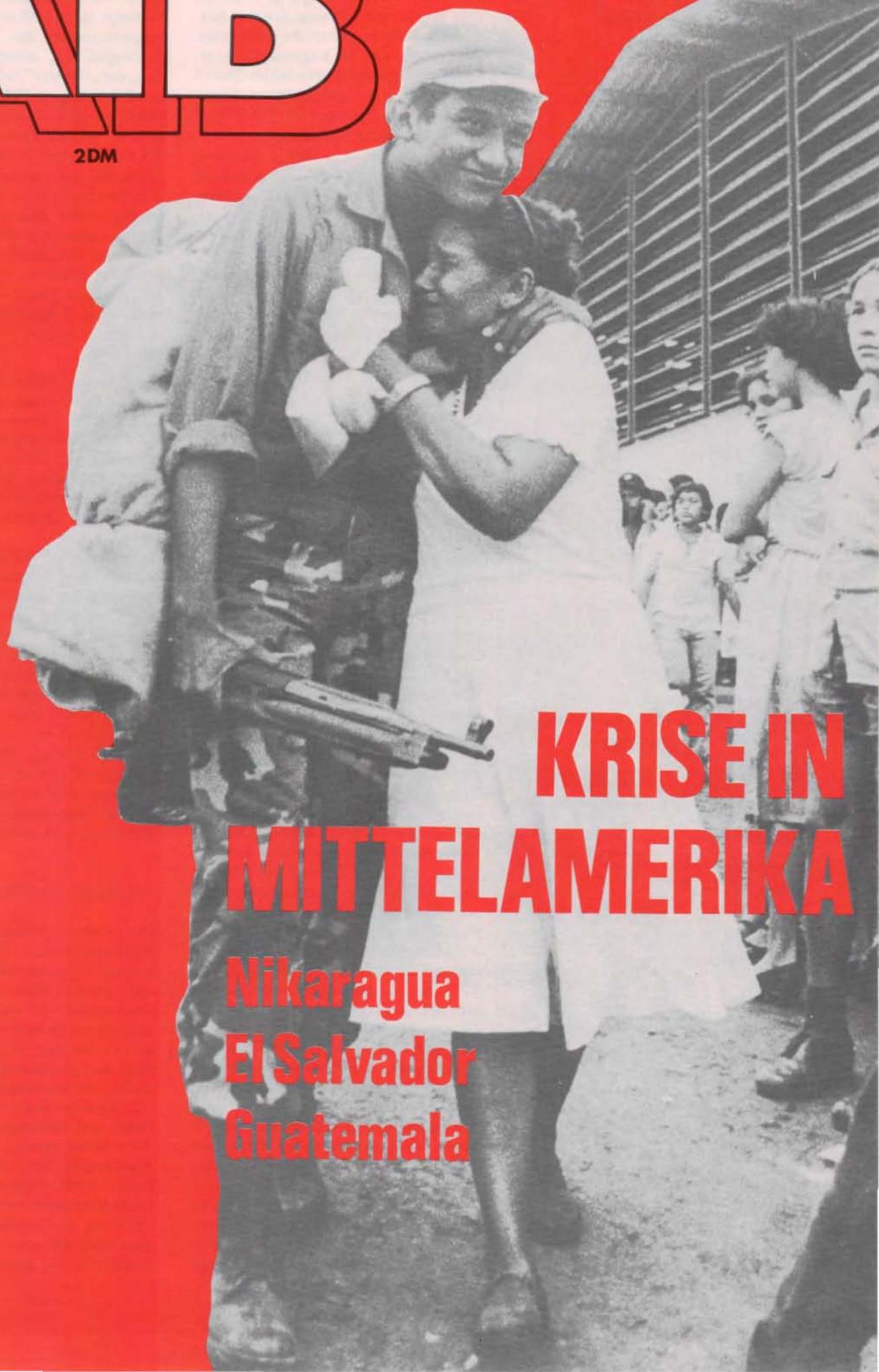


# AIB

Sonderheft 3/85

2DM



## KRISE IN MITTELAMERIKA

Nikaragua  
El Salvador  
Guatemala

## Inhalt

<i>Ute Kampmann</i>	
Bonn und die Mittelamerikakrise	II
<i>Gabriel Aguilera</i>	
Mittelamerika – Bilanz und Perspektiven	V
<i>Eckdaten zu Mittelamerika</i>	VII
<i>Bernd Graul</i>	
Boykott und Krise in Nicaragua – Kann die Revolution überleben?	IX
<i>Detlef Jordan</i>	
Umsiedlungen unter Zwang?	X
<i>Peter Garcia</i>	
Kubas Nicaraguahilfe am Ende?	XII
<i>Daniel Ortega</i>	
Die Träume von Sandino	XIV
<i>Nico Biver</i>	
Der US-Krieg hat viele Gesichter	XIX
<i>Wolfram Brönnner</i>	
Nach dem Wahlsieg in El Salvador:	
Duarte unter Zugzwang	XXI
<i>Interviews:</i>	
Hector Oqueli	XXIII
Joaquin Villalobos	XXIV
Ruben Zamora	XXVI
<i>Dieter Boris</i>	
Zuspitzung der Krise in Guatemala	XXVII
Erklärung der URNG	XXVIII
Aktions- und Materialspiegel	XXXI

## Impressum

AIB (Antiimperialistisches Informationsbulletin) – Die Dritte-Welt-Zeitschrift, gegr. 1970, erscheint monatlich

**Anschrift** von Redaktion und Vertrieb: AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg, Telefon 0 64 21/2 46 72

**Redaktion:** Wolfram Brönnner (Chefredakteur), Nico Biver (stellvertretender Chefredakteur), Georg Diedrichs, Pia Grund, Ute Kampmann, Doris Knabe, Marianne Kolter, Andreas Krajczek, Ulrich Rupp, Hans-Erich Schäfer, Petra Sittig

**Jahresabonnement** (inklusive Porto): Inland 25,- DM; Ausland normal 29,80 DM; Luftpost 49,60 DM; Förderabos 50,- DM oder mehr. Einzelheft: 2,50 DM, Doppelheft: 5,- DM. Bei Abnahme von 10 und mehr Exemplaren 33% Ermäßigung. Bestellungen unter 10 DM nur gegen Vorauszahlung (möglichst in Briefmarken), zuzüglich 0,60 DM Porto je Heft.

**Kündigungen** nur zum Jahresende. Spätester Termin: 15. November

**Konten:** AIB-Weltkreis-Verlag, Postgiro Frankfurt/M., Konto-Nr. 312 093-607, oder Marburger Volksbank, Rudolphspatz (BLZ 533 900 00), Konto-Nr. 9660

**Verlag:** WeltkreisVerlags GmbH, Dortmund

**Druck:** Plambeck & Co., Neuss

**Redaktionsschluß:** 16. Mai 1985

**Anzeigen:** Istmo, MID, Honduras Komitee Hamburg, Solidaritätsshop Dritte Welt, Radio Venceremos, Team Reisen, Mittelamerika Magazin, AAB

Der gesamten Auflage liegt ein Werbematerial des Peter Hammer Verlages bei  
**Fotografische:** AIB-Archiv, R. Lechleiter, NBI, FMLN/FDR, NACLA, Le Monde  
**Titelbild:** Ein nicaraguanischer Soldat verabschiedet sich von seiner Mutter, bevor er in den Kampf gegen die „Contras“ zieht

In Bonn ist man beleidigt. Am 15. Mai d.J. wurde der nikaraguanische Botschafter Heberto Incer ins Auswärtige Amt zitiert, weil der Regierung Kohl einige Worte des Staatspräsidenten Daniel Ortega und des Vizepräsidenten Sergio Ramirez zur Außenpolitik Bonns und Washingtons aufgestoßen waren.

Am 10. Mai d.J. hatte Ortega bei einem Staatsbesuch in der DDR erklärt, daß die Regierung Kohl sich zum „Komplizen der Reagan-Politik bei der Auslöschung des nikaraguanischen Volkes“ mache.<sup>1</sup> Ramirez hatte in Managua bemerkt, daß es kein Zufall gewesen sei, wenn ein US-amerikanischer Präsident 40 Jahre nach der Niederlage des Faschismus „auf dem Friedhof von Bitburg auftauchte, um Nazi-Offizieren der SS Tribut zu zollen“.<sup>2</sup>

### „Komplize der Reagan-Politik“

Der Lateinamerika-Beauftragte im Auswärtigen Amt, Horst Kullak-Ublick, verlangte vom Botschafter Incer eine „Richtigstellung“, da man ansonsten keinen Wert mehr auf den für Ende Mai d.J. geplanten Besuch Ramirez' lege. Zudem drohte er, Bonn werde die sofortige Rückzahlung aller Schulden fordern, fünf bereits suspendierte Entwicklungsprojekte vollends streichen und den Vertrag zwischen dem Deutschen Entwicklungsdienst (DED) und Managua überprüfen.<sup>3</sup>

Dabei hatte der nikaraguanische Staatschef die Dinge nur beim Namen genannt. Denn daß Bonn sich im Fahrwasser der Reaganschen Mittelamerikapolitik bewegt, war im Januar d.J. erneut bekräftigt worden. Damals hatten bei einer Bundestagsdebatte die Fraktionen der CDU/CSU, der FDP und der SPD die Bundesregierung zwar in einem gemeinsamen Antrag aufgefordert, die „entwicklungspolitischen Anstrengungen“ in Mittelamerika zu verstärken und gemeinsam mit der Europäischen Gemeinschaft (EG) auf eine politische, friedliche und nichtmilitärische Lösung der Probleme hinzuwirken.

Ein Änderungsantrag der SPD zur Wiederaufnahme der Zusammenarbeit mit Nicaragua und zum Einwirken auf die USA, um sie zur sofortigen Einstellung ihrer militärischen Aktivitäten zu veranlassen, fand jedoch ebensowenig eine Mehrheit wie ein Antrag der Grünen, die Hilfe für El Salvador einzustellen.

Zudem hat sich die Regierung Kohl auch gehütet, an dem am 2. Mai d.J. auf bundesdeutschem Boden von Ronald Reagan verkündeten US-Handelsembargo

gegen Nicaragua Kritik zu üben. Ebenso schweigt sie sich über die militärischen Aggressionsakte der USA gegenüber Nicaragua, u.a. mittels der Unterstützung der „Contras“, lieber aus.

Noch im August 1983, zu einem Zeitpunkt als im US-Kongreß ganz offiziell über die weitere Bewilligung der Gelder für die „Contras“ verhandelt wurde, erklärte auf eine Anfrage der Grünen der Staatssekretär im Auswärtigen Amt, von Staden: „Der Bundesregierung liegen keine Erkenntnisse darüber vor, daß die USA die den Sandinisten regierungsfeindlich gesinnten konterrevolutionären Gruppen finanziell oder logistisch unterstützt.“<sup>4</sup> Von Staden leugnete gar, daß die „Contras“ von Honduras aus operierten.

Auch Anfang 1985 wußte die Bundesregierung noch immer nicht, daß der CIA die „Contras“ finanziert. Auf eine Anfrage der Grünen hin ließ sie am 14. April d.J. verlauten, daß die Finanzierung der antisandinistischen Gruppen nach ihrer Kenntnis durch private Spenden von Gegnern der sandinistischen Regierung erfolge.<sup>5</sup>

Im Widerspruch zu ihrer Befürwortung der Contadora-Initiative hat die Bundesregierung eine Verurteilung der US-Militärhilfe an Guatemala, El Salvador und Honduras, der US-Militärmanöver und der Errichtung von US-Militärbasen in Honduras nicht für nötig befunden.

Für Entwicklungshilfeminister Jürgen Warnke (CSU) steht ohnehin fest, wer die Schuld an der Krisenverschärfung in der Region trägt: „Mit Hilfe von Kuba, Libyen und Ländern des Ostblocks hat Nicaragua eine Aufrüstung und Militarisierung durchgeführt, die ohne geschichtliches Vorbild ist.“<sup>6</sup>

### Schutz der NATO-Nachschubwege

Die kritiklose Unterordnung unter den Konfrontationskurs Reagans begründete Warnke folgendermaßen: „Wir können nicht die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und insbesondere die Sicherheit der Stadt Berlin ... in die Hände der Vereinigten Staaten von Amerika legen und gleichzeitig legitime amerikanische Sicherheitsinteressen allenfalls mit Schulterzucken, wenn nicht gar mit Häme und Diffamierung behandeln.“<sup>7</sup> Auch Alois Mertes, Staatsminister im Auswärtigen Amt, zeigt sich gerne als treuer NATO-Verbündeter: „Sie (die USA) verteidigen damit in Mittelamerika nicht nur ihre eigenen Interessen, sondern auch die gemeinsamen Werte der freien Welt und deren Interessen durch

Schutz der Handels- und NATO-Nachschubwege."<sup>8</sup> Von daher erscheint es nur konsequent, daß sich die BRD, wie im November 1984 geschehen, an NATO-Militärmanövern in der Karibik beteiligt.

Ebenso wie die Reagan-Administration, die die Mittelamerikakrise in erster Linie als einen weiteren Schauplatz des Ost-West-Konflikts betrachtet, verfällt die Regierung Kohl in ein striktes Freund-Feind-Schema. Deutlich wird dies bei der unterschiedlichen Behandlung Nikaraguas auf der einen und El Salvadors, Guatemalas und Honduras' auf der anderen Seite.

So wurde Anfang 1984 die Auszahlung von 40 Mio DM Entwicklungshilfe an Nicaragua, die noch von der sozialliberalen Koalition bewilligt worden war, offiziell mit dem Argument eingefroren, von Nicaragua gehe eine „destabilisierende Wirkung“ aus.

Neue Gelder sollten erst dann wieder bewilligt werden, so Minister Warnke (CSU), „wenn die Sandinisten ihren Revolutionsexport einstellen und ein Mindestmaß an Pluralismus verwirklichen.“<sup>9</sup>

Diese Politik wurde von der Bundesregierung auf einer Kabinettsitzung am 5.3.1985 erneut bestätigt. Laut Staatsminister Jürgen Möllemann (FDP) könnte die Hilfe wieder aufgenommen werden, wenn mittelamerikanische Länder wie El Salvador der Bundesregierung mitteilten, daß keine „destabilisierenden Übergriffe“ mehr von Nicaragua ausgingen.<sup>10</sup>

Die gleichen Argumente scheinen für Honduras, das von der „Contra“ als Aufmarschbasis gegen Nicaragua benutzt wird, nicht zu gelten. Zuvor noch von der SPD zurückgehalten, gewährte Außenminister Hans-Dietrich Genscher (FDP) gleich nach der Bonner „Wende“ 1982 Honduras eine Militärausrüstungshilfe in Höhe von 2 Mio DM.

Auch die angeblichen – von Untersuchungen unabhängiger Menschenrechtsorganisationen nicht bestätigten – schweren Menschenrechtsverletzungen in Nicaragua werden als Begründung für die Nichtauszahlung der Entwicklungshilfe angeführt.

Bei den US-Verbündeten El Salvador und Guatemala, wo jährlich tausende Oppositionelle der Armee und den Todesschwadronen zum Opfer fallen, drückt man in Bonn dagegen gerne beide Augen zu.

Bereits 1983 wurde beschlossen, die entwicklungspolitische Zusammenarbeit mit El Salvador wiederaufzunehmen und wieder einen bundesdeutschen Botschaf-

ter zu entsenden. Guatemala soll allein 1985 22 Mio DM an Entwicklungshilfe erhalten, darunter erstmals Gelder für „ländliche Entwicklung“. Da in Guatemala „ländliche Entwicklung“ vor allem Vertreibung der Bevölkerung und Aufbau von Wehrdörfern bedeutet, leistet Bonn hier einen Beitrag zur Bekämpfung der Guerilla.

Wie problemlos die Beziehungen mit diesem Land sind, belegte Warnke bei seinem Aufenthalt in Guatemala vom 20.-23.4.1985, der laut Bundesregierung, der Information und der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit diene. Daß die Demokratie in diesem Land Fortschritte macht ist für Bonn auch klar, denn „die militärische Führung Guatemalas habe ihren Willen bekräftigt, nach Verabschiedung der Verfassung in diesem Sommer, Wahlen auszuschreiben...“<sup>11</sup>

## Mit zweierlei Maß

Auch in El Salvador, wo Mitglieder der Befreiungsbewegung bei einer Wahlbeteiligung damit rechnen müßten, ermordet zu werden, wurden die Wahlen von der CDU als „wirklich frei“ bezeichnet. Lediglich die Wahlen in Nicaragua vom 4.11.1984, bei denen man allen Parteien die gleichen Chancen einräumte, wurden bereits vorab von Staatsminister Alois Mertes (CDU) als „Farce“ abqualifiziert. Auch die ablehnende Haltung der sandinistischen Regierung zu dem von Reagan geforderten Dialog mit den „Contras“ führt die Regierung Kohl als ein Argument für ihre Gegnerschaft zu Nicaragua an, denn „in El Salvador habe der Dialog mit der Opposition begonnen, die Regierung Nicaraguas lehne ihn ab“.<sup>12</sup>

Die Maßnahmen gegen Nicaragua beschränken sich jedoch nicht nur auf die Einstellung der staatlichen Entwicklungshilfe. Auch die Nicaragua-Projekte

des formell zwar eigenständigen, aber finanziell zu 100% vom BMZ abhängigen DED sollen auslaufen. Neuzusagen wurden nicht mehr gewährt.

Diese Maßnahme stieß bei vielen DED-Mitarbeitern auf Kritik, da sie in Nicaragua – im Gegensatz zu anderen Ländern in der Region – gute Bedingungen für ihre Arbeit und eine weitgehende Übereinstimmung des nationalen Entwicklungskonzepts mit den Kriterien für die Arbeit des DED vorfanden.

Privatorganisationen, wie z.B. Dienste in Übersee oder Brot für die Welt, deren Projekte zum Teil vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) finanziert werden, ist es untersagt mit staatlichen nikaraguanischen Stellen zusammenzuarbeiten. Ihre Anträge auf finanzielle Unterstützung werden zudem systematisch verschleppt oder abschlägig beschieden, weil sie „entwicklungspolitisch nicht sinnvoll“ seien.

In El Salvador soll die 1984 wieder aufgenommene Entwicklungshilfe in Höhe von 50,6 Mio DM – 1985 sollen weitere Gelder folgen – in erster Linie zur Förderung von Klein- und Mittelbetrieben in Handwerk, Industrie und Landwirtschaft eingesetzt werden.

Erweist sich dies jedoch als nicht durchführbar – was angesichts der Kriegssituation nicht unwahrscheinlich ist –, dann soll das Geld für den Aufbau zerstörter Infrastruktureinrichtungen dienen. Damit wird weniger ein Beitrag zur Grundbedürfnisbefriedigung der ärmsten Bevölkerungsschichten geleistet, als viel mehr die Operationsfähigkeit der salvadorianischen Armee verbessert.

Obwohl die gesamte Bonner Rechtskoalition der Auffassung ist, daß man der Washingtoner Mittelamerikapolitik keinen Widerstand entgegenzusetzen sollte, bestehen nichtsdestotrotz Differenzen darüber, inwieweit man sie mitunterstützen sollte.

Führer der ARDE-„Contras“ in Kostarika: Mit Kohl und Wojtyla gegen die Sandinistas



Teile der FDP, allen voran ihr außenpolitischer Sprecher Helmut Schäfer, verfolgen eine etwas gemäßigte Politik als das BMZ. Differenzen zu den Positionen der USA werden jedoch hauptsächlich auf EG-Ebene vorgetragen.

Das Außenministertreffen der EG-Staaten einschließlich Spaniens und Portugals mit den fünf konfliktbetroffenen mittelamerikanischen Staaten und der Contadora-Gruppe am 28./29. September 1984 in San José (Kostarika) ist großteils auf die Initiative Außenminister Genschers zurückzuführen.

Auf dieser Konferenz haben die Außenminister der EG eine Erhöhung der direkten Finanzhilfe von 90 auf 135 Mio DM zugesagt und ihre Bereitschaft zu einer engeren Zusammenarbeit mit dem neu zu belebenden Gemeinsamen Mittelamerikanischen Markt gezeigt.

Die Forderung der USA, Nicaragua von dem gemeinsamen Hilfsprogramm auszuschließen, wurde von den Westeuropäern zurückgewiesen. In der Abschlusserklärung brachten sie außerdem ihre volle Unterstützung für den Friedensplan der Contadora-Gruppe zum Ausdruck.

Eine ähnliche Konferenz soll noch in diesem Jahr folgen. Die EG-Kommission hat bereits jetzt vorgeschlagen, die Hilfe an die mittelamerikanischen Länder zu verdoppeln.

Den meisten westeuropäischen Ländern geht es dabei u.a. darum, einen regionalen Krieg zu verhindern, der sich zu einem globalen Konflikt auswachsen könnte. Im Gegensatz zur Reagan-Administration sehen sie nicht in der militärischen Gewalt, sondern in integrativen Maßnahmen das vorrangige Mittel, um das Voranschreiten der revolutionären Entwicklungen zu verhindern. Gleichzeitig wollen sie auf Kosten der USA mit Mittelamerika stärker ins Geschäft kommen.

Die Beschlüsse von San José tragen je-

doch Kompromißcharakter, denn sowohl was El Salvador als auch Nicaragua betrifft bestehen erhebliche Unterschiede in der Politik der einzelnen Regierungen.

So haben Belgien und Großbritannien angekündigt, einen Teil der Ausbildung salvadorianischer Truppen – bislang eine Domäne der USA – zu übernehmen. Hinzu kommt, daß die konservativen Regierungen in London und Bonn neben Washington mittlerweile zu den größten Geldgebern San Salvadors geworden sind. Sozialdemokratische Regierungen haben zwar inzwischen die Regierung Duarte anerkannt, drängen diese aber, anders als die Regierung Kohl, nachdrücklich zu einem Dialog mit der Befreiungsbewegung FMLN/FDR.

### Zwiespältige EG-Haltungen

Ähnlich verhält es sich auch bei der Nicaragua-Politik der einzelnen Regierungen. Während Frankreich, Italien und Spanien ihre Wirtschaftshilfe an Nicaragua nach dem US-Boycott beibehalten oder ausweiten wollen, hat sich Bonn trotz seiner Bekenntnisse zur Contadora-Initiative gegen keinen Eskalationsschritt der Reagan-Administration – auch nicht gegen das Handelsembargo – gewandt. Die Regierung Kohl droht Nicaragua gar, ihre eigene Boykottpolitik auszuweiten (s.o.).

Da die Bundesrepublik am stärksten auf Reagans Konfrontationskurs eingeschwenkt ist, erscheint es umso dringlicher, in der Bundesrepublik alle zu aktivieren und zusammenzuschließen, die dieser Politik ablehnend gegenüberstehen.

Dabei kommt es darauf an, eine Bewegung in Gang zu bringen, die sich gegen jegliche Intervention und Invasion der USA in Mittelamerika wendet und die die Verhandlungsbemühungen Nikara-

guas, der Contadora-Gruppe und der salvadorianischen Befreiungsbewegung unterstützt.

Bei der Mittelamerika-Demonstration in Bonn am 3. November 1984 wurde beispielhaft vorgeführt, in welche Richtung sich diese Bewegung entwickeln muß. Große Teile der Friedensbewegung haben erkannt, daß in Mittelamerika der Weltfrieden mit auf dem Spiel steht, daß die Sandinistas für den Frieden und gegen den gleichen Gegner kämpfen. Zu dieser Antiinterventionsbewegung gehören genauso kirchliche bzw. christliche Kreise, Teile der FDP sowie die SPD, die eine US-Invasion – mit welchen Beweggründen auch immer – ablehnen.

Je breiter diese Bewegung gerät, desto enger wird der Spielraum der US-Intervenenten, desto größer sind die Überlebenschancen der revolutionären Kräfte in Mittelamerika.

Diese Antiinterventionsfront muß sich einreihen in eine weltweite Koalition aller Staaten, Parteien und Organisationen, von der Linken bis hin zu nationalbürgerlichen Kräften bzw. Regierungen, die die Konfrontationspolitik der USA ablehnen.

Nur so kann die Reagan-Administration isoliert werden. Nur so sind Verhandlungsergebnisse in Richtung einer friedlichen Lösung des Konflikts machbar.

Ute Kampmann

### Anmerkungen:

- 1) Die Tageszeitung, 20.5.1985
- 2) Ebenda
- 3) Vgl. Der Spiegel, 20.5.1985
- 4) Zit. nach: ila-Info, Nr. 75, April 1984
- 5) Vgl. Die Woche im Bundestag, Nr. 7/24.4.1985
- 6) Protokoll der Sitzung des Bundestages vom 27.1.1984
- 7) Ebenda
- 8) Deutschland-Magazin, Nr. 3/März 1984
- 9) Zivilcourage, Nr. 2/1984
- 10) Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 6.3.1985
- 11) Die Woche im Bundestag, a.a.O.
- 12) Ebenda

## Radio Venceremos NACHRICHTENBULLETIN EL SALVADOR

monatliches Bulletin der Nachrichten von Radio Venceremos über die Bereiche

- Gewerkschaften
- Volksorganisationen
- Wirtschaft
- Menschenrechtsverletzungen

Erscheint ab April. Jahresabo DM 15,-

**DIE ARBEITERBEWEGUNG EL SALVADORS**  
78 Seiten, DM 3,- plus -,80 Porto

## señal de libertad SIGNAL DER FREIHEIT

Die internationale Zeitschrift von Radio Venceremos

ca. 6-wöchentlich, Jahresabo DM 31,-



Sistema Radio Venceremos  
Lütlicher Str. 64-66  
5000 Köln 1  
Tel. 0221/523192  
Kont. Kof. 86114  
Reg.-Nr.: 2108/72500  
BKG Köln, BLZ: 37010111

Offizielle Stimme der FMLN / El Salvador

## Zeitschriftenschau

Mittelamerika-Magazin, Nr. 46/April 1985

Guatemala: „Kleinflugzeug kann hart zuschlagen“ • Nicaragua: Inflationsbekämpfung • Kaffeernote • El Salvador: Ausflug in die BRD • Aufgewärmt schmeckt besser • Karibik: Plünderung des Paradieses • Fremde im Paradies • Rückblick: Das Vermächtnis der Monroe-Doktrin • Kultur • Solidarität

Einzelpreis 3 DM; Abo für 6 Hefte 18 bzw. 28 DM  
Bezug: Magazin-Verlag, Königsweg 7, 2900 Kiel 1

Blätter des iz3w, Nr. 125/Mai 1985

Pazifik • Schwerpunkt: Ökologie und Dritte Welt II • Diskussionsbeitrag zum Naturverständnis • Umweltchemikalien • Aluminiumhütte in Brasilien • Umweltkonflikte: Nil und Sambesi • Futtermittelkampagne • BRD-Entwicklungspolitik in Nicaragua • Widerstand der Quechua-Indianer

Einzelpreis 5 DM; Abo 40 bzw 30 DM  
Bezug: Informationszentrum Dritte Welt, Postfach 5328, 7800 Freiburg

ila-info, Nr. 85/Mai 1985

Schwerpunkt: Der Bonner Wirtschaftsgipfel • Die Betroffenen haben keine Stimme • Ein Tanz der Vampire • Silicon-Valley und der Krieg der Sterne • Gespräch mit dem Vorsitzenden der Fabrikkommission von VW do Brasil • Deutsche Nazis in Südamerika • Belize bald 52. US-Staat? • Ländernachrichten: El Salvador • Honduras • Nicaragua • Paraguay • Peru • Solidaritätsbewegung: Auf dem Gipfel • Chile • Grupo de Apoyo Mutuo (Guatemala)

Einzelpreis 3 DM; Abo 25, 30 bzw. 35 DM  
Bezug: ila, Römerstr. 88, 5300 Bonn 1

FORUM entwicklungspolitischer Aktionsgruppen, Nr. 90-91/1985

BUKO 9 „Ökologie und Dritte Welt“ Rechenschaftsberichte • Kassenprüfung • Beschlussvorlagen • Resolutionsanträge • Protokoll des Koordinierungsausschusses (KA) • KA zur Asylpolitik • Offener Brief an den Trägerkreis der Aktionen gegen den Weltwirtschaftsgipfel • Kein Geld des BMZ für den BUKO • Ökologie und Entwicklung (NGO-Konferenz) • Die hilflose Hilfe (Afrika) • Brief der Kampagne „Stopp den Rüstungsexport“ • Rüstungsexport-Info • Pharma-Brief • Sonderteil zur Aktionswoche gegen Futtermittelimporte

Einzelpreis 3 DM; Abo 86 bzw. 50 DM  
Bezug: Forum, Ruhrstr. 14, 4040 Neuss 21



El Salvador: „Das Volk will Frieden mit sozialer Gerechtigkeit“

## Gabriel Aguilera

# Mittelamerika Bilanz und Perspektiven

Die jetzige Lage in Mittelamerika kann man nicht verstehen, ohne sich auf die unmittelbare Vergangenheit zu beziehen.

Die Situation im Jahre 1980 war gekennzeichnet durch eine optimistische und sogar triumphalistische Vorstellung, die mit dem Sieg der nikaraguanischen Revolution entstand und sich mit der beschleunigten Entwicklung des revolutionären Krieges in El Salvador und Guatemala fortsetzte.

Diese Dynamik wurde einesteils begünstigt durch das Zusammenwirken von objektiven und subjektiven Faktoren, die in diesen drei Ländern Mittelamerikas gegeben waren. Zum anderen wurde sie begünstigt durch eine vorteilhafte internationale Lage, die hauptsächlich durch eine unsichere und schwache Außenpolitik Nordamerikas gekennzeichnet war.

In dieser Situation entwickelte sich ein Engagement ohne Beispiel für die Problematik Mittelamerikas bei den regionalen Mächten Mexiko und Venezuela und sogar bei einigen der bedeutenden Länder und politischen Parteien Westeuropas, im besonderen bei denen der Sozialisti-

schen Internationale.

Damals gab es kaum Zweifel, daß der revolutionäre Sieg sich in Kürze einstellen würde. Die Entwicklung der letzten 5 Jahre bewies, daß man die Lage nicht genau eingeschätzt hatte. Verallgemeinernd kann man sagen, daß die fehlerhaft eingeschätzten Elemente der mittelamerikanischen Entwicklung folgende waren:

Obwohl die Fähigkeit des nordamerikanischen Staates, seine Interessen weltweit durchzusetzen, abnimmt, geschah dies nicht in dem Ausmaß, wie man es 1980 glaubte. Die Reagan-Administration hat mit einer geschlosseneren und energischeren Außenpolitik durch eine Reihe politischer, wirtschaftlicher und militärischer Maßnahmen einen hohen Grad an Einfluß in den meisten mittelamerikanischen Ländern wiedererlangt. Die Staatsmacht und die herrschende Klasse sind stärker als man glaubte. Die politischen Regimes der Länder Mittelamerikas, einschließlich der Streitkräfte, haben die Fähigkeit bewiesen, ihre Fehler zu korrigieren und sich zu reorganisieren.

Die konkrete Ausführung der revolutio-

nären Projekte sieht sich wachsenden Schwierigkeiten ausgesetzt. Die sozialdemokratischen Kräfte, außer denen in El Salvador, neigen dazu, ihre eigenen Projekte wieder aufzugreifen.

Die anfänglich massive internationale Unterstützung der revolutionären Ziele hielt weder dem Ansturm der aggressiven nordamerikanischen Außenpolitik noch den eindeutig volksnahen und revolutionären Veränderungen oder Veränderungsabsichten stand. Der Spielraum für die internationale Unterstützung der revolutionären Projekte der Region hat sich verringert.

Die Lage, die sich aus den Veränderungen Mittelamerikas in den letzten 5 Jahren ergibt, ist schwierig und vielschichtig. Die Analyse einiger ihrer bestimmten Wesenszüge kann jedoch zu einem besseren Verständnis führen.

Der Krieg ist immer noch das bestimmende Element der mittelamerikanischen Entwicklung.

Der Kampf der Volksmassen war die entscheidende Kraft, die die Krise des Herrschaftssystems der Region verschärfte. Er ermöglichte den Sieg der sandinistischen Revolution (im Juli 1979; d.

Red.), zerstörte die Projekte der herrschenden Klassen El Salvadors und Guatemalas und zwang sie in beiden Ländern zu einer Veränderung ihrer Politik.

Die andere Seite ist die Konfrontation zwischen der nordamerikanischen Administration und der sandinistischen Revolution. Sie äußert sich ebenfalls hauptsächlich in der militärischen Aggression, die eine direkte und massive Invasion der US-Streitkräfte in der Zukunft nicht ausschließt. Die Entwicklung des Krieges in der Region ist unterschiedlich. Er beschränkt sich im wesentlichen auf die drei genannten Länder – Nicaragua, El Salvador und Guatemala – die drei, die auch die Krise in der Region bestimmen.

Die ungleiche Entwicklung des militärischen und des Massenkampfes im Zeitraum von 1979 und 1980 verhinderte, daß der Volkskampf in einen allgemeinen Aufstand mündete.

So erreichte der Kampf der Massen Anfang 1980 seinen Höhepunkt, während die Durchbrechung des militärischen Gleichgewichts zugunsten der revolutionären Organisationen erst Mitte 1983 erreicht wurde, als sich die Volksbewegung schon auf dem Rückzug befand.

Heute kann man sagen, daß die politisch-militärischen Kräfte El Salvadors wahrscheinlich zu den entwickeltsten, bestausgerüsteten und effektivsten in der Geschichte Lateinamerikas geworden sind. Sie verwandelten sich zu einer wahrhaftigen Volksarmee. Obwohl der Krieg Fortschritte und Rückschritte für beide Parteien zu verzeichnen hat, kann man sagen, daß die revolutionären Kräfte derzeit die strategische Initiative besitzen.

Die Entwicklung des bewaffneten Kon-



Wahlkundgebung der Sandinistas in Managua

flikt ist zu einem Teil durch die nordamerikanische Unterstützung der Regierungsarmee bestimmt. Zum andern Teil hängt sie vom erzielten Fortschritt bei der Einbeziehung des Volkes auf militärischem und organisatorischem Gebiet zur Unterstützung des revolutionären Kampfes ab.

Die Aussichten einer Verlängerung des Krieges sind deutlich. In diesem Zusammenhang gewinnt der politische Kampf erneut an Bedeutung.

Der revolutionäre Kampf in Guatemala hat schon eine mehr als 20jährige Geschichte.

Man kann sagen, daß er am weitesten im Zeitraum 1979-81 entwickelt war, als der Volkskampf seinen Höhepunkt erreichte. Es entstand eine Aufstandsstimmung, die vor allem durch die Einbeziehung großer Teile der indianischen Bevölkerung gekennzeichnet war.

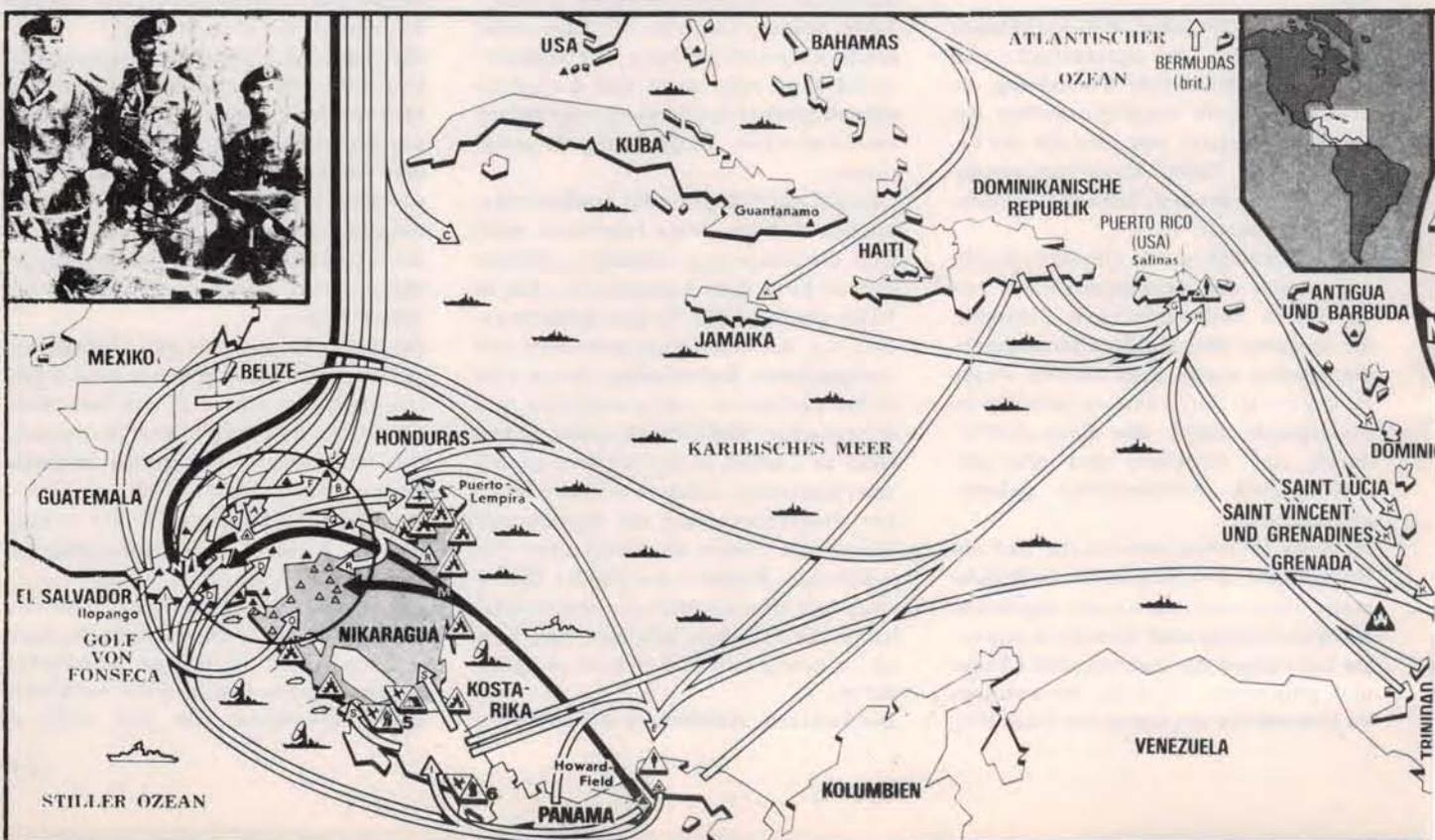
Man kann sagen, daß die Entwicklung des Kampfes ebenso relativ war, wie das Zurückweichen der regulären Armee. Die guatemaltekischen Streitkräfte bewiesen mehr Stabilität und Kampfkraft in ihrer Offensive gegen die Aufständischen als die von El Salvador. Es gelang ihnen, der sozialen Basis der Guerilla heftige Schläge zu versetzen. Und sie stellte die Kontrolle des Staates in Regionen wieder her, die bereits umkämpft waren. Die folgenden guatemaltekischen Regierungen irrten sich, als sie seitdem bei vielen Gelegenheiten das Ende des Krieges erklärten.

Den politisch-militärischen Organisationen der Guatemaltekischen Revolutionären Nationalen Einheit (URNG) gelang es im wesentlichen, ihre strategischen Kräfte zu erhalten. Sie haben im Laufe des letzten Jahres ihre allmählich wachsende Fähigkeit zur militärischen Antwort unter Beweis gestellt.

Trotzdem ist das Ausmaß der militärischen Auseinandersetzung in Guatemala noch beschränkt. Man kann absehen, daß der Krieg noch lange fortauern und es zu keiner Entscheidung auf kurze Sicht kommen wird.

Die Kriegssituation in Nicaragua kann man nicht mit der in den beiden vorher beschriebenen Ländern vergleichen.

In jenen nämlich bestehen laut UNO-Definition „bewaffnete interne Konflikte struktureller Art, die keinen internationalen Charakter haben“. Demgegenüber



# Eckdaten zu Mittelamerika

	Nikaragua	El Salvador	Guatemala	Honduras	Kostarika
Fläche (in qkm)	130.649	21.041	108.889	112.088	50.700
Einwohner (in Mio; 1983)	3,0	5,3	7,6	4,1	2,4
Volkgruppen (in%):					
Mestizen	71	84	43	80	15
Indios	3	6	54	10	1
Weiße	17	10	3	5	80
Schwarze	9	—	—	3	3
Religion (Anteil der Katholiken; in %)	94	85	96	86	95
Bruttosozialprodukt/Kopf (in Dollar; 1982)	920	690	1.130	660	1.430
Bruttoinlandprodukt/Kopf (Zuwachs in %; 1981-84)	-4,7	-22,0	-15,5	-12,1	-14,1
Zahlungsbilanzsaldo (in Mio Dollar; 1983)	-521	-239	-195	-209	-383
Außenverschuldung (in Mio Dollar; 1983)	3.713	2.281	2.940	2.177	4.315
Schuldendienst (in % der Exporte; 1983)	20,0	6,7	11,0	18,2	66,6
Wichtigste Exportgüter	Kaffee 30% Baumwolle 25%	Kaffee 55% Baumwolle 7%	Baumwolle 30% Kaffee 28%	Kaffee 35% Bananen 20%	Kaffee 25% Bananen 25%
Währung	Cordoba	Colon	Quetzal	Lempira	Colon
1 Währungseinheit = ..... DM (Dez. 1984)	0,11-0,31	0,78	3,13	1,57	0,07
Inflation (in %; 1983)	37,3	13,1	6,4	9,0	32,6
Beschäftigtenanteil (in %; 1980)					
Landwirtschaft	39	50	55	63	29
Verarbeitendes Gewerbe	14	22	21	20	23
Arbeitslosenrate (in %)	20	40	20	20	10
Lebenserwartung (in Jahren)	58	53	60	60	74
Anteil der Analphabeten (in %)	8	30	53	34	10
Mannschaftsstärke der Streitkräfte (1984)	61.800	51.150	51.600	23.000	9.200
Anzahl der Kampfflugzeuge (1984)	12	59	16	70	—

ist der Krieg in Nicaragua, d.h. die kriegerische Auseinandersetzung zwischen der als „Contra“ bekannten, bewaffneten Opposition und der sandinistischen Regierung im wesentlichen äußeren Ursprungs.

Die Reagan-Administration beschloß nach einer historischen Sitzung des Nationalen Sicherheitsrates, die im November 1981 stattgefunden hatte, die „Contra“ zu gründen. Diese Organisationen behaupten oder vergrößern sich nicht aufgrund ihrer Fähigkeit, bei Teilen der Bevölkerung Zustimmung zu erlangen, sondern dank der Unterstützung der

nordamerikanischen Regierung im wirtschaftlichen, militärischen und politischen Bereich sowie bei ihrer Anleitung. Diese Angelegenheit wurde zu einem einzigartigen Fall der Mißachtung des gegenwärtigen internationalen Rechts.

Es ist die bewaffnete Einmischung einer Großmacht in die inneren Angelegenheiten eines kleinen Landes. Diese „Contra“-Streitkräfte, die auf 15.000 Mann geschätzt werden, haben sich zur größten existierenden Rebellenmacht (ausgenommen die afghanische; d. Red.) entwickelt.

Die Größe der Truppen, der ausgeklü-

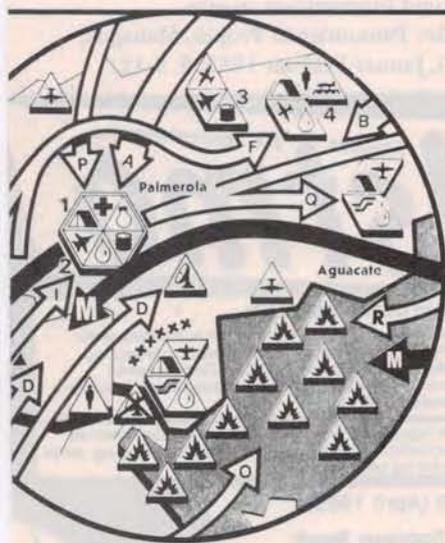
gelte Spionageapparat und die massive logistische Unterstützung durch die USA erklären ihre Fähigkeit, der sandinistischen Revolution empfindliche Schläge gegen menschliche und materielle Ziele zu versetzen. Es ist jedoch auszuschließen, daß ihre Aktionen das Niveau von Überfällen überschreiten und die Existenz des revolutionären Prozesses in Gefahr bringen werden.

Im ganzen gesehen ist der regionalen militärischen Lage eines gemeinsam: die nordamerikanische Intervention. Bis heute versteht man darunter die Beteiligung der nordamerikanischen Regierung und ihrer militärischen und geheimdienstlichen Organe am Aufbau, an der Unterstützung und der Führung von Streitkräften in einem Konflikt. Sie könnte sich jedoch in eine massive Invasion nordamerikanischer militärischer Einheiten in der Region verwandeln.

Die Wahlen sind nicht nur zu bestimmten Elementen der Entwicklung geworden, sondern zum Brennpunkt in der regionalen Debatte über das Demokratie-Thema.

Die revolutionären Programme haben nie die Existenz von Wahlen und Parteien als Instrumente, um Zustimmung auszuüben und um die Teilnahme der Gesellschaft an der politischen Macht zu erleichtern, in Frage gestellt.

Die Wahlprozesse in der Region haben trotz ihrer Unterschiedlichkeit einen gemeinsamen Wesenszug: Sie sind Legitimationsinstrumente. Für die revolutionären Organisationen El Salvadors und Guatemalas sind die Wahlen in ihren Ländern Teil einer Politik der Aufstands-bekämpfung, da sie in Wirklichkeit die



- ▲ Kraftwerke; ▲ Kasernen u. militärische
- Verwaltungsdienste: ▲ Chausseen; ▲ Lazarette; \*\*\* Panzersperren;
- ▲ militärische Führungszentrale der USA;
- ▲ Flieger- u. Flottenbasen der USA; ▲ Angriffe
- militärisches Ausbildungszentrum der USA; ▲ der Konterrevolutionäre; ▲ US-Invasion auf Grenada im Oktober 1983;
- ▲ Geschwader der US-Navy;
- Aufklärungsschiffe der USA; ▲ CIA-Schiffe zur Vermingung von Häfen; ▲ Angriffe der Piranha-Schnellboote; ▲ Radarstationen; ▲ T 5-Lager.

## US-TRUPPEN MIT NACHSCHUBLINIEN

A: 1500 US-Militärs von den Luftwaffenstützpunkten in MacDill und Palmerola (Honduras); B: US-Militärs in Honduras; C: an Manövern beteiligte US-Truppen und -Schiffe; D: Waffen- und Munitionslieferungen von Stützpunkten in Panama nach Honduras und El Salvador; E: Militärs mittelamerikanischer und karibischer Länder in Militärschulen der USA in der Zone des Panamakanals; F: Militärs von El Salvador und Honduras in einer regionalen Ausbildungszentrale in Honduras; G: Militärs karibischer Länder, die in Salinas (Puerto Rico) ausgebildet werden; H: Militärs mittelamerikanischer und karibischer Länder in der Polizeischule der FBI in Puerto Rico; I: auf Panama gestützte US-Sondertruppen; J: 150 GIs von den Sondertruppen auf dem Stützpunkt Fort Bragg für Honduras; K: US-Sondertruppen für die karibischen Länder; L: Flüge von OV-1-MOHAWKS-Maschinen vom Stützpunkt Palmerola (Honduras) über El Salvador; M: Flüge von AC-130-Maschinen vom Stützpunkt Howard Field (Panama) über El Salvador und Nicaragua; N: Flüge von AWACS-Maschinen aus den USA über El Salvador; O: Nachschub für die Contras durch Kanäle der CIA aus Ilopango in El Salvador; P, Q, R: aus den USA, von Stützpunkten in Palmerola, in Aguacate und Puerto Lempira in Honduras; S: aus Kostarika.

# US-Intervention in Mittelamerika

Macht nicht gegenüber der gesamten Gesellschaft aufs Spiel setzen. Aber sie legitimieren in einem gewissen Maße das Regime gegenüber jenen Sektoren, die sie als eine Lösung ansehen.

In Nicaragua sollten die Wahlen die Revolution im Rahmen des westlichen liberalen Denkens legitimieren. Sie sind aber auch ein Ausdruck des politischen Pluralismus des revolutionären Projekts. (...) Die Wahlen sind ebenfalls ein Kompromiß der revolutionären und volksnahen Sektoren, die Bündnisse mit den demokratischen und patriotischen Gruppen suchen. Letztere sehen die Wahlen als Garantie für das Überleben ihrer sozialen Interessen und einer bestimmten gesellschaftlichen Perspektive an.

### Drei Ebenen der Verhandlungen

Die Frage der Verhandlungen setzt die Möglichkeit einer nationalen und regionalen Lösung des Konflikts in Mittelamerika voraus.

Diese Verhandlungen entwickeln sich in verschiedenen Bereichen: auf nationaler Ebene in El Salvador, auf bilateraler zwischen Nicaragua und den USA und auf regionaler Ebene im Rahmen der Contadora-Gruppe (Mexiko, Venezuela, Kolumbien, Panama; d. Red.).

Was El Salvador betrifft, so haben die Vorschläge von Regierung und Opposition sehr unterschiedliche Zielsetzungen und werfen viele neue Fragen auf, für die es nur wenige historische Vorbilder – z.B. das von Zimbabwe – gibt.

Die Vorschläge der Nationalen Befreiungsfront Farabundo Marti (FMLN) und der Demokratisch-Revolutionären Front (FDR), die die Bildung einer Regierung des nationalen Konsenses beinhalten, bedeuten keine bedingungslose Kapitulation, sondern die kühne Suche nach wirklichen Verhandlungen.

Dabei versuchen gegensätzliche soziale Interessen eine gemeinsame Basis für die Verwirklichung einer sozialen Ordnung zu finden, während gleichzeitig die staatlichen Institutionen allmählich verschmolzen werden sollen. Der nationale Dialog soll zur Schaffung eines Konsenses führen. Es gibt keine Kapitulation, da die aufständischen Bewegungen erklärt haben, keine einzige Waffe aus der Hand zu geben, bis ihre Forderungen erfüllt sind.

Der zweite große Verhandlungsprozeß ist der zwischen Nicaragua und den USA, in dessen Rahmen sich bilaterale Verhandlungen zwischen Nicaragua und Honduras, zwischen Nicaragua und Kostarika sowie zwischen den verschiedenen politischen Kräften Nicaraguas entwickeln. Was jedoch wirklich die jetzige Krise lösen könnte, ist ein Fortschritt bei den Verhandlungen zwischen

Managua und Washington.

Der Wesenszug der Forderungen Nikaraguas an die USA ist die wirkliche Beachtung der Grundnormen des internationalen Rechts. Sie beinhalten u.a. die Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten eines Staates und die Respektierung des Rechts auf Selbstbestimmung.

Im Gegenzug bietet die sandinistische Revolution Garantien, die die Befürchtung der USA, daß die Entwicklung des nikaraguanischen Prozesses ihre nationale Sicherheit bedroht, zerstreuen könnte. Diese Garantien stellen keine Konzession dar, da sie nur die wirkliche Nichtpaktgebundenheit der Revolution bestätigen.

Die USA bestehen auf Forderungen, die nicht immer zusammengehörig sind. Zum Beispiel verlangten sie erst Wahlen, und als sie durchgeführt wurden, diskreditierten sie sie und stellten neue Forderungen. Generell kann man sagen, daß das gesamte Verhalten der USA den Willen beinhaltet, Nicaragua ein bestimmtes Modell der sozialen Ordnung aufzuzwingen: liberale Demokratie, Marktwirtschaft und Bündnis mit dem Westen.

Stellt man sich nun die Frage, welches Verhandlungsergebnis die USA wirklich zufriedenstellen würde, dann gibt es nur eine Antwort: Die Revolution soll aufhören zu existieren und sich in eine bürgerliche Demokratie verwandeln – eine Erwartung, die unreal ist.

### Die Revolution soll sich aufgeben

Der dritte Verhandlungsprozeß, der die größten internationalen Erwartungen erzeugt hat, ist der der Contadora-Gruppe. Die Wichtigkeit der Contadora leitet sich aus zwei Elementen ab: aus dem autonomen und lateinamerikanischen Charakter der Vorschläge auf der einen, aus ihrer antiinterventionistischen Dimension und legitimen Verhandlungsform auf der anderen Seite.

Ihre wichtigste Beschränkung ergibt sich daraus, daß in dem Maße, wie die Verhandlungen im Rahmen des internationalen Rechts geführt werden, sie nicht direkt in interne Konflikte, wie sie in El Salvador existieren, eingreifen kann.

Die internationalen Kräfte, die Anfang der 80er Jahre die revolutionären Bewegungen der Region unterstützten, sind dieselben, die heute die Contadora unterstützen. Der Vorschlag der Contadora setzt aber eine bestimmte soziale Ordnung nach dem Zuschnitt einer bürgerlichen Demokratie voraus.

Der wichtigste Erfolg der Contadora lag in der Verhinderung der (noch massiveren; d. Red.) Intervention. Die größte Herausforderung besteht darin, eine effektive Unterstützung für ihre Vorschlä-

ge bei den betroffenen Ländern zu erreichen. Viele von ihnen sind dabei in ihren Entscheidungen in hohem Maße von der nordamerikanischen Regierung abhängig. Wenn die USA nicht wollen, macht die Contadora keine Fortschritte, wie man es in letzter Zeit hat feststellen können.

Ein Teilerfolg der Verhandlungen war die Erklärung der ewigen, aktiven und unbewaffneten Neutralität seitens der Regierung Kostarikas, die dadurch eine Entspannung der Beziehungen zu Nicaragua erreicht hat. Auch der Druck der immer zahlreicheren politischen und sozialen Sektoren Honduras' gegen die Rolle, die ihr Land auf Geheiß der USA auf dem regionalen Schachbrett spielt, ist ein teilweiser Erfolg.

Der Wandel in den letzten 5 Jahren hat die Beziehungen zwischen den Kräften Mittelamerikas, aber nicht die grundlegenden Probleme der Region verändert. Die strukturellen Ursachen des Konflikts bleiben bestehen oder haben sich verschärft. (...)

Auf dieser Grundlage bleibt die Alternative der Revolution, im allgemeinen auf lange Sicht, aber mit klaren Möglichkeiten auf einen Endsieg, bestehen.

In dieser und in der folgenden Zeit bleibt die Möglichkeit der massiven und direkten Intervention nordamerikanischer Truppen ein konstanter Faktor. Falls sie erfolgen würde, würde sie die ganze Region in einen langandauernden Krieg mit enormen sozialen Kosten stürzen und zu einer weltweiten Gefahr werden.

Deshalb ist der Kampf für eine politische Verhandlungslösung ebenfalls von grundlegender Bedeutung. Obwohl ihre Verwirklichung äußerst schwierig ist, scheint sie die einzige Alternative zu Krieg und Intervention zu sein.

(Quelle: Pensamiento Propio, Managua, Nr. 20, Januar-Februar 1985, S. 9-12)

Studien zu Zentralamerika

# Istmo

**Themen der ISTMO sind:**

- politische und soziale Entwicklungen in Zentralamerika
- die Region in der weltpolitischen Auseinandersetzung
- bundesdeutsche Politik gegenüber Zentralamerika
- Diskussionsbeiträge zentralamerikanischer Autoren über internationale Politik

Über die Tagespolitik hinaus versteht sich die Zeitschrift als wissenschaftliche Ergänzung der Solidaritätsbewegung, deren Bestandteil sie sein will.

Heft 9 (April 1985)

**Jorge Rodríguez Beruff:**  
Puerto Rico und die Militarisierung der Karibik: 1979 – 1984

**Gregorio Selsor:**  
Honduras – von der Bananenrepublik zur militärischen Enklave der USA

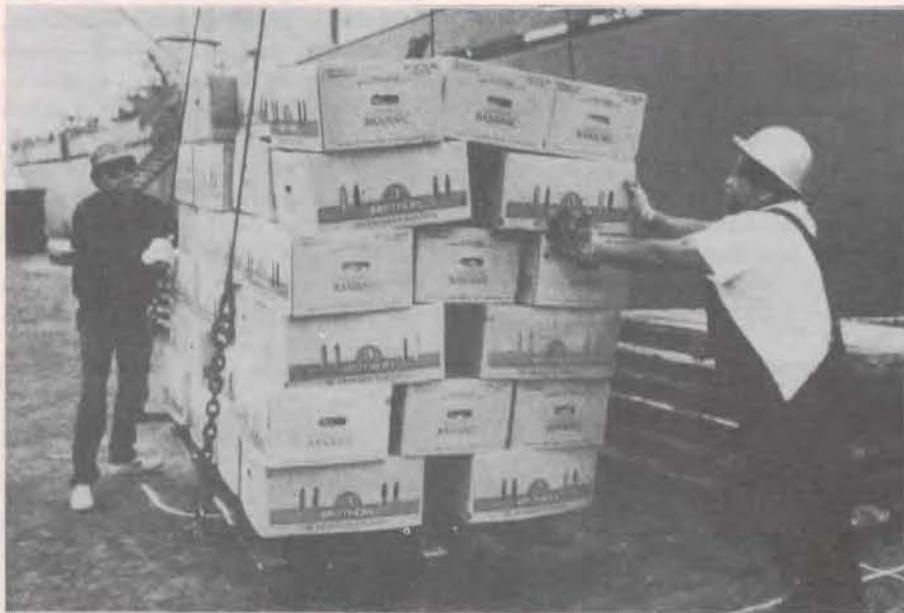
**Gaby Gottwald:**  
Der neue Antiamerikanismus im Auswärtigen Amt

erhältlich über den Buchhandel oder direkt bei:  
ssz, Coerdestr. 42, D-4400 Münster  
Einzelheft 4,- DM ISSN 0724-0716



Bernd Graul

## Boykott und Krise Kann die Revolution überleben?



Die stumpfe Embargowaffe: Für die USA bestimmte Bananen gehen jetzt nach Belgien

Gleichzeitig mit seinem Eintreffen in Bonn am 2. Mai d.J. verkündete US-Präsident Reagan ein vollständiges Wirtschaftsembargo gegen Nikaragua.

Kann die ohnehin schon schwer angeschlagene nikaraguanische Ökonomie diese neuerliche Zuspitzung des Wirtschaftskrieges verkraften? Werden sich Versorgungsengpässe, Schwarzmarkt und Inflation weiter verschärfen und die Unzufriedenheit der Bevölkerung in dem Maße steigern, wie Washington es wünscht: bis zur Rebellion der Nikaraguaner gegen ihre eigene, gewählte Regierung?

Der Amtsantritt Daniel Ortegas und seiner Regierung am 10.1.1985 sowie das Zusammentreten der Verfassungsgebenden Versammlung waren Anlaß für die regierenden Sandinistas, Bilanz zu ziehen und die Marschrichtung für die kommende Legislaturperiode abzustecken. Nahm Nikaragua 1983 im lateinamerikanischen Vergleich mit 5% realem Wachstum des Bruttoinlandprodukts den ersten Platz ein, so rangiert das Land 1984 mit einem Rückgang von 1,4% weit hinten in der Rangliste. Während im bedeutendsten Sektor, der Landwirtschaft, Verluste zu verzeichnen waren, konnte bei der Industrie der Vorjahresstand gehalten und beim Bauwesen und den staatlichen Dienstleistungen ein Zuwachs erzielt werden.

Ein eher düsteres Bild ergibt sich, zieht man die Inflation von mehr als 50%, den leichten Anstieg der Arbeitslosigkeit von 18,9% auf 19,8% und ein Haushaltsdefizit, das 1985 6,5 Mrd Cordobas (C) betragen wird, hinzu. Darüber hinaus fließen 40% des Gesamtetats von 28 Mrd C

in die Landesverteidigung.

Erwähnt man zusätzlich die materiellen Zerstörungen durch den Krieg (Januar bis November 1984: 254,9 Mio Dollar), die 1984 und 1985 fälligen Zinsen für die inzwischen 4,352 Mrd Dollar Auslandsschuld – Daniel Ortega spricht von 872 Mio Dollar, die fällig sind<sup>1</sup> – und die notwendigen Importe in Höhe von geschätzten 900 Mio Dollar, so fragt man sich, wie Nikaragua das alles mit seinen Exporteinnahmen von 400 Mio Dollar bezahlen will?

### In den roten Zahlen

Soviel zur Kurzdiagnose. Vor der Therapie noch ein paar Worte zu den Ursachen. Agrarreformminister Jaime Wheelock nennt eine davon: „Mit einem Quintal (1 q = 54 kg; d. Red.) Zucker kaufen wir heute 50mal weniger Erdöl als vor 10 Jahren. Vor 10 Jahren kostete ein Jeep 22 q Kaffee, heute sind es 83 q. Vor 10 Jahren erwarb man mit 106 q Baumwoll-

le einen Traktor, heute benötigt man 301 q.“<sup>2</sup>

Dieser Verschlechterung der „terms of trade“ (Verhältnis von Importpreisen für industrielle Güter und Exportpreisen für agrarische Produkte; d. Red.) ist es geschuldet, daß Nikaragua heute das Doppelte produzieren müßte wie zu Somozas Zeiten (1977), um die gleiche Menge Waren im Ausland kaufen und bezahlen zu können.

Der militärische und Wirtschaftskrieg der USA ist ein weiterer Faktor.

Durch das Veto Washingtons wurde im März 1985 der Antrag Nikaraguas abschlägig beschieden, bei der Interamerikanischen Entwicklungsbank einen 58-Mio-Dollar-Kredit für die landwirtschaftliche Entwicklung zu erhalten. Dies ist nur ein Beispiel für die vielfältige US-Intervention in Nikaragua.

Die Erbschäden des neuen Nikaragua sind ein weiteres Moment das berücksichtigt werden muß: 1,6 Mrd Dollar Auslandsverschuldung, Zerstörungen durch den Befreiungskrieg und eine Wirtschaftsstruktur, die vornehmlich auf die Befriedigung der gehobenen Konsumgewohnheiten der Mittelklasse und Oligarchie ausgerichtet war.

Der Bau von 15.000 km Straßen und über 6.000 Klassenräumen, die Errichtung eines umfassenden Gesundheitssystems und Subventionen für Grundnahrungsmittel (8 Mrd C von 1981-84) sind zweifellos wichtige Errungenschaften der sandinistischen Revolution und haben besonders den unteren Schichten eine Verbesserung ihrer Lebenssituation beschert. Wirtschaftspolitisch belasteten sie das Land jedoch erheblich.

Die Nationale Leitung der Sandinistischen Front der Nationalen Befreiung (FSLN) kommt deshalb in einer von Daniel Ortega am 8.2.1985 im Fernsehen vorgetragenen Botschaft zu folgendem Schluß: „Wenn wir einen bedeutenden Fehler begingen, so den, daß wir zu viel zur gleichen Zeit machen wollten. Wir haben tatsächlich mehr geleistet als unsere begrenzten Möglichkeiten erlaubten.“

Finanziert wurden diese Maßnahmen durch meist langfristige und zinsgünstige Auslandskredite (seit 1979: 2,75 Mrd Dollar) und durch die Notenpresse im Inland, was selbstverständlich inflationäre Tendenzen nach sich zog.

Die Nachfrage nach Waren veränderte sich und stieg wesentlich schneller als das entsprechende Angebot. Ein Beispiel: Durch die Ausweitung des Elektrizitätssystems gibt es heute viele tausend Haushalte oder Hütten mehr, die über elektrisches Licht verfügen. Aber woher die Glühbirnen nehmen?

Der Mangel verkehrt sich in die Beschäftigungs- und Bereicherungsgrundlage für ein Heer von Schiebern, Hamsterern,

Schwarzhändlern, die das Preisniveau nach oben treiben.

Zudem bieten sich den Menschen schnellere Verdienstmöglichkeiten: Man besorgt sich mit Tricks ein Dutzend Dosen Milchpulver für 300 C das Stück, fährt damit aufs Land und verscherbelt sie zum doppelten Preis. Verdienst: 3.600 C – mehr als das Doppelte des Mindestlohnes eines Arbeiters Ende 1984 (1.700 C).

Warum deshalb die schwere Plackerei in einer Fabrik oder bei der Kaffeernt?

Hauptziel der neuen Wirtschaftspolitik, die am 8.2.1985 durch die im folgenden beschriebenen Maßnahmen eingeleitet wurde, ist es, die Schere zwischen Warenangebot und -nachfrage zu schließen.

Durch ein System materieller Anreize wird vor allem die devisabringende Agrarexportproduktion zu höherer Produktion stimuliert.

Dazu gehören höhere Erzeugerpreise, verbesserte Devisenbeschaffung für den

nötigen Einkauf von Maschinen, Ersatzteilen, Dünger usw. und materielle Anreize entsprechend der Ertrags- und Produktivitätssteigerung.

Statt Devisen für Importe von Grundnahrungsmitteln auszugeben (1984: Reis und Bohnen), sollen die dafür verwandten Gelder an die einheimischen Erzeuger (vor allem Kleineigentümer und Kooperativen) fließen. Der Preis für Bohnen erhöhte sich zum Beispiel von 390 C (1983/84) auf derzeit 800 C pro Quintal.

Durch die Einführung des „Systems der Normierung und Neuordnung von Löhnen und Arbeit“ (SNOTS) im vergangenen Sommer wurde ein leistungsbezogenes Lohnsystem eingeführt.

Ergänzt durch Wettbewerbe (in staatlichen Betrieben) soll dies die Produktivität der Arbeiter erhöhen, die nach dem Sieg der Revolution stark abgesunken war. Die Mindestlöhne wurden von 1.700 auf 2.500 C erhöht und stiegen am

1. Mai d.J. erneut an.

Die Aufhebung der Subventionen für 22 Grundnahrungsmittel, die zu Preiserhöhungen bis zu 100% führte, ist wohl die umstrittenste Maßnahme. Zusätzlich wurden in der 2. Aprilwoche die Preise für Strom, Gas, Treibstoff, Telefon und den öffentlichen Personenverkehr an die realen Kosten angepaßt. Der Benzinpreis stieg um 150%, der Preis für eine Busfahrt von 1 auf 3 C (0,3 DM).

Die Subventionen für bestimmte Produkte des täglichen Bedarfs waren eine bedeutende sozialpolitische Maßnahme, die sich in den letzten Jahren jedoch nicht selten in ihr Gegenteil verkehrte. Statt Bohnen zu produzieren, kauften die Bauern dieses elementare Grundnahrungsmittel zum subventionierten Preis, der weit unter den Produktionskosten lag. Die Folge: Das Land mußte Devisen für Importe ausgeben.

Fleisch wurde für 18 oder 20 C in den staatlich kontrollierten Läden verkauft,

## Detlef Jordan

Mit der Rückkehr zehntausender Erntehelfer in die Städte und an ihre Arbeitsplätze ging im Februar d.J. die Kaffeernt zu Ende. Eine Reiseanstrengung, die letztlich trotz der Kriegsbedingungen in einem Teil der Erntebereiche zu einem großen Erfolg wurde.

Für viele der zurückgekehrten Brigadisten wurde es nur ein kurzer Urlaub zu Hause. Schon im März d.J. wurden sie von der Sandinistischen Front der Nationalen Befreiung (FSLN) wieder in die Berge des Nordens mobilisiert.

### Flucht vor Reagans „Rittern Gottes“

Sie wurden aufgerufen, an den Umsiedlungsaktionen in den Regionen Nueva Segovia (I) und Matagalpa (VI) teilzunehmen. Diese Umsiedlung bzw. die Flucht der Bevölkerung aus den Kampfgebieten ist schon seit langem im Gange.

Bei uns im Pantasma-Tal (Departement Jinotega) arbeiten seit fast 1 Jahr zwei deutsche Baubrigaden an Siedlungen für Agrarkooperativen, deren ursprüngliche Dörfer bei „Contra“-Überfällen 1983 bzw. 1984 zerstört worden waren.

Die Regierung hat den Kooperativen Land in einem Gebiet zur Verfügung gestellt, das zwar nicht sicher ist, wo aber zumindest eine gute Möglichkeit besteht, sich zu verteidigen. Dort sind gleichzeitig Gesundheitsfürsorge, Schulunterricht, Lebensmittelversorgung und der Abtransport der Ernte machbar.

Als die „Carlos Fonseca“-Kooperative im Mai 1984 aus El Ventarron flüchten mußte, blieb der größte Teil, der verstreut in den umliegenden Bergen lebenden Einzelbauern da. Seit dieser Zeit hatten sie ständig die „Contra“ „zu Gast“, mußten sie mit Lebensmitteln und Informationen versorgen. Viele der Bauern wurden nach Honduras entführt, dort 3 Monate ausgebildet und als Reagans „Ritter Gottes“ nach Nikaragua zurückgeschickt. Allein in Pantasma wurden 1984 so 200 Soldaten für die „Contra“ rekrutiert.

## Umsiedlungen unter Zwang?

Verschärft wurde die Lage der „Campesinos“ durch die ständigen Gefechte. Immer wieder verdrängten Regierungstruppen die „Contras“ aus El Ventarron – im Dezember wurde fast ununterbrochen gekämpft –, bis es um Weihnachten herum gelang, das ganze Gebiet mehr oder weniger unter Kontrolle zu bekommen.

Ende Februar d.J. begann hier die Evakuierung für den Bereich Pantasma. Nach gründlichen Vorgesprächen und Vorbereitungen ging die eigentliche Evakuierung sehr schnell vor sich. Auf riesigen Armeelastwagen, die vollgestopft mit Balken und Brettern, Hühnern und Schweinen, mit dem ganzen irgendwie transportablen Besitz waren, wurden die ersten 60 Familien in die beiden erwähnten Kooperativen gebracht. Die halb-

wegs fertiggestellten Häuser dienten als Notunterkünfte.

Unser Eindruck aus den Gesprächen mit den Bauern war, daß ihre Stimmung zwischen Erleichterung und Mißtrauen lag. Mißtrauen vor allem, ob die Regierung das Versprechen, ihnen Land zu geben, einhalten würde.

Nach einer Woche Wartezeit wurden sie von der Armee wieder abgeholt und auf drei landwirtschaftliche Güter in der Nähe verteilt, die der Staat gekauft hatte.

Inzwischen haben wir öfters Besuch von den Evakuierten gehabt. Sie haben uns erzählt, daß jetzt auf dem neuen Land die meisten zufrieden sind, ein paar aber auch nach El Ventarron zurückgegangen sind.

So haben wir und auch eine große Zahl von



Durch „Contras“ zerstörtes Getreidelager in Ocotal

auf dem Markt für 80 oder 100 C das Pfund. Und die Leute kauften trotzdem. Klar, daß die Produzenten ihr Vieh ungern an den Staat verkauften, sondern es vorzogen, schwarz zu schlachten.

Mit der Aufhebung der Subventionen werden die Preise auf ein realistisches Niveau angehoben, das meist ungefähr dem Schwarzmarktkurs entspricht. Damit verbindet sich die Hoffnung, dem unkontrollierten Händlerturn zumindest teilweise die Basis zu entziehen.

Leidtragende sind die Mittelklasse, die aber allemal genug Geld hat, um nicht durch Verhungern auszusterben, und die armen städtischen Randschichten. Es trifft vor allem diejenigen, die unproduktiven Tätigkeiten als fliegende Händler, Schuhputzer oder Schieber nachgehen. Die Kaufkraftverluste der Arbeiter und Angestellten des öffentlichen Bereichs werden durch die Lohnerhöhungen, die Kantinen und betriebseigene Läden („comisariatos“) zum großen Teil ausge-

glichen. In den „comisariatos“ können Güter des täglichen Bedarfs zu Selbstkostenpreisen erstanden werden.

Eine weitere Maßnahme ist die Einschränkung der öffentlichen Ausgaben. Oberste Priorität behält die Verteidigung, gefolgt vom Gesundheitssystem. Die Ausgaben des Erziehungssektors hingegen werden eingefroren. Neue Großinvestitionsprojekte wie die Zuckermühle „Victoria de Julio“ (250 Mio Dollar) gibt es nicht. Laufende Projekte werden abgeschlossen.

Ergänzend dekretierte die Zentralbank einen neuen gespaltenen Wechselkurs, der einer erheblichen Abwertung des Cordoba gleichkommt. Je nach Verwendungszweck müssen für einen Dollar 10 bis 50 C bezahlt werden. So beträgt der Kurs für die Einfuhr von Ersatzteilen und Rohstoffen 1:10, für Geschäftsreisen ins Ausland jedoch 1:50. Für alle nicht festgelegten Verwendungszwecke gilt ein freier Wechselkurs.

Über die daraus folgende Verteuerung der Importe werden zwar auch die Preise ansteigen, „wir glauben jedoch, daß es geringer sein wird, als gegenwärtig, vielleicht sogar sehr viel geringer“, hofft Zentralbankchef Jaquín Cuadra.<sup>3</sup>

Besonders die Freigabe des Wechselkurses dient dem Zweck, den Schwarzmarkt auszuschalten. Dort zahlte man Anfang 1985 600 C für einen Dollar gegenüber 28 auf der Bank. Man hofft, den Geldfluß besser kontrollieren zu können, wenn in Zukunft in den Banken statt auf der Straße getauscht wird. Außerdem erwarten die Finanzplaner ein Einpendeln auf einen wesentlich geringeren Kurs und somit eine Reduzierung des inflationären Drucks, der vom Schwarzmarkt ausgeht.

Zu all dem kommen administrative Maßnahmen zur Kontrolle der Händler und Eindämmung der Spekulation.

Mit einem System von 25.000 „Volksinspektoren“ und der Unterstützung durch die sandinistischen Massenorganisationen beabsichtigt Comandante Ramon Cabrales, der neue Binnenhandelsminister, der Spekulation in diesem Jahr das Genick zu brechen.

Keine neuen Handelslizenzen, Einführung von Steuern, verschärfte Straßenkontrollen und die spektakuläre Aushebung geheimer Lager hat es in letzter Zeit gegeben.

Doch ändert sich dadurch noch lange nicht die Mentalität der großen Menge der Bevölkerung. Sie versteht es immer wieder, sich angesichts der akuten und weit verbreiteten Mangelsituation das Nötige zu beschaffen, auf welchen (dunklen) Wegen auch immer.

Es bleibt abzuwarten, inwieweit durch die beschriebenen Weichenstellungen die wirtschaftlichen Ungleichgewichte langsam abgebaut werden können.

Das von den USA verkündete Wirtschaftsembargo wird diesen Prozeß sicherlich etwas bremsen, doch nicht wesentlich aufhalten.

Auch wenn die USA nach fast 6 Jahren Revolution noch der bedeutendste Handelspartner unter den westlichen Industrienationen sind, konnte die 30%ige Abhängigkeit von dem Wirtschaftsriesen im Norden auf derzeit ca. 13% reduziert werden.

Es sind vor allem Bananen, Rindfleisch und Tabak, die die Exportsumme von 57 Mio Dollar 1984 ausmachten. Bei den leicht verderblichen Bananen und dem Rindfleisch wird der Boykott kurzfristig sicherlich zu Verlusten für die nikaraguanische Wirtschaft führen.

Es wird nicht leicht sein, schnell neue Märkte zu erschließen. Die 1985 aufgenommene Lieferung in den arabischen Raum könnte jedoch eine mögliche

US-Journalisten den Beginn der Evakuierung in Pantasma erlebt.

Wenn ich mir die Reaktion der bundesdeutschen Öffentlichkeit, von FAZ bis taz, auf die Nachricht „Umsiedlung in Nicaragua“ vorstelle, dann seh' ich schon, wie die einen „Archipel Gulag“ und die anderen alternativ „Miskitos“ (1982 wurden 12.000 Miskito-Indianer – teilweise gegen ihren Willen – aus den Kampfgebieten umgesiedelt; siehe AIB 7-8/1984, S. 54; d. Red.) schreiben, beide mit dem gleichen anklagenden Tonfall. Und natürlich paßt das nicht zu dem von uns erlebten Beispiel einer Umsiedlung. Macht nichts, so haben wir es gesehen und so ähnlich ist der ganze Ablauf der Aktion geplant.

Die Probleme entstehen vor allem durch das Ausmaß der Evakuierung. Dazu ein paar Zeilen: In den Regionen I und VI sollen innerhalb von 3 Monaten 50.000 Menschen umgesiedelt werden. Mehr als 3.000 Häuser müssen allein in der VI. Region gebaut werden. Außerdem muß Privatland aufgekauft und an die umgesiedelten „Campesinos“ verteilt werden.

Der Mangel an Zeit, Arbeitskräften und Baumaterial führt dazu, daß die schon viel zu kleinen 36-qm-Häuser jetzt ohne Wände und Fußböden gebaut werden müssen, also nur noch aus Holzstützen und Zinkdächern bestehen.

### Niemand wird gezwungen

Diese Menschen wurden von der Umsiedlung informiert, daß sie ca. 1 Monat in Notunterkünften, also Zelten, Barracken oder unter Plastikfolien zubringen müssen. Für den Bau der Wände und Latrinen kann höchstens ein bißchen Werkzeug zur Verfügung gestellt werden.

Die Ernährung wird durch Lebensmittelreserven der Regierung gesichert. Für die Kinder wurden von Freiwilligen des Sozialministeriums Gemeinschaftsküchen eingerichtet.

Zurück zur Frage, ob die Leute freiwillig gehen oder von der Armee vertrieben werden. In Pantasma wird niemand gezwungen, zu gehen.

Es gibt im Norden des Tals eine Gemeinschaft, in der sich von 110 Familien 40 zum Bleiben entschieden haben. Sie bleiben, weil sie sich nicht von ihrem Land trennen wollen, weil sie Angehörige bei der „Contra“ haben oder einfach der Regierung die Versprechungen nicht glauben. Es ist abzusehen und ihnen auch gesagt worden, daß sie bei den schweren Kämpfen, die für die kommenden Monate in diesem Gebiet erwartet werden, die Leidtragenden sein werden.

Insgesamt besteht im Gebiet von Pantasma das Problem der Freiwilligkeit nicht. So verlangen z.B. in der Ortschaft El Corazal 100 Familien, sofort evakuiert zu werden. In einem anderen Dorf, in Tomalague sind 110 Familien angekommen, die nicht auf ihre Evakuierung warten wollten.

Trotz dieser Beispiele wäre es zu einfach, die Umsiedlung als das Auffangen einer Flüchtlingsbewegung darzustellen. Das ist zwar ein Aspekt, der andere aber besteht in der Absicht, bestimmte Gebiete von der Zivilbevölkerung zu räumen, die anders nicht unter Kontrolle gebracht werden können.

### Den „Contras“ das Wasser abgraben

Die Armee soll die Möglichkeit bekommen, schwere Waffen einzusetzen. Gleichzeitig soll die Versorgung der „Contras“ erschwert und die Bevölkerung ihrem militärischen und damit politischen Einfluß entzogen werden.

Ob die Rechnung mit der Evakuierung aufgehen wird, ist offen. Das Urteil der Betroffenen wird vom Einhalten der von der Regierung gemachten Zusagen abhängen, vor allem davon, ob es gelingt, den Bauern das notwendige Land zu übergeben.

Für uns, die wir mittendrin stecken, ist klar, daß der politische Wille der Sandinistas dazu vorhanden ist, daß die ersten Maßnahmen ein bißchen Grund für Optimismus liefern. Wie alles wird auch der Ausgang der Evakuierung von der Entwicklung des Krieges abhängen. Bleibt zu hoffen, daß die internationale Unterstützung für die sandinistische Revolution größer wird und niemand auf das „Archipel Gulag“-Geschwätz der Yankees reinfällt.

Richtung angeben für die Suche neuer Absatzmärkte.

Bei den Importen (1984: 115 Mio Dollar) sind besonders Ersatzteile, Erntemaschinen, chemische Dünger und Schädlingsbekämpfungsmittel betroffen sowie verschiedene Konsumgüter. Für die letzteren Artikel lassen sich sicherlich alternative Anbieter finden.

Außerdem wird der neuerliche Druck Projekte beschleunigen wie beispielsweise den Aufbau der Produktion biologischer Schädlingsbekämpfungsmittel, der sich bereits in der Planung befindet. Erschweren wird sich fraglos die Beschaffung von Ersatzteilen.

Alles in allem ist es jedoch zweifelhaft, ob das Embargo die von Reagan ersehnten Erfolge zeitigen wird, zumal sich kein anderes Land dem angeschlossen hat. Es wird vor allem den nikaraguanischen Abkoppelungsprozeß von der nordamerikanischen Wirtschaft beschleunigen. Nicht zuletzt belegt das

26jährige Bestehen der kubanischen Revolution die begrenzte Wirksamkeit einer derartigen Boykottpolitik.

Nach all diesen nüchternen wirtschaftspolitischen Daten stellt sich die Frage, welche innenpolitischen Auswirkungen die von den Sandinisten ergriffenen Maßnahmen haben werden.

Außer den Kämpfern an der Kriegsfront „bevorzugen wir die Arbeiter in der Produktion, weil sie es sind, die es ermöglichen werden, daß unser Volk die nötigen Güter für einen Konsum erhält“.<sup>4</sup> Diese Aussage von Ramon Cabrales verdeutlicht die bündnispolitischen Präferenzen der FSLN.

Für die Land- und Industriearbeiter ebenso wie für die Staatsangestellten wird sich das Lebensniveau kaum wesentlich verschlechtern. Im Gegenteil ist eher eine bessere Versorgung zu erwarten. Vor allem den Gewerkschaften kommt in dem Zusammenhang bei der Ausstattung und Einrichtung der „comi-

sariatos“ und Kantinen eine Schlüsselrolle zu.

Durch den hohen Organisationsgrad gelingt es in diesem Bereich verhältnismäßig gut, die politischen Maßnahmen der Regierung, die Auswirkungen der US-Aggression usw. zu vermitteln. Hier rekrutiert sich überdies auch das Gros der freiwilligen Reservebataillone, die in der Landesverteidigung mit eingesetzt werden.

Die 19 Streiks in der Wahlkampfperiode wiesen allerdings auf zahlreiche Widersprüche z.B. in der Anwendung des SNOTS hin (falsche Eingruppierung, ungerechte Lohndifferenzen). Sie richteten sich jedoch nicht gegen das politische System als Ganzes, wie westliche Beobachter es gern gesehen hätten.

Dennoch haben diese Aktionen die FSLN aufgerüttelt. Verstärkt ermuntert sie die Arbeiter in letzter Zeit, auf Betriebsebene ihre legitimen Interessen durchzusetzen, Bürokratie und Unge-

**Peter Garcia**

## Kubas Nikaraguahilfe am Ende?

Im Mai 1985 verließen 100 kubanische Militärberater Nicaragua. Bereits vorher war die Zahl kubanischer Lehrer in dem mittelamerikanischen Land spürbar reduziert worden. Und als Journalisten die Frage stellten, ob Kuba im Falle eines US-Angriffs auf Nicaragua Truppen entsenden würde, antwortete Fidel Castro: „Das ist unmöglich.“ (siehe Castro-Interview in: AIB 1/1985, S.19)

Bedeutet das etwa, daß Kuba die Sandinistas in Stich läßt?

Schon konstruieren westliche Medienastrologen ganze Theorien: Weil Fidel nicht zur Beisetzung Tschernomors nach Moskau kam, sprechen Le Monde, International Herald Tribune (IHT) und die Frankfurter Allgemeine von Spannungen zwischen Havanna und Moskau.

Weil Kuba mit den USA ein Auswanderungsabkommen getroffen hat, weil zwischen beiden Staaten Gespräche über Fischereirechte, Flugzeugentführungen und Küstenschutz geführt werden, vermuten die gleichen Journalisten eine Wende Kubas in Richtung USA. Und der vermeintliche Abbau kubanischer Hilfe für Nicaragua wird als Indiz dafür genommen, daß Kuba US-amerikanisches Wohlwollen erringen möchte.

### Alles, außer Truppenentsendung

Aber so einfach ist es nicht, die Sterbestunde der kubanischen Revolution einzuläuten. Als erstes trug man alle Regeln logischen Denkens zu Grabe: So lobte man auf der einen Seite das – vermeintlich – konziliante Verhalten Fidels gegenüber den USA. Auf der anderen Seite unterstellte man Fidel, bei der Sowjetunion genau entgegengesetzt zu reagieren.

Laut IHT vom 25.3.1985 hätte er sich „über das konziliante Verhalten Tschernomors gegenüber den USA“ geärgert und sei deshalb nicht nach Moskau gereist. Somit wäre Fidel also einmal für Zugeständnisse an die USA – und gleichzeitig genauso dagegen. Wo ergibt das noch Sinn...

Zweitens scheint es, als hätten die bürgerlichen Journalisten hinsichtlich Kubas Nikaragua-Hilfe äußerst schlampig recherchiert: Die nimmt nämlich nicht ab, sondern wächst im Gegenteil immer weiter.

Zwar zog Kuba zur Unterstützung der Friedensbemühungen der Contadora-Gruppe 100 Militärberater aus Nicaragua ab. Es bleiben aber immer noch 700 im Land.

Außer der Entsendung von Truppen hat Kuba jede andere Art von Militärhilfe gewährt, soweit das der Karibik-Insel möglich war. Das bestätigte Fidel am 3.3.1985 gegenüber Reportern der spanischen Nachrichtenagentur EFE. Einzelheiten wurden – begreiflicherweise – auch hier nicht genannt. Natürlich fehlen Kuba die materiellen Voraussetzungen, um Nicaragua im Falle einer US-Aggression mit eigenen Truppen zur Hilfe kommen zu können. Die Karibik-Insel hat weder die entsprechenden Kriegsschiffe und -flugzeuge, um eine US-Seeblockade zu brechen, noch könnte der Nachschub sichergestellt werden.

Was die Lehrer betrifft, so haben die Kubaner wirklich einen großen Teil zurückgeholt. Sie wurden von 1.500 nikaraguanischen Berufskollegen ersetzt, die ihre Ausbildung auf Kuba erhalten hatten.

1984 studierten insgesamt 6.000 Nikaraguaner auf Kuba, bei freier Kost und Logis. Nach unseren Maßstäben gerechnet ergibt das für Kuba einen Aufwand von 18.000 DM pro Student und Jahr. Insgesamt entspricht diese Hilfe also 90 Mio DM.

Bis vor kurzem hatte Kuba auf Wunsch der Regierung Nicaraguas jährlich 2.000 Lehrer zur Unterstützung der Alphabetisierungskampagne entsandt. Nach bundesdeutschen Maßstäben kostet ein Lehrer im Ausland 80.000 DM pro Jahr. Bei 2.000 Lehrern entspricht dies einer Summe von 160 Mio DM pro Jahr.

Dazu kommen die Aufwendungen für 4.000 kubanische Techniker, Ärzte, Krankenschwestern, Bauarbeiter usw., die etwa noch einmal 270 Mio DM betragen. Kuba hat in

Nicaragua fast zweimal soviel Fachpersonal, wie die Bundesrepublik in der gesamten Dritten Welt!

Da der Wirtschaftsboykott der USA gegen Nicaragua schon lange vor seiner offiziellen Erklärung mit der Reduzierung der Zuckerimportquote und der Streichung von Krediten begonnen hatte, gewährt Kuba auch hier Unterstützung.

1984 z.B. dürfte die unentgeltliche Warenhilfe Kubas für Nicaragua bei ca. 150 Mio DM gelegen haben. Dazu gehörten Fernsehgeräte, Babynahrung und Bücher.

### Rückenstärkung gegen den Boykott

Nicaragua hat keine eigene Buchdruckerei und erhält deshalb die Mehrzahl aller Schul- sowie Sachbücher und Romane aus Kuba. Die meisten der exportierten Artikel, wie z.B. Fernseher, sind auch in Kuba nicht im Überfluß vorhanden.

Trotz eigener Verschuldung erließ die Regierung Kubas Nicaragua anlässlich der Übergabe der Zuckerfabrik Victoria de Julio die Rückzahlungen eines Darlehens in Höhe von 70 Mio Dollar.

Es handelt sich hierbei heute übrigens um den größten Industriekomplex Nicaraguas, der nicht nur die Zuckerproduktion um 40% erhöhte, sondern auch noch Energie, Brennstoff und industrielle Rohmaterialien herstellt. 60% der Einrichtungen sind kubanischen Ursprungs. Auch ein Teil des Fachpersonals und der Bauarbeiter wurden von Kuba gestellt.

Insgesamt hatte also die Hilfe Kubas für Nicaragua 1984 einen Wert von etwa 900 Mio DM. Für dieses kleine Land bedeutet die Unterstützung Nicaraguas direkten materiellen Verzicht.

Wie miserabel nimmt sich dagegen die „Entwicklungshilfe“ der reichsten Länder Westeuropas aus: Sie ist pro Kopf für die ganze Dritte Welt so hoch wie alleine der Wert der kubanischen Hilfe für Nicaragua!

rechten anzuklagen und von ihren Rechten der weitgehenden Mitbestimmung (in staatlichen Betrieben) und der Arbeiterkontrolle (im Privatsektor) auch ausgiebig Gebrauch zu machen.

Die Klein- und Kooperativenbauern profitierten in den letzten Jahren am stärksten von der Revolution. Die Verteilung von 2,1 Mio Manzanas (1 Manzana = 0,705 ha) Land an über 60.000 Familien, großzügige Kredite, erhöhte Erzeugerpreise bringen den „campesinos“ gute Gewinne in ihre häufig noch sehr kargen Hütten.

Politisch sind sie über die Nationale Union der Landwirte und Viehzüchter (UNAG) nicht nur in der Verfassungsgebenden Versammlung repräsentiert. Unter der Führung von Daniel Nuñez (seit Juli 1984) entwickelte die UNAG sich verstärkt zu einem noch energischeren Interessenvertreter ihrer 80.000 Mitglieder gegenüber dem Staat.

Sie genießt daher auch unter den patriotischen Großproduzenten viel Ansehen, beispielsweise wegen der Durchsetzung der Erzeugerpreiserhöhung für Kaffee im Herbst 1984.

Unmut ruft die neue Politik vor allem bei der unterbeschäftigten armen städtischen Bevölkerung hervor.

Für viele wird es sich nicht mehr lohnen, den vor der Ampel haltenden Autofahrern Mandarinen oder Sonnenbrillen anzubieten. Daß sie allerdings aufs Land zurückkehren (Managua wuchs in den letzten fünf Jahren von 600.000 auf mittlerweile 900.000 Einwohner an) ist unwahrscheinlich.

Ob diese Schichten, die der FSLN einst als Basis dienten und den Sieg 1979 ermöglichten, den Sandinistas den Rücken kehren, hängt nicht zuletzt von der politischen Arbeit der Sandinistischen Verteidigungskomitees (CDS) ab, die mit ihrer halben Mio Mitgliedern in allen Stadtvierteln präsent sind (siehe AIB-Sonderheft 4/1984, S. XVf.).

Um die Gunst dieser Schichten buhlt sowohl die im Abgeordnetenhaus vertretene als auch die außerparlamentarische Rechtsopposition. Doch standen gerade die städtischen Randschichten den liberalen und konservativen Parteien auch früher schon ausgesprochen fern. Daß ihre Unzufriedenheit sich deshalb kurzfristig in massenhafte Unterstützung für diese Parteien ummünzen läßt, ist höchst unwahrscheinlich. Die Basis der Rechten bleiben die Mittelschichten, die infolge der Revolution viele ihrer Privilegien verloren haben und durch das US-Embargo ihre Konsumgewohnheiten einschränken müssen, sowie mittlere und große Bauern.

Arturo Cruz, der Führer der nicht im Parlament vertretenen Demokratischen Koordination (siehe AIB 9/1984, S. 9ff. und 1/1985, S. 16ff.) liebäugelt eben-



Transportprobleme: ein Resultat des Devisenmangels

falls mit der seiner Meinung nach 80% der Bevölkerung, die heute bei einem Referendum gegen die Sandinisten stimmen würden.<sup>5</sup>

Doch hat sich der Massenanhang seiner bunten Koalition aus der mächtigen, reaktionären Unternehmervereinigung COSEP, zwei winzigen Gewerkschaften und drei unbedeutenden politischen Parteien seit den Wahlen nicht erhöht.

Obwohl sie formaljuristisch außerhalb der Gesetzlichkeit operieren – die Parteien besitzen infolge ihres Boykotts der Wahlen vom 4.11.1984 nicht den Status einer Rechtsperson –, hat es das Innenministerium bisher nicht für notwendig erachtet, ihren politischen Spielraum einzuschränken.

### Die Rechte ist keine Alternative

Für die Sandinistas handelt es sich bei diesen illustren Herren lediglich um den verlängerten politischen Arm der „Contras“ im Lande. Cruz selbst bestätigt diese Meinung nicht nur durch seine gemeinsamen Erklärungen mit den „Contra“-Führern (siehe AIB 5/1985, S. 44f.), sondern auch durch seine Stellungnahme zu Reagans kürzlicher Abstimmungsniederlage im Kongreß (Nichtbewilligen von 14 Mio Dollar für die „Contras“; d. Red.), indem er sagte: „Die Amerikaner (er meint wahrscheinlich die USA; d. Verf.) haben durch die Ablehnung des Reagan-Planes im Kongreß vor aller Welt dargestellt, daß sie sich über eine Ablehnung des sandinistischen Regimes nicht einig sind; sie haben damit die Gelegenheit verpaßt, die Sandinisten zu Verhandlungen mit der demokratischen Opposition Nikaraguas zu zwingen.“<sup>6</sup>

Gerade durch derartige Äußerungen disqualifiziert er sich selbst als potentieller Volkstribun, der den Unmut der Massen aufnehmen und gegen die Sandinisten

lenken könnte. Denn der Haß gegen den US-Imperialismus ist tief verwurzelt und uralte. Und wer sich mit ihm verbündet, wird im Volk kein großes Ansehen genießen.

Der Kampf der Sandinistas gegen die von Washington inszenierte Konterrevolution, der Kampf des David gegen den nordischen Goliath bringt der Regierung im Lande nach wie vor weite Anerkennung ein. Dies ist sicherlich ein Grund dafür, daß die FSLN bisher wenig von ihrem Massenanhang einbüßte.

Neben den zahlreichen revolutionären Veränderungen rührt ihr Kredit beim Volk andererseits aus dem folgenden Sachverhalt: Sie hat den verhaßten Somozismus beseitigt und dem Volk seine Würde zurückgegeben. Es ist die Würde, nicht willkürlich entlassen zu werden, die Würde, keine Angst vor Verhaftung, Folter und Mord zu haben, die Würde, kritisieren zu dürfen und häufig sogar gehört zu werden.

Man trifft deshalb nicht selten Leute, die sich wütend erregen über die Eierpreise, die Schlangen vor den Schuhgeschäften, die aber im gleichen Atemzug sagen: „Wenn die Gringos kommen, bin ich der erste, der ein Gewehr in die Hand nimmt.“ Und die das auch so meinen.

Allerdings ist auch dieser Kredit nicht unerschöpflich. Die Menschen haben ihre Revolution nicht gemacht wegen einiger hehrer Ideale, sondern weil sie besser leben wollten. Die Strangulierung der Ökonomie durch Krieg und Wirtschaftsblockade läßt die Verwirklichung dieser Wünsche teilweise in weite Ferne rücken.

#### Anmerkungen:

- 1) Barricada, Managua, 9.2.1985
- 2) Ebenda, 14.2.1985
- 3) Ebenda, 9.2.1985
- 4) Ebenda
- 5) Frankfurter Allgemeine Zeitung, 29.4.1985
- 6) Ebenda

# Daniel Ortega

## Die Träume von Sandino



Am 10. Januar d.J. trat Nikaraguas gewählter Präsident Daniel Ortega in Managua sein Amt an. In seiner hier dokumentierten Antrittsrede erläutert er die Aufgaben der sandinistischen Regierung. Er zieht eine Bilanz der vergangenen 5 Jahre und kündigt u.a. eine Amnestie für die „Contras“, ein Sonderstatut für die Atlantikküste und tiefgreifende Wirtschaftsmaßnahmen an.

Wir sind eine souveräne, unabhängige und nichtpaktgebundene Nation. Wir haben die natürlichen Ressourcen zurückerlangt. Wir haben 2 Mio Manzanas (1 Manzana = 0,7 ha; d. Red.) Land an die Bauern verteilt. Während es in der Vergangenheit 133 Gewerkschaftsorganisationen gab, sind es heute 1.103. Vor 1979 bestanden 22 landwirtschaftliche Genossenschaften, gegenwärtig sind es mehr als 3.000 Genossenschaften.

Mehr als 40% der landwirtschaftlichen Erzeuger sind in der Nationalen Union der Bauern und Viehzüchter (UNAG) organisiert. Jugendliche, Frauen, Kinder, Behinderte, Intellektuelle, Künstler, Journalisten, Freiberufliche, Techniker, Handwerker sowie die Klein- und Mittelindustrie sind ebenfalls in ihren jeweiligen Vereinigungen und Organisationen zusammengeschlossen.

### Pluralismus, Menschenrechte verankert

Heute sind die Träume von Sandino und Carlos (Fonseca, Begründer der Sandinistischen Front der Nationalen Befreiung; d. Red.) Wirklichkeit geworden durch die Alphabetisierungskampagnen, das Programm für Erwachsenenbildung und die gestiegene Zahl von Bildungszentren, in denen mehr als 1 Mio Nikaraguaner lernen. Wir haben außerdem 217 Bildungszentren subventioniert, von denen die meisten private und religiöse Einrichtungen sind. (...)

Dank der intensiven Gesundheitsprogramme ist die Kindersterblichkeit, die 1979 noch 121 je 1.000 Neugeborene betrug, 1984 auf 75,2 zurückgegangen. Die Lebenserwartung hat sich von 52,9 Jahren im Jahre 1979 auf 59,8 Jahre 1985 erhöht.

Die Anwendung des revolutionären Programms bedeutet Unterstützung für eine gemischte Wirtschaftsform, die im besten Interesse der großen Mehrheit des Volkes liegt. Es gibt eine bessere und immer gerechtere Verteilung des Reichtums, von dem 60% auf den privaten Sektor und 40% auf den staatlichen Sektor entfallen. (...)

Bei der Anwendung des revolutionären Programms sind auch der politische Pluralismus, die Menschenrechte und die Pressefreiheit berücksichtigt worden. Der politische Pluralismus ist bereits rechtlich verankert durch das Gesetz über die politischen Parteien, den Obersten Wahlrat und die Versammlung der politischen Parteien. Das Recht auf Pluralismus nahm das Volk in den Wahlen vom 4. November 1984 wahr, an denen erstmals in der nikaraguanischen Geschichte sieben politische Parteien der verschiedensten ideologischen Orientierungen teilnahmen.

Die Menschenrechte sind ein besonderes Anliegen der Revolution, und wir haben unter ande-

rem eine Ordnung verankert, um unsere Gesellschaft im Inneren zu retten. Wir haben Fortschritte bei der Modernisierung des Rechtssystems gemacht. Es gab mehr als sieben Gruppenamnestien, eine Amnestie ist verlängert worden, damit Bürger, die in konterrevolutionäre Aktivitäten verwickelt waren, in unsere Gesellschaft zurückkehren können. Und mehr als 1.500 Nikaraguaner haben von dieser Amnestie Gebrauch gemacht.

Auch die Pressefreiheit ist in Nicaragua verankert worden. Und die Werktätigen haben heute Zugang zu den Informationsmedien, die in der Vergangenheit ein Monopol der konservativen Oligarchie waren. (...)

Mehr als 100 Mio Dollar stellte die US-Regierung bereit, um die terroristischen Aktivitäten des CIA gegen unser Land zu unterstützen. Der Aggressionskrieg, mit dem die gerechten Bestrebungen unseres Volkes vereitelt werden sollten, hat in 4 Jahren insgesamt 7.698 Opfer gefordert. Davon wurden 2.767 ermordet, darunter 132 Kinder unter 12 Jahren, 48 Frauen, 705 Bauern sowie 153 Techniker und Freiberufliche. Von der Gesamtzahl der Opfer waren 3.213 junge Männer und Frauen unter 21 Jahren.

Das Geld des US-amerikanischen Volkes wurde dazu investiert, der nikaraguanischen Volkswirtschaft einen materiellen Schaden von mehr als 1 Mrd Dollar zuzufügen. Die Söldner haben Produktionsstätten, Schulen, medizinische Einrichtungen, Brücken, Fischerboote, Kraftstoffdepots, Maschinen und Bauausrüstungen zerstört. (...)

Wir sind den Angriffen einer Politik der Stärke ausgesetzt, die mit ihrer irrationalen Haltung den Weltfrieden gefährdet.

Wir, die Opfer dieser Politik der atomaren Kriegstreiberei auf der Erde und im Weltraum, sind davon überzeugt, daß der Hauptkampf, den es zu führen gilt, der Kampf um den Frieden ist. Wir können keine Vorbereitungen für die nächsten Tage treffen und Wirtschaftspläne erstellen, ohne zuerst für den Frieden zu arbeiten. Nicaragua wird weiterhin alle Anstrengungen unterstützen, die den Dialog, Abrüstung und Vereinbarungen begünstigen, die ein für allemal die Rüstungsinvestitionen begrenzen und reduzieren. (...)

Wir bekräftigen hiermit unsere Unterstützung für die Contadora, diese große lateinamerikanische Initiative, die von der Internationalen Gemeinschaft unterstützt wird, die ihre Hoffnungen auf die starken Friedensbemühungen Mexikos, Kolumbiens, Venezuelas und Panamas setzt. Wir wiederholen unsere Bereitschaft, den von der Contadora-Gruppe am 7. September 1984 unterbreiteten Friedensvorschlag unverzüglich zu unterzeichnen. (...)

(...) In bezug auf den Konflikt in unserer Schwedesternation El Salvador, der sich aus der salvadorianischen Realität ergibt, wird Nicaragua weiterhin den Dialog für eine friedliche Lösung unterstützen.

Bezüglich der Spannungen zwischen Honduras und Nicaragua sowie zwischen Nicaragua und Kostarika, die sich aus der US-Politik durch die Errichtung von Stützpunkten und Lagern für die Söldnertruppen ergeben, was zu Blutvergießen in unserem Vaterland führt, sind wir bereit, zwecks ihrer sofortigen Wiedereingliederung in die Gesellschaft alle diejenigen auf-

zunehmen, die sich an bewaffneten konterrevolutionären Aktivitäten beteiligt haben, sobald sie den honduranischen und kostarikanischen Behörden die bei diesen Aktivitäten eingesetzten Waffen übergeben haben. (...)

Wir halten an unserem Willen fest, die auf dem Gipfeltreffen der politischen Parteien (vom Oktober 1984; d. Red.) getroffenen Vereinbarungen zu erfüllen. Und wir hoffen, daß alle politischen Parteien, die die Vereinbarungen unterzeichnet haben, sich für ihre Einhaltung zum Wohle der Einheit der Nation einsetzen werden.

Wir unterstützen die Einberufung von Gemeindevahlen zu dem von der Verfassungsgebenden Nationalversammlung festgesetzten Zeitpunkt. Wir werden die Billigung eines Gesetzes für ausländische Investitionen befürworten, durch das diese Investitionen in unserem Land geregelt werden.

Wir werden den Entwurf und die Billigung eines besonderen Gesetzes für die Bewohner der Atlantikzone als Teil eines bereits begonnenen Prozesses fördern. Im Rahmen der gemeinsamen Bemühungen der revolutionären Regierung und aller Bewohner der Atlantikzone Nicaraguas bekräftigen wir die Bereitschaft, die Gespräche mit den aus dieser Zone stammenden Gruppen wie MISURASATA fortzusetzen, damit sie ihre Waffen niederlegen, sich den staatsbürgerlichen Aktivitäten im Lande anschließen und an der gegenwärtigen Ausarbeitung eines Sondergesetzes für die Atlantikküste teilnehmen können. (...)

Wir werden nicht zögern, alle erforderlichen Maßnahmen zur Überwindung der ersten Wirtschaftskrise zu ergreifen.

Die einfachen und arbeitenden Menschen kennen besser als jeder andere die Ursachen für diese Situation, und niemand wird durch einfache und demagogische Versprechen getäuscht. Wir glauben nicht, daß wir die Krise in kurzer Zeit überwinden können; das wird ein bißchen dauern. Wir werden jedoch um die Abschwächung der Krise kämpfen, damit sie sich nicht weiter vertieft.

### Wirtschaftskrise überwinden

Die Richtlinien des Wirtschaftsplans für 1985 zielen darauf ab. Diese Richtlinien können wie folgt zusammengefaßt werden: Verteidigung des Reallohns der Produktionsarbeiter durch mehr Disziplin und Produktivität, Anreize für die Hersteller, Sozialleistungen für die Produktionsarbeiter, Kampf gegen Spekulanten und Ausbeuter.

Wir werden weiterhin mit derselben Entschlossenheit kämpfen, die von den Kaffeepflücker an den Tag gelegt worden ist, mit Bewunderung und Opferbereitschaft, um die terroristischen Pläne der CIA zu vereiteln. Wir werden weiterhin produzieren für die Verteidigung und den Export und die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln und Sozialleistungen. Wir werden die Agrarreform vorantreiben und den Bauern mehr Land geben, bis es keinen einzigen Bauern mehr ohne Land in Nicaragua gibt. (...)

(Quelle: Radio Managua, 10.1.1984, 23.06 h GMT)

# DAS GEBURTSTAGSGESCHENK



Nunmehr **15 Jahre** ist es her, seit im Juni 1970 die erste Ausgabe des AIB erschien. Seitdem ist aus dem AIB die **auflagenstärkste** deutschsprachige Monatszeitschrift zur Dritten Welt mit Abonnenten in fast 60 Staaten geworden.

Uns ist das **nicht genug**. Zuwenige wissen Bescheid über Reagans Krieg gegen Nikaragua, über die Volksaufstände in Südafrika, über den libanesischen Widerstand, über den US-Aufmarsch im Pazifik, über die bundesdeutsche Verwicklung im Nahen und Mittleren Osten, über die Ursachen der Hungerkata-

strophen und der Verschuldungskrise. Und zuwenige sind aktiv gegen die imperialistische Politik in der Dritten Welt.

Deshalb brauchen wir mehr Leser – und deshalb bekommt **jeder**, der uns einen **neuen Abonnenten nennt**, ein aktuelles Dritte-Welt-Buch **geschenkt**.

Das Ganze ist denkbar einfach: **Abokarte** in der Heftmitte ausfüllen, eines der unten abgebildeten Bücher angeben (oder die vollständige Liste anfordern) und abschicken. Das Buch wird sofort ausgeliefert (bei Erteilung einer **Abbuchungsvollmacht**) oder nach Bezahlung des Abopreises von **25 DM**.



Fidel Castro  
**... wenn wir überleben wollen**  
Weltkreis Verlag  
296 Seiten, 16,80 DM



James Matthews  
**Schattentage**  
Roman aus Südafrika  
Weltkreis Verlag  
144 Seiten, 9,80 DM



D. Boris/R. Rausch  
**Zentralamerika**  
Guatemala, Nicaragua, Honduras, Costa Rica, El Salvador  
Pahl-Rugenstein Verlag  
405 Seiten, 16,80 DM



H.E. Gross  
**Guatemala**  
Leben auf dem Vulkan  
Weltkreis Verlag  
240 Seiten, 14,80 DM



R. Falk  
**Die heimliche Kolonialmacht**  
Bundesrepublik und Dritte Welt  
Pahl-Rugenstein Verlag  
220 Seiten, 14,80 DM

# FREIHEIT FÜR NELSON MANDELA

Wir, die Unterzeichner dieses Aufrufs, fordern die Regierung Südafrikas auf, den Führer der Befreiungsbewegung Afrikanischer Nationalkongress (ANC), Nelson Mandela, unverzüglich und ohne Bedingungen freizulassen.

Mandela, 1964 nach den Gesetzen der Apartheid wegen des Eintretens für sein Volk zu lebenslanger Haft verurteilt, verkörpert die unbesiegbare Sehnsucht schwarzer und auch weißer Südafrikaner nach einem freien und demokratischen Südafrika.

Mehr als eine halbe Million Menschen in aller Welt haben die Freilassung Mandelas gefordert. Straßen und

Plätze wurden nach ihm benannt. Laut Umfragen meinen sogar 43% der weißen Südafrikaner, die Regierung Botha solle mit Mandela verhandeln.

Wenn wir die Freilassung des „wahren Führers“ (Friedensnobelpreisträger Bischof Desmond Tutu) der südafrikanischen Bevölkerungsmehrheit fordern, schließen wir darin die Forderung nach Freilassung aller politischen Gefangenen in Südafrika und Namibia mit ein.

(VisP: AAB, Blücherstr. 14, 5300 Bonn 1)

## Unterzeichner der Anzeige „FREIHEIT FÜR NELSON MANDELA“:

Ache-Klemm, Magdalene, Diakonin, Achming, Stefan, Ackermann, Md Bürgerschaft-HH, SPD, Adam, Günter, Arbeitskreis Südafrika in der Diözese Limburg, Ade, Iris, Ade, Wolfgang, Aktion 3. Welt, Freiburg, Albert, Christel, Apothekerin, Alshuth, Katrin, Schülerin, Altenstetter, Peter, Pfarrer, Althoff, Christa, Ammon, Ingrid, Anti-Apartheid-Bewegung, Lokalgruppe Biberach, Anti-Apartheid-Bewegung, Lokalgruppe Frankfurt/M, Apel, Md Bürgerschaft-HH, SPD, Appelrath, Hannelie, Mitglied des Vorstandes der Anti-Apartheid-Bewegung, Friedensliste, Demokratische Sozialisten, Asbach, Karin, Asbach, Uwe, Barck, Susanne, Mitglied des Vorstandes der Anti-Apartheid-Bewegung, Bartels, Werner, Pädagoge, Barth, Andreas, Auszubildender, Bassmann, Claudia, Bassmann, Dr. Winfried, Baugarten, Dr. Jörg, Pfarrer, Bayer, Stefan, Zivildienstleistender, Beer, Dr. Helmut, Mitglied des Beirats der ÖTV, Behnken, Heinz, Studienleiter, Jöcum, Behrmann, Irene, Diakonin, Beltinger, Anna, Jerg, Christine, Schülerin, Bergengruen, Herrmann, Pastor, Bergengruen, Susanne, Lehrerin, Blaszyk, Gundula, ÖTV-Vertrauensfrau, Böll, Rene, Lamuv-Verlag, Boenig, Elmar, Praktikant, Boer, de; Hans A, Berufsschulpastor, Bohne, Luise, Borchert, Jutta, Borgmann, Annemarie, Borm, William, Politiker, Botenbruch, Dieter, Boysen, Jutta, Brand, Avi, Brandt, Christa, Mitglied des Vorstandes der Informationsstelle Südliches Afrika, Braun, Gerhard, Braun, Ilse, Braun, Dr. Markus, Pfarrer, Braun, Margund, Pfarrerin, Bröking, Bortfeldt, Dr. Martin, Pfarrer und Dipl.-Päd., Brückner, Reinhard, Theologe, Brückner, Renate, Krankengymnastin, Brust, Hilde, GAL Landesvorstand Hamburg, Buhl, Norbert, Lehrer, Busch, Gerald, Buschmann, Martha, Mitglied des Präsidiums der DKP, Bussfeld, Barbara, Koordination Arbeitskreis Frauen, Büttner, Hans, Gewerkschaftssekretär, Catenhusen, Wolf Michael, MdB-SPD, Collmer, Wolfgang, Vorstandsmittglied der Aktion Selbstbestimmung, Conrad, Ralf-Rainer, Coppik, Manfred, Rechtsanwalt, Cordes-Vollert, Doris, Malerin, Czesla, Stefan, Altenpfleger, Däubler-Gmelin, Dr. Herta, Stellv. Vorsitzende der SPD-Bt-Fraktion, Dahl, Gertrud, Danielsmeyer, Ulrich, Bankkaufmann, Dann, Heidemarie, MdB „Die Grünen im Bundestag“, Degen, Barbara, Juristin, Dehndorf, Veronika, Religionslehrerin, Deile, Volkmar, Pfarrer, Dejung, Dr. Karl-Heinz, Pfarrer, Demmer, Helmut, Pfarrer, Dias, von; Prof. Dr. Patrick, Universitätsprofessor, Diekmannshenke, Hajo, Initiative Sportler für den Frieden, Diening, Georg, Pfarrer, Döpker, Richard, Referent für Friedensfragen, Döpp, Hans-Willi, Studienrat, Döpp, Matthias, Student, Dobberahl, Ellen-Gladys, Lehrerin, Donat, Christiana, Journalistin, Dorna, Wigbert, Drees, Frederike, Lehrerin, Drees, Hartmut, Pastor, DREWITZ, Ingeborg, Schriftstellerin, Duchrow, Prof. Dr. Ulrich, Pastor, Duenbostel, Jürgen, Dipl.-Kaufmann, Duve, Freimut, MdB-SPD, Ebermann, Gabriele, Landesvorstand der GAL Hamburg, Ebermann, Thomas, Autor, ehem. Md Bürgerschaft-HH - 612, Edler, Kurt, Md Bürgerschaft-HH, SPD, Ehret-Nestle, Monika, Ehrhorn, Manfred, Eibach, Gabriele, Vikarin, Eich, Tay, Landesvorstand der GAL Hamburg, Eid, Ursula, Emmerling, Alfred, Maler und Graphiker, Engelhardt, Monika, Eppler, Erhard, Erkelenz, Bernhard, Lehrer, Eitz, Felicitas, Emme, Roswitha, Landesvorstand der GAL Hamburg, Ev, Studentengemeinde in der BRD und Berlin (West), Fährndrich, Gisela, Pastorin, Fahl-Najon, Barbara, Pastorin, Fichte, Hildegard, ehem. Diakonin, Flues, Albrecht, Flues-Namgales, Gisela, Frahm, Md Bürgerschaft-HH, SPD, Frankfurter Frauenaktion Südafrika, Frauen für Südafrika - Gegen Apartheid, Projektgruppe München, Frauen und Männer gegen Apartheid, Bielefeld, Frey, Dr. Ulrich, Fricke, Dr. Peter, Fortbildungsreferent, Friedensinitiative Lehel - Gärtnerplatz, München, Fröhlich, Erdmut, Mitglied des Vorstandes der Informationsstelle Südliches Afrika, Frommlet, Wolfram, Journalist, Fues, Thomas, Mitarbeiter der Grünen im Bundestag, Gabriel, Wolfgang, Sozialpädagoge, Gbur, Catharina, Beschäftigungstherapeutin, Gbur, Günther, Oberstudienrat, Geier, Gabriele, Gerhards, Andrea, Theologin, Gevers, Reino, Journalist, GEW, Kreisverband Nürnberg, Gleise, Uli, Landesvorstand der GAL Hamburg, Gohary, Magdi, gewerkschaftlicher Vertrauensleutevorsitzender, Göttenboth, H. Dieter, Bild, Künstler, Gollwitzer, Prof. Dr. Helmut, Grajetzky, Annemarie, Hausfrau, Grambo, Md Bürgerschaft-HH, SPD, Grohs, Prof. Gerhard, Universitätsprofessor, Grotefeld, Volker, Auszubildender, Grothe, Md Bürgerschaft-HH, SPD, Großmann, Angela, Redak-

tionsassistentin, Grossmann, Dr. Sigrid, Akademische Oberrätin, Guckelberger, Rolf, Lehrer, Gymnasium Löhne, Grundkurs Religion (11), Habermann, Alfred, Pfarrer i. R. Habermann, Hanna, Hahn-Cremer, Wolfgang, Juso-Landesvorsitzender NRW, Hansi, Helga, Dipl.-Päd. Hartmann, Margarete, Lehrerin, Hauchler, Prof. Dr. Ingomar, SPD-MdB, Haug, Dietlinde, Dipl.-Psychologin, Hausweddel, Corinna, Bundesvorstand des MSB Spartakus, Hebisch, Heinz, Hebisch, Ria, Hegeler, Erika, Hauswirtschaftsmeisterin, Heiber, Florentine, Rechtsanwältin, Heil, Birgit, Helfer, Angela, Mitglied des Vorstandes der Anti-Apartheid-Bewegung, Hergenroder, Udo, GAL-Landesvorstand Hamburg, Hielscher, Almuth, Hildebrandt, Uwe, Pfarrer, Hildebrandt-Junge-Ventpr, Reile, Pfarrerin, Hill, Gisela, Sozialpädagogin, Hill, Helmut, Grafik-Designer, Hinz, Prof. Dr. Manfred O., Universitätsprofessor, Hinz, Rudolf, Pastor, Hinz, Md Bürgerschaft-HH, SPD, Höfmann, Christiane, Lehrerin, Honekopf, Elmar, Hoffmann, Sabina, bild. Künstlerin, Holler, H.-P., Bauingenieur, Hug, Karlheinz, Hussong-Meffert, Inge, Iseler, Md Bürgerschaft-HH, SPD, Issen, Md Bürgerschaft-HH, SPD, Jahn-Briel, Jalass, Md Bürgerschaft, Janka, Doris, Personalrätin, Janka, Marian, Leiter des Landesangestelltenausschusses der GEW Bayern, Jansen, Mechthild, Jonky, Prof. Dr. Ernest, Universitätsprofessor, Junk, Ursula, Journalistin, Jurt-schitsch, Erwin, wiss. Mitarbeiter, GAL, Kaestner, Alexander, Studentenfürer, Kaiser, Gertraude, Beauftragte für den kirchlichen Entwicklungsdienst, Kause, Peter, Studentenfürer, Kazamal, Md Bürgerschaft-HH, SPD, Kellner, Reinhard, Grüner Stadtrat, Regensburg, Kelly, Petra K., MdB Die Grünen, Kirsch, Md Bürgerschaft-HH, SPD, Kieck, Md Bürgerschaft-HH, SPD, Kimmier, Christiane, Pressereferentin, Klarmann, Md Bürgerschaft-HH, SPD, Klein, Rosemarie, Kleist, Md Bürgerschaft-HH, SPD, Klose, Hans-Ulrich, MdB-SPD, Kломann, Dirk, Student, Köberlin, Gerhard, Sekretär, König, R., Rentner, Kopsch, Cordelia, Pfarrerin, Korany, Max, Pfarrer, Kortendiek, Brigitte, Hausfrau, Kortendiek, Paul, Angestellter, Kotschi, Elke, Architektin, Kotschi, Prof. Dr. Thomas, Hochschullehrer, Koßak, Klaus, bild. Künstler, Kowsky, Thomas, Md Bürgerschaft-HH, GAL, Kreck, Prof. Dr. Walter, Krefz, Johannes, Mitarbeiter beim DGB, Krieger, Sabine, Krockenberger, Rosemarie, Kröber, Cornelia, Kröber-Löwenstein, Kornelia, Hausfrau, Kromer-Süße, Renate, Diakonin, Krüger, Anne, Schülerin, Kruger, Claudia, Schülerin, Krug, Annemarie, Krug, Harry, Kuhlmann, Sabine, Diakonin, Kuhlwein, Eckart, SPD-MdB, Kürschner, Friederika, Langensiepen, Karl, Pfarrer, Langsdorf, Andreas, Student, Lechner, Renate, Lehrerin, Lembeck, Ursula, Lenhard, Norbert, Vertrauensmann IG Metall, Lenz, Hildegard, Lewe, Anja, Schülerin, Lindenberg, Udo, Rocksänger, Linkohr, Dr. Rolf, MdEP, Linz, Johanna, Dipl.-Päd. Lobgass, Annette, Lehrerin, Löll, Detlev, Landesvorstand GAL Hamburg.

Loewe, Md Bürgerschaft-HH, SPD, Loos, Reinhard, Student, Lübbert, Konrad, Christen für die Abrüstung, Lübbing, Nicola-Iika, Schülerin, Ludwig, Martina, Theologin, Lust, Dittmar, Luu, Gisela, Lehrerin, Mahler, Thomas, Schüler, Mangold, Johanna, Mitglied des GEW-Kreisvorstandes, Martin, Md Bürgerschaft-HH, SPD, Martin, Bebecca Lee, Maßmann, Klaus, Pfarrer, Mattheiß, Eberhard, Pfarrer, Mederake, Elfriede, stellv. Vorsitzende der Aktionsgruppe „Freiheit für Nelson Mandela“, Meffert, Peter, Meissner, Md Bürgerschaft-HH, SPD, Meinshausen, Renate, Metzger, Martina, ASTA-Sozialreferentin, Meuer, Gerd, Journalist, Meyer, Friedhelm, Pfarrer, Meyer, Michael, Vorsitzender der DFG/VK Schweinfurt, Meyer, Winfried, Dipl.-Physiker, Meyer-Wintzer, Gisela, Michel, Liesel, Michler, Walter, Journalist, Mies, Herbert, Vorsitzender der DKP, Mihr, Karl-Heinz, MdEP, Militz, Edith, Militz, Eva, Dipl.-Religionspädagogin, Möller, Elke, Dozentin, Mohr, Lisa, stellv. Vorsitzende des Sozialistischen Hochschulbundes (SHB), Mrowka, Gertrud, Mühlerberger, Ursula, Theologin, Muskerin, Mühlhäuser, Adelheid, Diakonin-Schwester i. R., Mühlhäuser, Ester Beate, Diakonisse i. R., Mühlhausen, Realschullehrerin, Naturfreundejugend Baden, Niese, Md Bürgerschaft-HH, SPD, Nieth, H.-J., Journalist, Nietus, Monika, Diakonenschülerin, Niese, Andreas, Diakonenschüler, Nolting, Hans, Lehrer, Noth, Andreas, Noth, Dorothea, Nutto-Holler, Monika, Lehrerin, Ostermann, Ingrid, Pahl, Uwe, Kommunalbeamter, Paschlah, Helmut, Mitglied des Vorstandes der Anti-Apartheid-Bewegung, Pauly, Kuno, Mitglied des Vorstandes der Anti-Apartheid-Bewegung, Peschke, Doris, Peter, Horst, MdB, Peters, Md Bürgerschaft SPD, Hamburg, Petersen, Md Bürgerschaft SPD, Hamburg, Pfeiffer, Ilse, Bankkauf-

frau, Pfeiffer, Karl-Heinz, Kirchenverwaltungsrat, Porip, Sabina, Puppe, Jutta, Mitglied des Vorstandes, der Anti-Apartheid-Bewegung, Pusch, Erhard, Gewerkschaftssekretär, Pütmann, Gertrud, Angestellte, Raab, Md Bürgerschaft SPD, Hamburg, Radow, Birgit, SDAJ-Bundesvorsitzende, Raiser, Prof. Dr. Konrad, Universitätsprofessor, Reuß, Md Bürgerschaft SPD, Hamburg, Rexroth, Waltraud, Rieger, Sophie, Stadträtin, Architektin, Riese, Harald, Roloff, Klemens, Journalist, Röscheisen, Roland, Internat, Sekretär der Jungsozialisten, Roiger, Karin, Sozialpädagogin, Roth, Wolfgang, MdB, Rudolph, Helmut, Rüter, Isolde, Landesvorstand der GAL Hamburg, Runge, Dr. Erika, Autorin, Regisseurin, Ruls, Bè, Pastorin, Saalfeld, Md Bürgerschaft SPD, Hamburg, Schäffer, E. Schätzel, Eckhard, kirchl. Mitarbeiter, Schalthoff, H., Geschäftsführer der GAL-Fraktion, Scheffe, Md Bürgerschaft SPD, Hamburg, Scherer, Hartmut, Scheunemann, Md Bürgerschaft, Hamburg, Schily Otto, MdB, Die Grünen im Bundestag, Schmidt, Ilse, Religionslehrerin, Schmidt, Karl, Pfarrer, Schmidt, Katharina, Hausfrau, Schmidt, Rainer, Md Bürgerschaft GAL Hamburg, Schmidt, Ursula, Schmidt-Bott, Repula, Md Bürgerschaft, GAL Hamburg, Scholz, Olaf, Juso-Bundesvorstand, Schreiner, Ottmar, MdB, Schreiner, Peter, Referent der Entwicklungspolitik aeJ, Schub, Ute, GAL-Pressesprecherin, Schulte, Bernd, Schumann, Md Bürgerschaft SPD, Hamburg, Schürings, Hildegard, wiss. Mitarbeiterin, Schupelius, Gunnar, Mitglied der Alternativen Liste, Berlin, Schüler, Andreas, Schutt, Peter, Schriftsteller, Schwab, Christel, Schwämmlein, Helmut, Stadtrat, Schwencke, Christa, Schwencke, Dr. Olaf, Schwenninger, Walter, Ex-MdB Die Grünen, Seeler, H.-J., Dr., MdEP, Bürgerschaft SPD Hamburg, Seibel-Emmerling, Lilo, MdEP, Seifert, Sabine, Hausfrau, Seiz, Paul-Gerhard, Akademiedirektor i. R. Sick, Hans-Bernd, OV-Sprecher Die Grünen Biberach, Siegmund, Md Bürgerschaft-SPD Hamburg, Siegling, Andreas, Arbeiter, Simons, Barbara, MdEP, Sippfendorfer, Werner, Generalsekretär, Spring, Sigrid, Lehrerin, Spilker, Heinz, Nachrücker der GAL Fraktion, Hamburg, Spoo, Eckart, Sölle, Dorothee, Sohr, Peter, Geschäftsführer WFD, Solidarische Kirche im Rheinland, Standhartinger, Ernst, Sucher, Walter, Journalist, Sucher-Bürger, Julia, Süßberg, Walter, Wissenschaftlicher Mitarbeiter Uni Frankfurt/M, Süße, Eberhard, Pfarrer, Stadtteilkreis DESI Nürnberg, Stahl, Anneliese, Hausfrau, Stahl, Sigrid, Schülerin, Mitarbeiterin in 3. Welt Gruppe, Stamm, Michael, Landesvorstand GAL Hamburg, Standke, Elisabeth, Steffensky, Prof. Dr. F. Stegmann, Sozialpädagoge, Stelck, Edda, Studienleiterin, Stemmer, Renate, Krankenschwester, Stöhr, Dr. Martin, Pfarrer, Strathmeier, Bärbel, Erzieherin, Strohmeyer, Gisela, Hausfrau, Strohmeier, Dr. Helmut Dipl.-Chem. Stucker, Ernst-Wilhelm, Md Bürgerschaft-GAL Hamburg, Sturm, Wolfgang, Rektor, Terre des Hommes e.V., Bundesvorstand, Tillmanns-Sturm, Dr. Barbara, Oberstudienrätin, Timm, Uwe, Schriftsteller, Traue, Marie-Luise, Diakonin, Trotta, von Margarete, Urmann, Herbert, Dipl.-Psych. Ventzke, Anneliese, Südafrika-Arbeitskreis der EFD, Düren, Vetter, Bernd, GAL-Fraktion Hamburg, Vetter, Sigrun, Verheugen, Günter, MdB-SPD, Vesper, Dr. Michael, Fraktionsgeschäftsführer „Die Grünen im Bundestag“, Vittinghoff, Kurt, MdEP, Bevollmächtigter der IG Metall Bad Kreuznach, Voigt, Md Bürgerschaft-SPD Hamburg, Voscherau, Md Bürgerschaft-SPD Hamburg, Wachendorf, Irmgard, Künstlerin, AAB Mitglied, Wagner, Harald, Pfarrer, Wahl, Peter, Antimperialistisches Solidaritätskomitee für Afrika, Asien und Lateinamerika, Warthemann, Elke, Rentnerin, Warthemann, Silke, Oberstudienrätin, Weber, Beate, MdEP, Weiner, Bernhard, Sozialwissenschaftler, Weinberg, Harald, SHB Bundesvorsitzender, Weinbrenner, Dietrich, Pastor, Weinbrenner, Birgit, Pastorin, Weismann, Peter, Buchverleger, Weismann-Verlag-Frauenbuchverlag, Weßler, Rudolf, Pfarrer, Weyel, Dr. Volker, Chefredakteur, Wick, Ingeborg, Geschäftsführerin der AAB, Wiczorek-Zeul, Heidemarie, MdEP, Wilmssen, Christian, Beamter, Wißmann, A., Hausfrau, Wöckner, Günter, Betriebsvorsitzender IG Metall, Wohlleben, Thomas, Landesvorstand der GAL Hamburg, Wolf-Schreiner, Heidi, Sozialpädagogin, Woost, Md Bürgerschaft Hamburg, SPD, Wronna, Brigitte, kaufm. Angestellte, Wulf, Dr. Herbert, wiss. Angestellter, Wulff, Prof. Dr. Erich, Sprecher des Antimperialistischen Solidaritätskomitees für Afrika, Asien und Lateinamerika, Wunderlich, Jürgen, Student, Zander, Dr. Hartwig, Universitätsprofessor, Zoller, Heinz, Vertrauensmann, Personalrat, Vorsitzender der ÖTV-Abteilung Wissenschaft und Forschung, Kreis Karlsruhe, Zumach, Andreas, Mitarbeiter von Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste

Unterstützen Sie die Forderung nach Freilassung Nelson Mandelas, indem Sie die Postkarte in der Heftmitte nach Südafrika schicken!



# Kaffee-abo

Regelmäßig Kaffee aus Nicaragua trinken – ein einfacher Weg der praktischen Solidarität!

Das nicaraguanische Volk befreite sich von dem US-hörigen Somoza-Regime. Die Einkünfte aus der eigenen Arbeit fließen nicht mehr in die Kassen von Großgrundbesitzern und Konzernen. Sie kommen jetzt dem Volk selbst zugute, dienen dem Aufbau des Landes. Dabei spielt der Kaffee eine zentrale Rolle und unsere Solidarität.

Unsere Idee: Nicaragua-Kaffee im Soli-Abonnement. Regelmäßig und pünktlich entsprechend Eurem Monatsbedarf – natürlich frei Haus. Kein Vergessen, kein Suchen – und immer röstfrisch. Wir liefern zuverlässig. Einfach bestellen (3 Pfund oder ein Vielfaches davon) beim Solishop, Hamburger Allee 52, 6000 Frankfurt/Main 90 (Tel. 069/778863).

**Neu**



- Ich abonniere das AIB ab Nr. \_\_\_\_ / ab sofort\*
- Ich bestelle \_\_\_\_ Ex. AIB-Nr. \_\_\_\_ \*\*
- Ich bestelle \_\_\_\_ Ex. AIB-Sonderheft Nr. \_\_\_\_ \*\*

\* Jahresabo (inkl. Porto): Inland 25 DM; Ausland normal 29,80 DM; Luftpost 49,60 DM; Förderabo (50 DM oder mehr): \_\_\_\_\_ DM; Kündigung nur zum Jahresende, spätestens bis zum 15. November.

\*\* Einzelheft 2,50 DM; Doppelheft 5 DM; Sonderheft 2 DM (zuzüglich 0,60 DM Porto je Heft). Bestellungen unter 10 DM nur gegen Vorauszahlung (Z.B. in Briefmarken oder per Abbuchungsvollmacht).

Name, Vorname	
Straße	Beruf
Postleitzahl, Ort Nr des Zustellpostamtes	

Unterschrift \_\_\_\_\_ Datum \_\_\_\_\_

Ich weiß, daß ich die Bestellung innerhalb von 14 Tagen widerrufen kann und bestätige dies durch meine 2. Unterschrift.

Unterschrift: \_\_\_\_\_

- Ich überweise den Abonnementpreis entweder auf das Postscheckkonto AIB-Weltkreis-Verlag, Konto-Nr. 312 093-607 beim Postscheckamt Frankfurt/Main, oder auf das Konto AIB-Weltkreis-Verlag Nr. 9660 bei der Volksbank Marburg (BLZ 533 900 00).
- Mit der Abbuchung des Abonnementpreises bin ich einverstanden. Mit dem Ende des Abonnements erlischt diese Einzugsermächtigung.
- Mit der Abbuchung der obigen Bestellungen bin ich einverstanden.

Mein Bank-/Postscheckkonto bei \_\_\_\_\_

in \_\_\_\_\_

Kto.-Nr. \_\_\_\_\_ BLZ \_\_\_\_\_



# Wer wir sind:

Für die aktive Solidarität sind wir da. Mehr als 150 Artikel halten wir bereit. Für die aktive Solidarität mit den Völkern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas: Bücher und Broschüren, Buttons und Plakate, Postkarten und Aufkleber, Dia-Serien und Wandzeitungen, Schmuck und Kunstposter. Mit den Befreiungsbewegungen arbeiten wir zusammen. Auch ihre Materialien vertreiben wir. Und wir sind selbst Teil der Solidaritätsbewegung. Eng verbunden mit dem ASK (Antiimperialistisches Solidaritätskomitee für Afrika, Asien und Lateinamerika). Und wir tun auch was zur Steigerung des ASK-Spendenaufkommens, z.B. mit Kaffee. Nicaragua-Kaffee. Rund 300.000 DM konnte das ASK mittlerweile der FSLN zur Verfügung stellen. Zur freien Verfügung. Zum Einsatz dort, wo es am nötigsten ist. Das soll noch mehr werden. Unser „Solishop“ wird seinen Beitrag leisten. Helft mit. Fordert unseren neuen Gesamtkatalog an. Spendet auf das ASK-Konto: Sonderkonto Prof. Wulff, Postgiroamt Frankfurt/Main, Konto-Nr. 527 055-602, Kennwort „Nicaragua“.

## Freiheit

## für

## Nelson

## Mandela



**Ich fordere die sofortige Freilassung des ANC-Führers Nelson Mandela und aller anderen politischen Gefangenen!**

**I demand the immediate release of ANC leader Nelson Mandela and all other political prisoners!**

(Ort und Datum)

(Unterschrift)

Absender:

---



---



---

70 PF

P. W. Botha  
 Union Buildings  
 Pretoria  
 SOUTH AFRICA

Der umseitig aufgeführte neue AIB-Abonnent wurde  
 von mir geworben:

Mein Name: \_\_\_\_\_

Meine Adresse: \_\_\_\_\_

Mein Prämienvorschlag aus dem AIB-Angebot: \_\_\_\_\_

Bitte mit  
 Postkartenporto  
 freimachen

An

**AIB-Weltkreis-Verlag**

Liebigstr. 46

3550 Marburg 1



Absender:

---



---



---



---

Bitte mit  
 Postkartenporto  
 freimachen

POSTKARTE

Ich/Wir bestelle/n hiermit ein Solidaritäts-Abonnement röstfrischen, gemahlten NICARAGUA-KAFFEE. Es sollen regelmäßig monatlich ab Bestelldatum 3/6/... Pfd.\* zum Preis von 40/80/... DM\* incl. Versandkosten an die o.g. Anschrift geliefert werden. Rücktritt von dieser Bestellung ist jederzeit innerhalb einer Frist von 2 Monaten möglich. Die Zahlung erfolgt per Nachnahme/Überweisung/Scheck\*.

.....  
(Ort, Datum).....  
(Unterschrift)

\*Nicht zutreffendes bitte streichen. Der Preis ist für min. 2 Monate ab Bestellung garantiert.

An

**Solidaritätsshop  
 Dritte Welt**

Hamburger Allee 52

6000 Frankfurt/Main 90

Nico Biver

# Der US-Krieg hat viele Gesichter

Daß die Revolution der 3 Mio Nikaraguaner noch immer Bestand hat, hängt u.a. damit zusammen, daß vor 10 Jahren das vietnamesische Volk dem US-Imperialismus seine bisher größte Niederlage beibrachte. Vor allem diese Erfahrung war es, die viele Abgeordnete des US-Kongresses am 24. April d.J. dazu veranlaßte, die von der Reagan-Administration geordneten 14 Mio Dollar für die nikaraguanischen „Contras“ abzulehnen (siehe AIB 5/1985, S.3).

Anders als in den Jahren zuvor hatte der Präsident der USA die weitere Aufpöpelung der 15.000 Söldner damit begründet, daß die Sandinistas zu einer Änderung ihrer Politik gezwungen werden sollen. Früher wurde als Grund für die Unterstützung der „Contras“ in der Regel angegeben, daß diese den angeblichen Waffenfluß von Nicaragua an die salvadorianische Guerilla aufhalten sollten.

„Die wirkliche Frage ist“, so der demokratische Senator Patrick J. Leahy, „ob der Kongreß einen Blankoscheck für den Präsidenten unterzeichnen wird, der dieses Land zu einer direkten militärischen US-Intervention in einem mittelamerikanischen Krieg, ein Krieg, den das amerikanische Volk nicht will, führen wird.“<sup>1</sup>

Dabei haben die Gegner der „Contra“-Hilfe nicht etwa aus Vietnam gelernt, daß man das Selbstbestimmungsrecht anderer Nationen zukünftig achten sollte. Sie sind vielmehr der Meinung, daß ein Krieg in Mittelamerika ähnlich wie in Vietnam verlaufen könnte, oder sie teilen die Position der Reagan-Administration nicht, daß Nicaragua eine Bedrohung der nationalen Sicherheit der USA darstelle.

Reagan jedoch versucht, die Niederlage in Vietnam in einen Sieg umzumünzen und zieht folgenden Schluß: „Niemals wieder darf eine Regierung der Vereinigten Staaten jungen Männern befehlen, hinauszuziehen und zu kämpfen und für eine Sache zu sterben, die sie nicht zu gewinnen bereit ist.“<sup>2</sup>

Gleicher Meinung ist auch der ehemalige Außenminister Henry Kissinger. Er bemängelt jedoch vor allem die Unentschlossenheit der Regierung und die Tatsache, daß sie nicht klar ihre Ziele gegenüber Nicaragua benennt. Die Regierung könnte nicht davon reden, daß Nicaragua von vitalem Interesse für die USA sei, und dann nur 14 Mio Dollar für die



Ein honduranischer Bauer beobachtet US-Panzer und Hubschrauber bei Manövern an der nicaraguanischen Grenze

„Contras“ fordern. Nur durch eine klare Benennung der Ziele und der Mittel, um diese zu erreichen, könne ein Konsens zwischen den beiden großen Parteien erzielt und das gleiche Desaster wie in Vietnam verhindert werden.<sup>3</sup>

Die Politik Washingtons gegenüber Nicaragua verläuft in der Tat nicht geradlinig. Dies liegt aber weniger am guten Willen der Reagan-Administration, als am Widerstand, auf den diese Politik national wie international stößt. Washington will in der Tat die sandinistische Regierung stürzen, nur sagt sie das nicht so offen, da sie sich sonst weltweit isolieren würde.

## Die „Contras“ am Hungertuch?

Deshalb wird versucht, auf politischem wie auf militärischem Gebiet die Bedingungen für eine Intervention schrittweise zu schaffen. Gleichzeitig werden Maßnahmen getroffen, von denen man hofft, daß sie Nicaragua unterhalb der Invasionsschwelle in die Knie zwingen.

Das Programm hierfür wurde bereits auf der Grundlage einer Vorlage des Nationalen Sicherheitsrats (NSC) am 1.12.1981 von Ronald Reagan unterzeichnet. Es sah nicht nur den Aufbau der „Contras“, sondern auch wirtschaftliche, diplomatische, politische und propagandistische Maßnahmen gegen Nicaragua vor (siehe AIB 7-8/1984, S. 47-49 und 52-56 sowie 2/1985, S. 9-12).

Innenpolitisch wie international versuchte die Reagan-Administration durch

eine Kampagne, die Nicaragua als einen Satelliten der Sowjetunion und Kubas hinzustellen trachtet, es zu einer Gefahr für die nationale Sicherheit der USA hochzustilisieren. Gleichzeitig wurden die „Contras“ zu „Freiheitskämpfern“ erklärt, die den gleichen Kampf führen würden wie jene, die gegen den deutschen oder spanischen Faschismus gekämpft haben.

Eine derartige Kampagne konnte jedoch weder national noch international überzeugen. Nach wie vor lehnen zwei Drittel der US-Bevölkerung eine militärische Intervention in Nicaragua ab.

Dies ist auch ein Grund dafür, warum der Kongreß die 14 Mio Dollar nicht bewilligte, obwohl Reagan versichert hatte, sie würden für humanitäre Zwecke ausgegeben. Auch die Hoffnung, daß der Kongreß seine Meinung nach der Reise des nikaraguanischen Staatspräsidenten Daniel Ortega Ende April/Anfang Mai d.J. in die sozialistischen Länder ändern könnte, bewahrheitete sich bisher nicht. Die Forderung der Administration, den „Contras“ für nächstes Jahr 28 Mio Dollar zu bewilligen, wurde am 9.5.1985 vom Geheimdienstausschuß des Repräsentantenhauses abgelehnt, unabhängig davon, ob das Geld für militärische oder nichtmilitärische Zwecke ausgegeben wird.

Damit ist der Reagan-Administration eine weitere militärische Eskalation des Konflikts erschwert worden. D.h. jedoch nicht, daß die „Contras“ jetzt am Hungertuch nagen.

Arnaud de Borchgrave, bekannt für seine Verbindungen zum CIA und Heraus-

geber der ultrarechten Washington Times, hat eine Kampagne seiner Zeitung angekündigt, um 14 Mio Dollar für die „Contras“ zu sammeln.

Die Zeitung, die sich im Besitz der Moon-Sekte befindet, will zu diesem Zweck eine Stiftung gründen, der die ehemalige UN-Botschafterin Reagans, Jeane J. Kirkpatrick, vorsteht. Adolfo Calero, ein Führer der größten „Contra“-Organisation Nikaraguanische Demokratische Kraft (FDN), erklärte, daß bereits 10 Mio Dollar von Privatgruppen gesammelt worden wären.<sup>4</sup>

Weitere finanzielle Mittel und Waffen erreichen die „Contras“ auf Umwegen, etwa durch die honduranische Armee, durch die US-Truppen in Honduras oder durch Israel und Taiwan. Dies wurde u.a. durch den übergelaufenen Offizier der FDN, Efen Martinez Mondragon, Anfang Mai d.J. bestätigt.<sup>5</sup> Auf diesem Weg soll es den „Contras“ auch gelungen sein, sich Luftabwehrraketen vom Typ SAM-7 zu beschaffen.

Die Erfolge der „Contras“ sind jedoch mäßig. Trotz Schäden in Höhe von fast 500 Mio Dollar, die sie Nicaragua in den letzten 3 Jahren zufügten, gelang es ihnen nicht, ein Gebiet unter Kontrolle, geschweige denn die Revolution in Gefahr zu bringen.

Das im Januar 1985 verkündete Amnestiegesetz, das bisher 700 „Contras“ in Anspruch genommen haben, die Verhandlungen mit der Indioorganisation MISURASATA und eine militärische Großoffensive der sandinistischen Armee haben sie eher geschwächt. Allein von Mitte März bis Mitte Mai d.J. wurden 1.200 von ihnen getötet oder verwundet und 90% ihrer Truppen innerhalb des Landes zur Flucht nach Honduras gezwungen. Anfang Mai wurde zudem ihr Hauptquartier Las Vegas auf honduranischem Gebiet dem Erdboden gleichgemacht.<sup>6</sup>

Die Ablehnung der Hilfe für die „Contras“ durch den Kongreß sowie ihre militärischen Niederlagen, werden auch die Pläne der Reagan-Administration erschweren, eine Exilregierung unter

Führung von Arturo Cruz, des ehemaligen Präsidentschaftskandidaten der zivilen Rechtsopposition Nikaraguanische Demokratische Koordination (CDN) (siehe AIB 10/1984, S. 9-12), zu bilden. Durch die Einbeziehung von Persönlichkeiten der zivilen Opposition soll das internationale Ansehen der „Contras“ aufgebessert werden.

Während sich die politischen Möglichkeiten für eine Invasion durch US-Truppen verschlechtern, konnte die Reagan-Administration die militärischen Voraussetzungen erheblich verbessern.

In Honduras sind die Flughäfen, Versorgungslager und Radarstationen für ein direktes Eingreifen fertiggestellt. Die Manöverserien zwischen honduranischen und US-Truppen werden fortgesetzt. Insgesamt beteiligen sich momentan 5.000 US-Soldaten an den langandauernden Übungen „Big Pine III“. Im Rahmen des Manövers „Universal Trek 85“, an dem parallel 7.000 US-Soldaten teilnahmen, wurden Ende April d.J. mehrere Invasionsübungen durchgeführt.

Bei einem Besuch des honduranischen Staatspräsidenten Suazo Cordova in den USA, der am 19.5.1985 begann, wurde zudem ein Beistandspakt der USA mit Honduras abgeschlossen und die Militärhilfe von momentan 62,4 Mio Dollar an die Regierung kräftig erhöht. Bei weiteren Grenzzwischenfällen könnte Honduras jetzt US-Truppen zu seinem „Schutz“ zu Hilfe holen, und damit einer geplanten Invasion den Mantel des Völkerrechts umhängen.

Auch Kostarika, das sich selbst immer für neutral erklärt hat, schwenkt mehr und mehr auf den Reagankurs ein. Seit 1981 erhält das Land, das offiziell über keine Armee, sondern nur über eine „Zivilgarde“ verfügt, US-Militärhilfe. Sie beläuft sich in diesem Jahr auf 11 Mio Dollar. Jetzt hat das Land, das zudem 200 Mio Dollar Wirtschaftshilfe von Washington erhält, auch der Entsendung von 22 US-Militärberatern im Mai d.J. zugestimmt.

Sie sollen 750 Mann eines Bataillons zur Aufstandsbekämpfung, 16 km von der nikaraguanischen Grenze entfernt, ausbilden. 45 Offiziere der Zivilgarde werden im Regionalen Militärischen Ausbildungszentrum (CREM) der USA in Honduras geschult. Anlaß für diesen Schritt war die Behauptung Washingtons, 200 Kostarikanern würden auf seiten der Sandinistas gegen die „Contras“ kämpfen und könnten auch innerhalb Kostarikas aktiv werden.

Daß aber die internationalen Bedingungen für eine Invasion nicht gerade günstig sind, zeigte sich spätestens als Ronald Reagan am 1. Mai d.J. in der Bundesrepublik ein US-Wirtschaftsembargo gegen Nicaragua verkündete.

Diese Maßnahme stieß lediglich bei den meisten US-Abgeordneten sowie bei El Salvador und Honduras auf Zustimmung. Aber im UN-Sicherheitsrat fand sich am 12. Mai d.J. dann niemand mehr, um Washington zu unterstützen, geschweige denn sich selbst am Boykott zu beteiligen.

## Verhandlungen in der Sackgasse

Verbündete wie Frankreich, Spanien und Australien verurteilten die Maßnahme ebenso wie fast alle lateinamerikanischen Staaten, allen voran die Länder der Contadora-Gruppe (Mexiko, Panama, Kolumbien, Venezuela). Selbst der Erzbischof von Managua, Obando y Bravo, kritisierte bei seinem Abflug nach Rom, wo er vom Papst zum Kardinal geweiht wurde, das Embargo. Es war dies das erste Mal, daß er eine gegen Nicaragua gerichtete Maßnahme Washingtons verurteilte.

Die Verluste durch das Embargo, die man in Nicaragua auf 30 Mio Dollar beziffert, wurden bei weitem durch neue Hilfszusagen, die Daniel Ortega bei seiner Rundreise durch sozialistische und westeuropäische Länder erhielt, ausgeglichen.<sup>7</sup>

Die USA sahen sich gar gezwungen, bei der Debatte im UN-Sicherheitsrat einer Passage in der Resolution zuzustimmen (gegen die Verurteilung des Embargos legten sie ihr Veto ein), die die Neuaufnahme bilateraler Gespräche zwischen ihnen und Nicaragua vorsieht.

Im Januar d.J. hatten sie die zweiseitigen Gespräche abgebrochen und im April in einem „Friedensplan“ gefordert, daß Nicaragua stattdessen Verhandlungen mit den „Contras“ aufnehmen sollte. Dies lehnte Nicaragua jedoch mit dem Hinweis darauf ab, daß diese von den USA befehligt und ausgehalten werden (siehe AIB 5/1985, S.3).

Allerdings ist weder bei bilateralen Verhandlungen noch bei den Contadora-Ge-

Die „Contra“-Zerstörungen beeinträchtigen die Produktion vor allem im Norden des Landes



# Wolfram Brönner Nach dem Wahlsieg: Duarte im Zugzwang

sprächen mit einem Verhandlungsergebnis zu rechnen, wenn Reagan weiterhin von Nicaragua verlangt, einen Dialog mit den Mitgliedern des „demokratischen Widerstands“ zu beginnen und mit ihnen „Gespräche über international überwachte Wahlen“ aufzunehmen, die „Aggression gegen seine Nachbarn“ zu beenden, die „nach Tausenden zählenden Militärberater aus dem Ostblock“ abziehen und seine Streitkräfte zu verringern.<sup>8</sup>

Nichtsdestotrotz erschweren die Verhandlungen eine weitere Eskalation des Konflikts. Dies gilt besonders für den Contadora-Prozeß, der sowohl von den Beteiligten als auch von den westeuropäischen Staaten und den USA zumindest in Worten unterstützt wird, der aber vor allem durch den Druck der USA in eine Sackgasse geraten ist.

Ein unterschrittsreifer Vertragsentwurf vom 7.9.1984 war von den anderen zentralamerikanischen Staaten abgelehnt worden, nachdem Nicaragua zugestimmt hatte. In einem Dokument des NSC der USA heißt es dazu: „Wir haben die Versuche der Contadora-Gruppe, den zweiten Entwurf des überarbeiteten Contadora-Vertrags durchzusetzen, erfolgreich blockiert. Nach intensiven Beratungen mit El Salvador, Honduras und Kostarika werden die mittelamerikanischen Staaten einen Gegenentwurf vorlegen...“<sup>9</sup>

Seitdem sind alle Versuche, Vereinbarungen über den Abzug aller Militärberater und ausländischen Truppen, das Verbot internationaler Manöver und über einen Stopp der Unterstützung für oppositionelle Gruppen anderer Länder zu erzielen, gescheitert. Im Gegensatz zu Nicaragua, das bereit ist, alle Militärberater zurückzuschicken, wollen die USA ihre Berater in El Salvador und Honduras behalten, ihre Manöver fortsetzen und die „Contras“ weiterhin unterstützen.

Nur so können sie verhindern, daß das salvadorianische Regime zusammenbricht, und die Einsatzbereitschaft für eine Invasion Nikaraguas aufrechterhalten bleibt. Ob es dazu kommt, wird wesentlich davon abhängen, daß in den USA und weltweit der Widerstand gegen eine militärische Eskalation nicht erlahmt.

### Anmerkungen:

- 1) International Herald Tribune (IHT), Paris/Zürich, 25.4.1985
- 2) Siehe: Frankfurter Rundschau, 20.4.1985
- 3) Vgl. El País, Madrid, 28.4. und 19.5.1985
- 4) Siehe: IHT, 8.5.1985
- 5) Vgl. Le Monde, Paris, 10.5.1985
- 6) Vgl. IHT, 20.5.1985 und Tageszeitung, 17.5.1985
- 7) Vgl. El País, 19.5.1985
- 8) Amerika Dienst. Dokumentation, Nr. 15/10.4.1985
- 9) Pensamiento Propio, Managua, Nr. 20, Januar-Februar 1985



Präsident Duarte wurde von der Christdemokratie in den Wahlkämpfen 1984 und 1985 als Friedensbringer (siehe Tauben) präsentiert – und sieht sich jetzt um so mehr in Sachen Dialog in die Pflicht genommen

Zum Auftakt seines Staatsbesuches in den USA wurde der salvadorianische Präsident José Napoleon Duarte als „erfolgreicher Freund“ willkommen geheißen von der Reagan-Administration. Am 17. Mai d.J. sprach Ronald Reagan im Anschluß an eine Unterredung mit Duarte in Washington von „herzerwärmenden Fortschritten, die Präsident Duarte gemacht hat“.

Er stellte fest, daß sich das Regime bzw. die „Demokratie“ in El Salvador nach chaotischen Jahren nunmehr stabilisiert habe. Und dieser Konsolidierungsprozeß sei nur möglich gewesen dank der Hilfe der USA.<sup>1</sup>

### Kriegswirtschaft auf Pump

In der Tat wäre der Zusammenbruch von salvadorianischer Wirtschaft, Militär und Regime unvermeidlich gewesen, hätte Washington nicht in den verflorenen 5 Jahren insgesamt 1,7 Mrd Dollar an Wirtschafts- und Militärhilfe in das Land gepumpt.

Für das laufende Fiskaljahr 1985 gewährte der US-Kongreß alleine 325 Mio Dollar an Wirtschafts- und 128 Mio Dollar an Militärhilfe. Nimmt man die von Washington angeschobenen Kredite seitens der Interamerikanischen Entwicklungsagentur, der Weltbank u.a. Finanzinstitutionen, Großbritanniens und der Bundesrepublik hinzu, so beläuft sich

die westliche Wirtschaftshilfe 1985 auf offiziell ausgewiesene 668,4 Mio Dollar. Diese Summe übertrifft immerhin den laufenden Staatshaushalt El Salvadors, und zwar exakt um 8%!<sup>2</sup>

Trotz eines erstmaligen leichten Zuwachses des Bruttoinlandprodukts (BIP) von 1,5% im Jahr 1984 ist Fakt, daß der pro-Kopf-Anteil am BIP (wegen des Bevölkerungswachstums) im gleichen Jahr jedoch um 1,4% sank, das BIP seit 1979 um rund 1/4 zurückging, die Auslandsverschuldung 1984 auf 2,3 Mrd Dollar und damit der Schuldendienst auf 37,2% der Exporterlöse bzw. 16,4% des BIP stieg. Es ist dies eine Kriegswirtschaft auf Pump, die angesichts der oligarchischen Besitzverhältnisse (siehe AIB-Sonderheft 3/1982, S. 26ff.) dramatische soziale Auswirkungen zeitigen muß.

Im Zeitraum 1981-84 betrug der Preisanstieg für Konsumgüter 97%, fiel der Reallohn um 65%. Die Arbeitslosigkeit erreichte 40-45%, die Unterbeschäftigung weitere 40% der Erwerbsfähigen. Der damit verknüpfte Verelendungsprozeß der Besitzlosen und zusehends auch der Mittelschicht rief seit 1983 einen Wiederaufschwung von Streikämpfen und anderen Massenprotesten hervor. Sie gipfelten am 1. Mai 1985 mit der Demonstration von 40.000 in San Salvador, der größten Massenaktion seit dem Repressionsjahr 1980.<sup>3</sup>

Die Krise der salvadorianischen Wirtschaft, die ungeachtet des zweitstärksten

Industriepotentials Mittelamerikas auf ein Niveau der 60er Jahre zurückfiel, dauert also an. Sie hat ihre Ursachen in den inneren Kriegsschäden (geschätzte 1 Mrd. Dollar), der Kapitalflucht, rückläufigen Exporten (Kaffee, Baumwolle, Zucker), was vornehmlich eine Folge der Weltwirtschaftskrise und des Zusammenbruchs des Gemeinsamen Mittelamerikanischen Marktes ist. Die seit Juni 1984 amtierende Regierung Duarte kam hier bislang über Ansätze zu einer Normalisierung nicht hinaus, was ohne eine Beendigung des inneren wie regionalen Kriegszustandes auf Dauer auch kaum zu erwarten ist.

### Wahlenthaltung der Mehrheit

Und wie steht es mit der Stabilisierung des politischen Systems, der Regierung? Auf den ersten Blick mochte der Sieg der Christdemokratischen Partei (PDC) bei den Parlaments- und Kommunalwahlen vom 31. März d.J. für manchen wie ein Sprung der Regierung Duarte in stabile Verhältnisse erscheinen.

Immerhin errang die regierende PDC unter José Napoleon Duarte mit 53,99% der abgegebenen Stimmen die absolute Mehrheit in den Kommunen und der Nationalversammlung, nämlich 33 von insgesamt 60 Sitzen. Die Rechtsallianz von Roberto D'Aubuissons Republikanisch-Nationalistische Partei (ARENA; 29,79%) und der Partei der Nationalen Versöhnung (PCN; 7,81%, vormals 19%) büßte damit ihre parlamentarische Vormachtstellung und die direkte Kontrolle über die Regierungsgeschäfte ein.<sup>4</sup> Die Sachwalter der Oligarchie beherrschen damit, was die Staatsämter angeht, nurnoch den Obersten Gerichtshof.

Dennoch ist dies bei näherem Hinsehen eher ein Phyrus-Sieg Duartes, ein Wahlsieg von recht zweifelhaftem Aussagewert. Da wäre zunächst die einmalig hohe Wahlenthaltung, gingen doch gerade 35% der rund 2,7 Mio. Wahlberechtigten zu den Urnen. Und dies trotz der bestehenden Wahlpflicht, deretwegen Nichtwähler mit Ahndungen bzw. Repressionsakten zu rechnen haben. Von den rund 945.000 abgegebenen Stimmzetteln (bei den Präsidentschaftswahlen im Mai 1984 zählte man 1,5 Mio.) waren ferner rund ein Drittel ungültig gemacht, womit die Protestwähler zur zweitstärksten Kraft dieses Urnengangs aufstiegen. Hinzu kommen die von kaum jemandem geleugneten Wahlbetrügereien in Orten, die umkämpft oder unter fester Kontrolle der Nationalen Befreiungsfront Farabundo Martí (FMLN) sind. In vielen dieser Dörfer bzw. Kleinstädte, in denen es weder einen Wahlkampf noch eine Kandidatennominierung gegeben hatte, füllten die Militärs wegen ausbleibender

Wählermassen eigenhändig die Urnen auf.

Kein Wunder, daß Verteidigungsminister General E. Vides Casanova und das Oberkommando der Streitkräfte in einem Kommuniqué die Wahlanfechtung seitens der Rechtsparteien genauso abwies wie der zentrale Wahlrat.<sup>5</sup>

Bemerkenswert ist außerdem der absolute Verlust an Wählern auch der Christdemokraten. Sie bekamen diesmal 499.838 Stimmen, das sind 9% weniger als bei der Präsidentschaftswahl 1984. Die ARENA büßte 25%, die PCN gar 70% an Stimmen ein.<sup>6</sup>

Von daher erbrachte der Ausgang der Märzahlen 1985 zwar die vorläufige Erringung von Positionsvorteilen durch die PDC im bürgerlich-parlamentarischen System, aber noch lange nicht den Beweis für dessen Stabilität schlechthin. Bewiesen haben die Ziffern zum 31. März 1985 ganz im Gegenteil einen deutlichen Vertrauensverlust der salvadorianischen Bevölkerung in das unter Ausschluß der Linkskräfte abgezogene Wahlspektakel für Reagans „Demokratie“.

### Massendruck für den Dialog

Dahinter steht eine breite Desillusionierung gegenüber den Verheißungen der zugelassenen Parteien, ihre Wahl eröffne einen Ausweg aus der wirtschaftlich-sozialen Krise, dem Kriegszustand und dem – obzwar heute selektiven – Mordtreiben von Todesschwadronen und Sicherheitskräften. Nicht vertrauensfördernd wirken schließlich Erscheinungen wie das Weiterbestehen des Wahlbetrugs, der faktischen Vormachtstellung von Militärs und Oligarchie gegenüber Parlament und Regierung.

Der Rekord an Wahlenthaltungen und ungültigen Stimmzetteln bei den jüngsten Wahlen ist insofern vor allen Dingen ein deutlicher Beleg dafür, daß heute die große Mehrheit der Salvadorianer eine Lösung der nationalen Krise nicht gegen, sondern nur mit der Nationalen Befreiungsfront Farabundo Martí (FMLN)/ Demokratisch-Revolutionäre Front (FDR) als möglich ansieht.

Ähnlich schwer wiegt die Tatsache, daß Präsident Duarte und die Christdemokratie selbst ihren Wahlerfolg in erster Linie dem offensiven Bekenntnis zum Frieden und Dialog zu verdanken haben. Neben Reformen (Agrar-, Sozialbereich) und der Respektierung der Menschenrechte hatte die PDC im Wahlkampf am nachdrücklichsten versprochen, den im Oktober 1984 in La Palma aufgenommenen Dialog mit der FMLN/FDR fortzuführen. Sie konnte auf diese Weise ein Gutteil des breiten Bewußtseins für sich vereinnahmen, daß die Chance, den salvadorianischen Krieg über eine Liquidierung der Guerilla zu beenden, gleich Null ist. Dazu hat sich die FMLN inzwischen zu fest im Volk verankert, stellt sie eine zu schlagkräftige und flexible Gegenmacht dar.

Andererseits sieht sich Duarte in seinem Dialogversprechen umso mehr in die Pflicht genommen, als diese Forderung inzwischen zum Anliegen nicht nur der Kirche (sie spielt eine aktive Vermittlerrolle!), sondern auch einer reaktivierten Massenbewegung geworden ist. Hinter den insgesamt 112 Streiks des Jahres 1984, an denen rund 350.000 Arbeiter und Angestellte teilnahmen, und den wiederholten Großdemonstrationen von Kooperativbauern und Landarbeitern stehen sowohl die in den Untergrund



Bauerndemonstration für die Landreform in San Salvador im September 1983 (unten); Friedensdemonstration im Oktober 1984 in La Palma: „Duarte, Präsident des Friedens“



# Hector Oqueli Zum Dialog gibt es keine Alternative



Hector Oqueli gehört zu den Hauptakteuren des Dialogs, der im Oktober 1984 in La Palma zwischen der Regierung Duarte und den Befreiungsfronten FMLN/FDR eröffnet wurde. Als Mitglied der Politisch-Diplomatischen Kommission der FMLN/FDR repräsentierte er diese beim zweiten Dialogtreffen vom 30.11.1984 in Ayagualo. Innerhalb der Demokratisch-Revolutionären Front (FDR) vertritt er die sozialdemokratische Nationale Revolutionäre Bewegung (MNR).

**FRAGE:** Im Laufe der letzten Jahre hat die FMLN/FDR eine Reihe von politischen Lösungsvorschlägen zum salvadorianischen Konflikt gemacht. Existiert eine Kontinuität in diesen Vorschlägen oder gibt es Elemente, die verändert worden sind?

**H. OQUELI:** All unsere Vorschläge hatten ein Ziel gemein: Es sollte verhindert werden, daß sich das Leiden des salvadorianischen Volkes verlängert. Es sollte eine massive Invasion der USA verhindert werden, die nicht nur das Leiden unseres Volkes verstärken, sondern auch das Risiko beinhalten würde, daß sich der Konflikt auf ganz Zentralamerika ausweitet. (...)

In diesem Sinne greifen alle unsere Vorschläge die Elemente auf, die den Konflikt hervorgerufen haben, und die es nötig machen, eine andere Lösung des Konflikts zu finden.

**FRAGE:** Welches sind diese Elemente?

**H. OQUELI:** Erstens die Weiterentwicklung und die zunehmende Verallgemeinerung des Krieges während der letzten 4 Jahre, die eine deutliche Situation der Doppelmacht geschaffen hat. Im Land gibt es zwei Armeen, und da es zwei Armeen gibt, ist die Kontrolle über das Landesgebiet und die Autorität zwischen Regierung und FMLN/FDR geteilt.

Zweitens sind in diesen 4 Jahren hunderttausende von Menschen zu Flüchtlingen innerhalb und außerhalb des Landes geworden.

Es sind, drittens, mehr als 50.000 Salvadorianer durch die Repressionsorgane des Regimes ermordet worden; diese Toten bedeuten Leiden und Schmerz unseres Volkes.

Viertens hat die Verschlechterung der Wirtschaftslage zu einer noch größeren Verelendung der Massen in El Salvador geführt.

Und schließlich wäre die verstärkte Intervention der Vereinigten Staaten in die internen Angelegenheiten El Salvadors zu nennen. Von 1980 bis heute hat unser Land allein im Bereich der militärischen und „sicherheitspolitischen“ Unterstützung von der US-Administration 1 Mrd Dollar bekommen.

**FRAGE:** Worin könnte die Rolle der USA im Dialogprozeß zwischen der Regierung

und der FMLN/FDR bestehen?

**H. OQUELI:** Die USA stellen einen externen Faktor dar, der in das salvadorianische Leben eingedrungen ist.

Die entscheidende Rolle, die sie spielen, zeigt sich nicht nur in der wachsenden Hilfe, die sie im Bereich der militärischen Ausstattung, Finanzhilfe und Ausbildung geben, sondern auch auf internationaler Ebene.

Die Rolle, die die USA bei der Verteidigung des Regimes spielen, ist für dieses lebenswichtig und wird deshalb auch entscheidend sein bei der Konfliktlösung durch Dialog und Verhandlungen.

Wir haben bereits verschiedene Male gesagt, daß die USA neben der Oligarchie und der Armee die tatsächliche Macht in El Salvador darstellen. Und deshalb wird die Beschleunigung oder Stagnation des Dialogs von ihrem Willen, eine Verhandlungslösung zu finden, abhängen.

Bis jetzt deutet alles daraufhin, daß die Reagan-Administration nicht die Absicht hat, eine Verhandlungslösung zu finden.

Sie hat ein politisches Projekt mit Duarte an der Spitze entworfen, aber in erster Linie zielt sie darauf hin, einen militärischen Sieg der salvadorianischen Armee zu erreichen, d.h. die Niederlage der FMLN. In dieser Weise fortzufahren, würde bedeuten, daß der Dialog und die Verhandlungen schwerlich in Richtung einer Lösung weiterentwickelt werden können.

Deshalb glauben wir, müssen wir versuchen, auf die USA nicht nur Druck auszuüben, um zu erreichen, daß sie eine politische Verhandlungslösung akzeptieren, sondern auch, sie dazu zu bringen, ihre Funktion als Interventionsmacht in El Salvador und ganz Zentralamerika einzuschränken, wodurch eine massive Intervention vermieden wird. (...)

## Schlüsselmacht USA

**FRAGE:** Zur Zeit ist zwischen der Regierung und der FMLN/FDR ein mehr oder weniger stabiler Dialogmechanismus etabliert worden. Trotzdem haben die Treffen eher Gesprächscharakter, des Austauschs von Positionen gehabt. Auf welche Weise könnten sich die Gespräche in tatsächliche Verhandlungen verwandeln?

**H. OQUELI:** Um die vorhandenen Hindernisse im Entwicklungsprozeß zu verstehen, muß man gezwungenermaßen das Konzept der salvadorianischen Regierung zur Politik des Landes in Betracht ziehen.

Die Regierung meines Landes geht von dem Konzept eines Regimes aus, das das, was es bisher erreicht hat, über die berühmten Wahlen, die im März/Mai 1984 in zwei Runden abgehalten worden sind, erreicht hat.

Napoleón Duarte versichert, daß El Salvador 1984 nicht das gleiche ist wie El Salvador 1979. Da hat er sicher Recht, aber nicht im Sinne einer qualitativen Veränderung, sondern einer Verschlechterung der wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen und der viel höheren interventionistischen Rolle der USA.

Ausgehend von seinem eigenen Konzept der Realität, macht Duarte einen Friedensvorschlag, in dem er, wie er sagt, den „bewaffneten Aufständischen“ einen politischen Spielraum garantiert, damit sie sich in Leben und Arbeit wiedereingliedern und am politisch-

demokratischen Prozeß teilhaben. In seinem Vorschlag sagt er, daß der allgemeine Rahmen, der die Errichtung einer demokratischen Regierung im Lande erlaubt, die Politische Verfassung ist. (...)

Das Problem ist nur, und das kann jeder Salvadorianer bestätigen, daß die Regierung permanent und systematisch die Verfassung verletzt.

Die andere Konzeption, die Duarte von der Realität des Landes hat, leugnet sogar die eigene Geschichte des salvadorianischen Volkes. In seinem Vorschlag führt er aus, daß die Beteiligung an der Macht von ehrlichen und regelmäßigen Wahlen ausgehend, vonstatten gehen müßte. Mit dieser Behauptung möchte Duarte den Kampf der FMLN/FDR als einen ungerechten Kampf darstellen. Außerdem ist es ausreichend, darauf hinzuweisen, daß das Aufstandsrecht von der salvadorianischen Politischen Verfassung anerkannt ist... (...)

## Monolog-Vorschlag Duartes

**FRAGE:** Heißt das, daß nach den beiden Treffen zwischen der FMLN/FDR und der Regierung Duarte, die Haltung der letztgenannten negativ bleibt?

**H. OQUELI:** Abgesehen von den philosophischen Konzepten Duartes der Realität, die ich schon genannt habe, ist der Vorschlag, den er der FMLN/FDR zur politischen Beteiligung macht, vereinfachend, verkürzt und oberflächlich, da er nur Amnestie und Ausbürgerung der Aufständischen und Zurückführung der Flüchtlinge und Exilierten beinhaltet, obwohl es sich bei dem Konflikt um ein politisches, wirtschaftliches und soziales Problem handelt.

Zusammenfassend: Duarte schlägt eher einen Monolog als einen Dialog vor, in welchem er eine Lösung durchsetzen möchte, die dem Aufgeben der FMLN gleichkommen würde. Diese Haltung ist inakzeptabel. (...)

**FRAGE:** Wenn der Dialog weitergeht, ist dann mit einer Feueereinstellung in nächster Zukunft zu rechnen?

**H. OQUELI:** (...) Das Ziel der aktuellen Gespräche ist es nicht, den Krieg zu beenden, sondern zu diskutieren und auszuhandeln, wie man ihn beendet. Ohne Abkommen gibt es keine Feueereinstellung.

Sowohl die Streitkräfte als auch Duarte verneinen in ihren Darstellungen, daß es im Land zwei Armeen gibt, und doch haben sie sich mit Repräsentanten der FMLN/FDR zusammengesetzt, um zu verhandeln, haben sie versichert, daß sie eine mögliche Waffenruhe unterstützen, und die Existenz des Krieges anerkennen.

Also gut, wie beendet man den Konflikt bei der Existenz von zwei Armeen? Anscheinend beabsichtigt ihn Duarte dadurch zu lösen, daß er von einer dieser Armeen die Aufgabe fordert. Wenn dies die Lösung wäre, hätte es dem salvadorianischen Volk gar nichts genützt, im Kampf zu der Ebene zu gelangen, auf der es heute steht.

Für dieses Volk ist der Krieg ein Ausweg legitimer Verteidigung gewesen und, wenn die Konditionen die gleichen bleiben, wird der Krieg ein Hauptelement in dem Konflikt während und nach den ersten Runden der Gespräche bleiben.

(Quelle: señal de libertad, Nr. 1-2/1985, S. 5-8)

gedrängten revolutionären Massenorganisationen der Vereinigten Bewegung der Arbeit und Gewerkschaften (MUSYGES) als auch die christdemokratisch geführte Dachgewerkschaft Demokratische Volksunion (UPD, gegr. 1980).

Sie dürften auf absehbare Zeit für gehörigen Druck von der Basis sorgen, der die Regierung Duarte gleichermaßen mit sozialen Forderungen (Lohnerhöhungen, Preissenkungen, Kleinkredite) und dem Drängen auf eine politische Verhandlungslösung in Zugzwang bringen wird.

## Duarte zwischen zwei Feuern

Zu dem Druck, den die im Aufwind befindliche Massenbewegung wohl dauerhaft zugunsten des Dialogs auf die herrschenden Kreise ausüben dürfte, tritt mit dem Wahlsieg Duartes der Umstand, daß sich sein Spielraum in Richtung einer politischen Verhandlungslösung erweitert hat. Die Stärkung seiner Position (Parlaments-, Massenrückhalt) im Verhältnis zu den Ultrarechten verschafft ihm einen größeren Spielraum für die Gespräche mit der Guerilla.

Dabei kommt ihm zustatten, daß sich im Ergebnis des Krieges auch in einflußreichen Kreisen des Militärs eine realistischere, flexiblere Haltung in der Dialogfrage breitgemacht hat. Von daher sind die Chancen für die Vertiefung des Dialogs und auf einen gerechten Frieden gestiegen.

Das Dilemma der Christdemokratie: Wie soll sie ihre sozialreformerischen Versprechen einlösen, solange die Militärausgaben einen derart unmäßigen Anteil des Staatsbudgets verschlingen (er stieg 1981-84 von 8,8% auf 23,3%)<sup>7</sup> und die Wirtschaftssabotage durch die Guerilla einen dauerhaften wirtschaftlichen Wiederaufschwung unwahrscheinlich macht? Von daher sind ihrer Stabilisierung- bzw. Integrationsfähigkeit recht enge Grenzen gesetzt.

Andererseits widersetzen sich die wirtschaftlich Mächtigsten im Land, die Kaffeeoligarchen, der Unternehmerverband ANEP und ihr Sprachrohr ARENA erbittert jedem Reformexperiment und dem Dialog mit „den Subversiven“. ARENA-Führer D'Aubuisson verurteilte die Gespräche mit der FMLN/FDR am 6. Januar d.J. „als ein Propagandainstrument für die Rebellen“.<sup>8</sup>

US-Militärberater bei der Ausbildung salvadorianischer Elitetruppen



Joaquin Villalobos

## Die FMLN änderte ihre Strategie

Comandante Joaquin Villalobos (33), kürzlich totgesagt, ist eines der fünf Mitglieder des Generalkommandos der Nationalen Befreiungsfront Farabundo Marti (FMLN): Mitte April d.J. gab er in Perquin/Morazan dem Sonderkorrespondenten Bousquet folgendes Interview.

**FRAGE:** Duarte gab eine Erklärung bezüglich der Erneuerung des Dialogs nach den Wahlen ab. Was erwarten Sie vom Dialog?

**J. VILLALOBOS:** Ich meine, wenn es einen Druck vom Volk und einen internationalen Druck zum Dialog gibt, zusätzlich zu all dem, was wir für das Zustandekommen eines dritten Treffens tun können, dann hängt alles übrige von Duarte ab. Ich glaube, daß wir ein drittes Treffen haben werden.

**FRAGE:** Was erwarten Sie von diesem Treffen? Das einzige positive Ergebnis der beiden ersten Treffen war, daß Sie am selben Tisch saßen, aber sonst gab es kein besonderes Ergebnis. Ich weiß, man kann nicht alles an einem einzigen Tag erreichen, aber meinen Sie, daß es irgendeine Möglichkeit gibt, bestimmte Fortschritte zu erreichen? Was könnte Ihrer Ansicht nach der erste Schritt sein?

**J. VILLALOBOS:** Die ganz bestimmten Schritte, die möglichen Schritte sind Schritte, die die Humanisierung des Krieges, die Probleme der Kriegsgefangenen, die Bombardierung der Zivilbevölkerung und andere Angelegenheiten wie die Aktivitäten gegen die Volksorganisationen, die Entführung von Menschen in Städten, die in den Gewerkschaften tätig sind, usw. betreffen.

### Einmütig für den Dialog

Wir können nicht von einer Zeit reden. Es wird jedoch ein Weg sein, der einen Austausch von Gedanken, viele Diskussionen und guten Willen erfordert. Wir vertrauen auf unseren Willen zum Dialog. Die Gegenseite muß einen solchen Willen demonstrieren.

**FRAGE:** Stimmen die FMLN und die FDR dem Dialog zu, oder sind sie unterschiedlicher Ansicht?

**J. VILLALOBOS:** Nein. Der einzige Unterschied besteht darin, daß die andere Seite für Propagandazwecke arbeitet. Ich glaube, daß die Schnelligkeit, mit der die FMLN und die FDR alle Ideen aufgenommen haben und – innerhalb von Stunden – auf die Vorschläge Duartes antworteten, ein Beweis ist für unsere Einheit.

Wären wir nicht eins in unserem Denken, hätte es keine gemeinsame Haltung gegeben, so könnte dies nicht geschehen. Dies ist ein deutlicher Beweis der Einmütigkeit der Fronten zugunsten einer Politik des Dialogs.

**FRAGE:** Meinen Sie, es könnte bald zu einer Einigung über einen Waffenstillstand kommen, wie dies in Kolumbien geschah?

**J. VILLALOBOS:** Erlauben Sie mir zu sagen, daß ich daran zweifle, daß unsere Situation in der gleichen Weise gelöst werden kann, in der Kolumbien die seinige löst.

Es sind zwei ganz unterschiedliche Dinge. Der Krieg in El Salvador ist schwieriger und von größerer Tragweite.

Grundsätzlich sind wir mit der Politik der Reagan-Administration konfrontiert. Hätte es keine nordamerikanische Hilfe für die sal-



vadorianische Regierung und für ihre Armee gegeben, so hätte sich das Kräfteverhältnis in El Salvador seit langem abrupt geändert.

Ob wir bestimmte Übereinkünfte erreichen, hängt von der Sicherung eines nationalen Rahmens zur Lösung der salvadorianischen Krise ab. Dies schließt ein, daß strategische Übereinkünfte als Basis eine Lösung für die nordamerikanische Intervention in El Salvador haben müssen.

**FRAGE:** Auf der militärischen Ebene fällt auf, daß der Angriff auf Cerron Grande vor einem Jahr die letzte von der Front durchgeführte Großoperation gewesen ist. Ferner fällt im Laufe der letzten Monate auf, daß Guerillaaktionen, zumindest Großangriffe, spektakuläre Angriffe, wie der auf Paraiso ... nachgelassen haben.

Was sagen Sie dazu? Meinen Sie, daß die Front eine gute Verhandlungsposition hat?

**J. VILLALOBOS:** Wir befinden uns in einer sehr vorteilhaften Position.

Es gibt Meldungen, die das, was ich gesagt habe, unterstützen. Die FMLN ändert zur Zeit ihre Taktik und ihre strategischen Pläne, weil wir glauben, daß die nationale Armee ein Problem darstellt, das militärisch gesehen, gelöst worden ist.

Unser Problem ist es jetzt, eine Lösung im Hinblick auf die Unterstützung, die der nationalen Armee gewährt wird, zu finden. Diese Hilfe wird von den Nordamerikanern geleistet.

### Wechsel zum Zermürbungskrieg

Zwischen 1979 und 1984 wuchs die Armee um das Vierfache. Sie erhielt mehr Flugzeuge als je zuvor. Am Anfang hatte die Armee 12.000 Soldaten. In 4 Jahren verlor sie durch uns 18.000 Soldaten. Wir haben die Armee praktisch eliminiert, was ihre nationale Bedeutung angeht.

Wenn wir natürlich das Problem als eins betrachten, das sich durch die nationale Armee repräsentiert, und wenn wir unsere militärische Strategie in diese Richtung lenken, ohne die Quellen, aus denen die Armee ihre Unterstützung bezieht, zu berücksichtigen, dann würden wir einen Krieg nach ihren Bedingungen führen.

Bei uns findet man ein typisches Überwech-

seln zu den Bedingungen des nicht regulären Krieges mit dem Ziel, die neuen Ideen und neuen Pläne, die die Nordamerikaner in El Salvador verwirklichen wollen, zu zerlegen.

Dieser Wechsel ist bis zu einem gewissen Grade als ein Nachlassen der Fähigkeiten der FMLN interpretiert worden.

Von Bedeutung aber ist, daß wir einen Zermürbungskrieg begonnen haben, weil wir sehen, daß die FMLN nicht mehr der salvadorianischen Armee gegenübersteht. Wir stehen den Nordamerikanern gegenüber, und folglich sind Destabilisierung und Sabotage strategisch wichtige Elemente unserer Militärpolitik.

Wir sind heute mehr denn je davon überzeugt, daß wir nicht zulassen dürfen, daß sich irgendein politisches oder wirtschaftliches Projekt im Lande konsolidiert, wenn es nicht mit unserer Beteiligung im Rahmen einer allgemeinen und den Interessen des Volkes dienenden Lösung verwirklicht wird. Ohne eine solche Beteiligung wird ein solches Vorhaben nicht möglich sein.

Diese Situation kann 1, 2, 3, 4 oder 5 Jahre



Zerbombtes Haus in Cerro de San Pedro. Die Luftangriffe gegen kontrolliertes Gebiet nahmen zu.

anhalten, oder so lange, wie die Armee weiterhin Yankee-Hilfe aufzunehmen vermag. Aber wie lange wird das dauern? Wir wissen es nicht, aber wir stoßen in lebenswichtige Bereiche vor.

Einstweilen fassen wir spektakuläre Operationen nicht als Hauptelement ins Auge. Unser Hauptziel ist, Schlüsselpositionen in strategisch wichtigen Zonen, die im Lauf der 4 Kriegsjahre noch nicht berührt worden sind, Zonen wie die westlichen Landesteile und die südlich-zentrale Zone, zu sichern. Wir werden dorthin gehen.

Wir werden auch alle taktischen Manöver des US-Plans zunichte machen, das Eindringen ... wie beispielsweise im Falle von „Torola I“ (Operation der Regierungstruppen zur Aufstandsbekämpfung), wo wir sie mit geringem Einsatz logistischer Mittel überwältigend schlugen. Wir haben gekämpft wie nie zuvor. Wir reagierten anders auf die Operation, und es gelang uns mehr Schaden anzurichten. (...)

(Quelle: Radio Venceremos, El Salvador, 17.4.1985)

Diese Position findet die Unterstützung eines Teiles des Militärs.

Die Regierung Duarte gab dem Druck der Ultrarechten vorerst nach, indem sie einseitig den Dialog bis nach dem Wahlvorgang, voraussichtlich bis Mitte Juni 1985, aussetzte. Was darüber hinaus die Chance für ein Voranschreiten zu den von der FMLN/FDR offerierten politischen Verhandlungen auf höchster Ebene (siehe nebenstehende Interviews) angeht, so scheint sich Duarte zwischen zwei Feuern zu bewegen.

Für die Reagan-Administration erscheint die Regierung Duarte gegenwärtig insofern als nützlichem Instrument, als sich mit ihrer „Demokratie“-Fassade international und gegenüber dem US-Kongreß die Ausweitung des Zustroms an Finanzen, Waffen und Militärs gen San Salvador leichter rechtfertigen, kaschieren läßt.

Das seit 1983 massivere, direktere Engagement von US-Instrukteuren bei der Professionalisierung der salvadorianischen Streitkräfte und ihrer Aufstandsbekämpfung geschieht mit dem übergeordneten Ziel, die FMLN/FDR militärisch zu eliminieren. Solange deren Stärkeposition und der innere Druck in Richtung Dialog auf das Regime andauert, mag man durchaus Verhandlungsbereitschaft vortäuschen. Diese darf freilich nicht in substantielle Zugeständnisse gegenüber der revolutionären Linken übergehen.

### Hauptfrage Aufstandsbekämpfung

Es ist ein offenes Geheimnis, daß man in Washington ein ungefähres parlamentarisches Kräftegleichgewicht und eine Regierungsallianz zwischen PDC und Ultrarechten lieber gesehen hätte.

Dies nämlich wäre das Miteinander beider bourgeoiser Strömungen gegen die „Subversion“ besser förderlich. Letztlich ist die Oligarchie bzw. Ultrarechte für die Reagan-Administration eher weniger verzichtbar, da sie in der Kardinalfrage Aufstandsbekämpfung die verlässlichste Größe für die imperialistischen Interventionsplaner ist.

Die seit 1984 beweglichere Kriegführung der Regierungstruppen, der Übergang zu Flächenbombardements und US-Feindaufklärungsmethoden à la Vietnam im seitens der FMLN kontrollierten Gebiet und andere US-Neuerungen vermochten es bislang nicht, eine Wende im salvadorianischen Krieg zu erzwingen. Dies nämlich hieße, der Guerilla die militärische Initiative zu entreißen, ihre Präsenz und Operationsfähigkeit einschneidend zu schwächen.

Stattdessen hat sich die FMLN nach Anfangsschwierigkeiten der veränderten Kampfwweise des Gegners angepaßt (siehe



FMLN-Guerilleros bei einer Verkehrsblockade auf der Pan Americana

Villalobos-Interview). So greift sie wieder stärker auf die traditionelle Guerillataktik mit kleineren, beweglicheren Einheiten zurück. So legt sie mittlerweile weniger Wert auf den Ausbau kontrollierter Gebiete als der Doppelherrschaft in den umkämpften Zonen des Ostens und Südens. So ist sie mit sichtbarem Erfolg bestrebt, ihre bewaffneten Aktivitäten dauerhaft auf den Raum San Salvador und den vormals unberührten, wirtschaftlich bedeutenden Westen auszuweiten.

Und schließlich sucht die FMLN/FDR die sich im Zuge des Dialogs und der Wiederbelebung der Massenkämpfe bietenden größeren Möglichkeiten zur politischen Untergrundarbeit systematischer auszuschöpfen.

La Palma und Ayagualo<sup>9</sup> haben in El Salvador offensichtlich eine politische Dynamik in Gang gesetzt, welche die Einflußfelder der Befreiungsbewegung weitertreiben und den auf das Regime und die US-Interventen einwirkenden Zugzwang verstärken helfen dürfte.

### Anmerkungen:

- 1) Nach: International Herald Tribune (IHT), Paris/Zürich, 18./19.5.1985 und Frankfurter Allgemeine Zeitung, 18.5.1985
- 2) Daten laut: El Pais, Madrid, 17.5.1985 und Mittelamerika Informationsdienst (mid), Nr. 25, März 1985, S.4
- 3) Nach: Informationsdienst El Salvador (ides), Nr. 240, 17.5.1985 und Mitteilungen der Bundesstelle für Außenhandelsinformation (bfa), Wirtschaftsfrage in El Salvador, November 1984, S. 1-2
- 4) In der neuen Nationalversammlung halten ARENA und PCN jetzt 25 Sitze, die von letzterer abgespaltene konservative PAISA und die liberale Demokratische Aktion je 1 Mandat.
- 5) Vgl. IHT, 5.4.1985
- 6) Daten nach: Tageszeitung (taz), 22.4.1985 und ides, Nr. 236, 19.4.1985
- 7) Ebenda, Nr. 240, 17.5.1985
- 8) NACLA. Report on the Americas, Washington, Januar-Februar 1985, S.4
- 9) Wortlaut des FMLN/FDR-Verhandlungsvorschlags von Ayagualo (30.11.1984) siehe in: Informations Bulletin, Wien, Nr. 5/1985, S. 40-44

Ruben Zamora

# „Wir möchten, daß das aufhört!“

Prof. Ruben Ignacio Zamora ist Mitglied der Politisch-Diplomatischen Kommission der Nationalen Befreiungsfront Farabundo Martí/Demokratisch-Revolutionären Front (FMLN/FDR). In dieser Eigenschaft nahm er an den ersten Verhandlungen mit der Regierung Duarte am 15.10.1984 in La Palma teil. R. Zamora, der der Politischen Kommission der Christlich-Sozialen Volksbewegung (MPSC) angehört, verließ im Januar 1980 die Christdemokratische Partei, für die er als Mitglied des Politischen Komitees und als Staatsminister der Reformjunta (Oktober 1979-Januar 1980) fungiert hatte.

**FRAGE:** Wie sieht die aktuelle militärische Lage in El Salvador aus und wie begegnet ihr die salvadorianische Guerilla?

**R. ZAMORA:** In El Salvador findet ein Volksbefreiungskrieg statt, der schon mehrere Jahre andauert. (...)

Der Krieg in El Salvador hat eine Eigenschaft, die ihn vom Befreiungskrieg in Kuba oder in Nicaragua unterscheidet. Dieser Unterschied besteht darin, daß sowohl in Nicaragua als auch in Kuba die Größe der Regierungstruppen von Anfang bis zum Ende des Krieges praktisch gleich blieb. (...)

In El Salvador zählte die Armee am Beginn des Krieges 12.000 Mann, heute zählt sie 42.000. Zu Beginn des Krieges gab es praktisch keine Luftwaffe, heute gehören die salvadorianischen Luftstreitkräfte zu den schlagkräftigsten der Region. Ihre Feuerkraft hat sich wesentlich erhöht. (...)

Die Regierungsarmee ist vollständig umstrukturiert worden... Jetzt wird ein System mit drei Typen von Einheiten aufgebaut (schnell bewegliche Elitetruppen für den Einsatz auf dem gesamten Territorium; „Jäger“-Bataillone die verhindern sollen, daß sich die Guerilla in einem bestimmten Gebiet festsetzt; paramilitärische Einheiten der Zivilverteidigung; d. Red.). (...)

Mit diesen drei Typen von Einheiten will das nordamerikanische Kommando die Streitkräfte der FMLN zur Räumung der Zentral- und Südregion des Landes zwingen, weil dies die lebenswichtigsten Regionen sind. Die wichtigsten Städte und Straßen, die wichtigsten Stromleitungen und Eisenbahnverbindungen und der größte Teil der Produktion befinden sich in diesen Zonen.

## Beweglichere Guerilla

Sie wollen die FMLN in die nördlichen Gebiete des Landes, die an Honduras grenzen, abdrängen, um dort die Truppen der FMLN zu umzingeln und sie Bombardierungen, Einkreisungs- und Vernichtungsaktionen auszusetzen.

Sie wollen die FMLN im Norden schlagen, sie zerstreuen und auf diese Weise den Krieg gewinnen. Diese Taktik wird seit Juni 1983 angewandt.

Die Strategie der FMLN ist grundsätzlich entgegengesetzt: Sie will den Krieg immer näher an die dichtbewohnten Gebiete des Landes heranbringen, ihn an die Städte heranführen. Die Strategie der FMLN ist es, immer näher an die Zentralzone des Landes heranzukommen und in dieser Zentralzone bis in den Westen vorzustoßen. (...)

Insgesamt zeigt sich, daß die Armee es nicht



geschafft hat, die FMLN aus der Zentralzone des Landes zu vertreiben, sondern daß sich, im Gegenteil, der Krieg immer mehr in dieser Zone abspielt. Dies ist ein Hinweis darauf, daß die strategische Initiative im Krieg bei der FMLN liegt, weil sie es ist, die den Schauplatz der Kriegshandlungen bestimmt. (...)

**FRAGE:** Welche Konsequenzen hätte eine mögliche nordamerikanische Invasion?

**R. ZAMORA:** Wir verstehen unseren Krieg als einen Krieg, der in der Politik beginnt und in ihr endet. Sein Ziel ist die Machtübernahme und die Befreiung des Landes.

Aufgrund dieser Perspektive betrachten wir eine nordamerikanische Invasion als etwas, was wir versuchen müssen, zu vermeiden, da sie eine ungeheure Zerstörung im Land anrichten würde. (...)

## Regionalisierung des Krieges abwenden

Vor allem aber würde eine nordamerikanische Intervention die Regionalisierung des Konfliktes bedeuten.

Wir glauben nicht, daß die USA in El Salvador intervenieren können, ohne eine Reihe von Maßnahmen gegen Nicaragua zu ergreifen... Deshalb bedeutet die Invasion die Regionalisierung des Krieges. Wir glauben, daß wir eine politische Verhandlungslösung in El Salvador finden müssen.

Der Weg einer politischen Übereinkunft ist möglich. Er würde in hohem Maße dazu beitragen, die Invasion zu vermeiden. Er würde die Region verteidigen und dem Frieden für Mittelamerika dienen. (...)

Es war der militärische Erfolg der FMLN, der die Möglichkeit zu politischen Verhandlungen eröffnet hat. Würden wir militärisch geschlagen, gäbe es keinerlei Möglichkeiten zu Verhandlungen. (...)

**FRAGE:** Sie sprechen von der organisierten Massenbewegung, aber es gibt eine unendliche Anzahl von Sektoren der Bevölkerung, die nicht organisiert sind.

**R. ZAMORA:** Das ist richtig. Zuweilen räumen wir vom Standpunkt einer revolutionären Politik diesen Sektoren nicht die Bedeutung ein, die ihnen zukommt, weil wir sie manchmal der Politik der Bourgeoisie zurechnen. Aber sie sind eine politische Realität. (...)

Ich bezeichne das unorganisierte Volk, das eine bestimmte Meinung vertritt, als öffentliche

Meinung. Das ist nicht nur eine Position der Mittelschichten, sondern auch von Teilen des Volkes. Dazu gehören die unorganisierten Arbeiter, die Bauern, die der politische Einfluß der FMLN/FDR nicht erreicht, die Randschichten der Städte, die nicht organisiert sind und die auch der politische Einfluß nicht erreicht. Im Bereich der Mittelschichten der Städte stößt man am häufigsten auf diese Position.

Charakteristisch für diese Sektoren der Bevölkerung ist, daß sie ihre Angst vor dem Unterdrückungsapparat des Staates nicht ablegen. Sie stehen der Regierung skeptisch gegenüber, sehen aber gleichzeitig keine Aussicht für einen baldigen Sieg des Volkes. Und diese Bevölkerungskreise brauchen klare Perspektiven.

Die relative Passivität dieser Sektoren der Bevölkerung gestattet es dem Regime, sie in bestimmten Situationen zu manipulieren, wie zum Beispiel bei den Wahlen, d.h. in einer zeitlich begrenzten Phase intensiver Wahlpropaganda. Die Drohung, daß die Stimmabgabe obligatorisch ist und die Personalausweise einen Stempel erhalten, ist genug, um diese Masse zur Wahl gehen zu lassen.

Am meisten profitiert von dieser Passivität das Regime, nicht wir. Denn wir brauchen nicht Passivität, sondern aktive Teilnahme bei der Machtergreifung. (...)

## Alternative Frieden

In diesen Bevölkerungskreisen entwickelt sich auch der Wunsch nach einer Beendigung des Krieges.

Dies ist vor allem in den Städten von Bedeutung. Da der Krieg hauptsächlich in den ländlichen Gebieten geführt wird, bekommen diese Sektoren ihn nicht so hautnah mit, wie ihn zum Beispiel ein Bauer miterleben kann. Er hat konkrete Beweise der FMLN. Er sieht, wie sie operiert, sieht die Verluste des Feindes...

In den Städten sieht man das alles nicht. Das einzige, was diese Bevölkerungskreise spüren, sind die Auswirkungen des Krieges in Form von Wirtschaftskrise, Versorgungsschwierigkeiten, Strom- und Telefonausfall, repressiven Kontrollen... Und daraus entwickelt sich die Haltung: „Wir möchten, daß das aufhört.“

**FRAGE:** Welche politischen Auswirkungen hat diese Haltung?

**R. ZAMORA:** Im politischen Bereich sehen wir, wie wichtig es ist, daß die revolutionäre und demokratische Bewegung die politische Lösung propagiert, da sie so all diese Bevölkerungskreise ansprechen kann. Sie ist eine Alternative für diese Massen, die sie heute nicht haben. (...)

Diese Menschen sehen aber keine Möglichkeit, daß wir bald siegen könnten. Deshalb kann die Forderung nach der Alternative einer politischen Lösung sich in eine Forderung verwandeln – und es ist in der Tat wichtig, daß dies geschieht –, die diese Sektoren mobilisieren kann...

**FRAGE:** Das Problem ist, daß die Christdemokratische Partei keine Macht, keine Stärke besitzt, daß die extreme Rechte einerseits und die Vereinigten Staaten andererseits Druck ausüben... Warum erwartet die Linke, daß Duarte eine Entscheidung zugunsten des Dialogs treffen könnte?

R. ZAMORA: Wenn wir Duarte oder die Regierung sagen, dann sagen wir das, weil wir meinen, daß der Dialog oder die Verhandlungen mit der Regierung geführt werden müssen. Wie sich aber der Entscheidungsprozeß innerhalb der Regierung abspielt, ist ein anderer Teil der Analyse.

Hier ist das Problem, daß die Entscheidungen von der Armee, von den Nordamerikanern gefällt werden. Die Regierung selbst ist der schwächste Faktor im Entscheidungsprozeß. Ja, die extreme Rechte ist in der Lage, Einfluß auszuüben, aber von außerhalb der Regierung... Sie ist eine soziale, wirtschaftliche und politische Kraft im Land. Man muß das Problem des Entscheidungsprozesses in diesem Rahmen sehen.

Die USA sind gegen die Initiierung von Verhandlungen, um zu einer politischen Lösung in El Salvador zu kommen. Die Situation innerhalb der Armee muß man, glaube ich, ausführlicher analysieren.

Früher griff sie zur Repression und nach der Staatsführung. In den vergangenen 3 Jahren bestand ihre politische Praxis im wesentlichen aus Repression, aber darüber hinaus befand sie sich im Krieg. Und das ist ein Unterschied. Repression ist nicht das gleiche wie Krieg.

Die Armee ist in den Krieg eingetreten, und die Tatsache, daß sie 4 Jahre im Krieg steht, hat Veränderungen innerhalb der Streitkräfte bestimmt, z.B. bei den Beförderungen. Früher wurden sie ausschließlich aufgrund von Beziehungen vorgenommen, doch jetzt mußte man das System der Verdienste anerkennen. (...)

Dieses Beförderungssystem, diese größere Professionalisierung führt zu einer relativen Eigenständigkeit der Streitkräfte gegenüber der Oligarchie. Dies ist ein Faktor, der bei der Analyse des salvadorianischen Konflikts berücksichtigt werden muß. (...)

Früher beruhte das Beförderungssystem nur auf der Vetternwirtschaft. Ein Offizier wurde befördert, weil ihm die Oligarchie schmutzige Geschäfte anbot, die in Korruption mündeten. Und er legte sein Geld im Ausland an.

#### Mehr Realitätssinn der Militärs

Inwiefern hat sich das geändert? Heute werden die Offiziere durch den Krieg befördert, so daß sich ihre enge Verbindung mit der Oligarchie nicht mehr so leicht ergibt. Die Korruption im Land nimmt andere Formen an.

Z.B. ein García (General und Verteidigungsminister bis zum April 1983; d. Red.) oder auch jemand anders, der von der Spitze der Armee entfernt wurde, geht nach Miami, wo er seine Dollarmillionen hat und macht sich ein schönes Leben. Heute verfügt ein relativ großer Sektor der Armee nicht mehr über diese Möglichkeit, und deshalb ist ein Militär erledigt, wenn das Land am Ende ist.

Die objektive Situation dieser Soldaten bringt sie in größere Abhängigkeit vom Schicksal ihres Landes.

Welche politischen Konsequenzen hat dies? Daß sich diese Offizierskreise immer mehr Gedanken machen um die wirtschaftliche Situation El Salvadors, seine Wirtschaftsaussichten und die Beziehungen zwischen Krieg und Wirtschaft.

Je professioneller sie sind, desto mehr beginnen sie zu erkennen, daß sie den Krieg kurzfristig nicht gewinnen können. Wenn sie ihn überhaupt gewinnen können, dann nur langfristig. Und ihnen ist klar, daß die Wirtschaft des Landes den Krieg nicht durchhalten kann.

In diesen Offizierskreisen entwickelt sich langsam die Tendenz, nach Alternativen zum Krieg zu suchen. (...)

(Quelle: Pensamiento Propio, Managua, Nr. 18, Oktober/November 1984, S. 13-18)



Das Volk trägt die Bürde

Dieter Boris

## Zuspitzung der Krise in Guatemala

Mitte April 1985 mehrten sich in Guatemala die Anzeichen einer krisenhaften Zuspitzung, die zugleich den Nährboden für neue Putschgerüchte abgaben. Das überaus mächtige Koordinationskomitee der Unternehmervverbände (CACIF) drohte einen „Unternehmerboykott“ für den Fall an, daß Präsident Mejía Víctores die angeordnete Steuer- und Finanzreform nicht wieder rückgängig machen werde.

Nach einigen Tagen intensiven Tauziehens, in welches auch die – Mejía Víctores nicht ausdrücklich unterstützende – Versammlung der höchsten Offiziere einbezogen war, wurden die Maßnahmen aufgehoben, und in den darauffolgenden Tagen traten der Finanz- und der Wirtschaftsminister zurück.

Der Präsident beklagte in einer Fernsehansprache „Pläne zur Destabilisierung“ seiner Regierung und stornierte eine geplante Europa-Reise.

Gleichwohl scheint dieses Mal die Konstellation nicht auf einen Putsch hinauszulaufen, da durch die Unterbrechung des sog. „Demokratisierungsprozesses“ bestimmte systemgefährdende Tendenzen möglicherweise sogar noch verstärkt werden könnten.<sup>1</sup>

Die sich seit 1981 immer deutlicher abzeichnende wirtschaftliche Talfahrt (vgl. AIB 5/1984, S. XV-XIX) ist auch nach

den neuesten Daten noch keineswegs beendet. Nach Angaben der UN-Wirtschaftskommission für Lateinamerika (CEPAL) stagnierte die guatemaltekeische Ökonomie 1984 (nach negativen Wachstumsraten 1982: -3,5% und -2,7% 1983!). Das bedeutet aber zugleich, daß das Pro-Kopf-Wachstum des Bruttoinlandprodukts (BIP, zugegebenermaßen ein grober Indikator) mit fast -3% nun schon das vierte Jahr hintereinander negativ ausfiel.

#### Die Talfahrt dauert an

Was dies in einem Land mit hoher Einkommenspolarisierung und einer ohnehin schon breiten Verelendung bedeutet, kann man sich leicht vorstellen. Die wesentlich von Agrarexporten (Kaffee, Baumwolle, Zucker) abhängende guatemaltekeische Ökonomie litt vor allem unter starkem Preisverfall ihrer Hauptprodukte auf dem Weltmarkt (von 1980-84: 33,3%), an Kürzungen der Exportquoten in den Empfängerländern (vor allem den USA) sowie im industriellen Bereich an den eingeschränkten Exportmöglichkeiten in die Nachbarländer infolge des immer mehr zerfallenden Mittelamerikanischen Gemeinsamen Marktes (MCCA).

Devisenknappheit für industrienotwendige Importe sowie die chronische Binnenmarktschwäche, durch die starke Mehrwertsteueranhebung der Regierung zeitweise noch akzentuiert, sind weitere Aspekte des guatemaltekischen Krisenprogramms, das auch für die nahe Zukunft keine besonders optimistischen Prognosen zuläßt.<sup>2</sup>

Zunehmende Kapitalflucht und Außenverschuldung haben die Regierung zum Nachsuchen eines Beistandskredits beim Internationalen Währungsfonds (IMF) veranlaßt, dessen Einräumung dieser aber — wie üblich — an die Einhaltung bestimmter wirtschaftspolitischer Maßnahmen (Steuererhöhung, Exportzölle, Abwertung der Währung usw.) gebunden

hat. Der Versuch der Regierung Mejía Victores, diese in die Wirklichkeit umzusetzen, hat zu immer heftigeren Konfrontationen mit Teilen bzw. in bestimmten Fragen mit der gesamten Bourgeoisie geführt.

Diese besitzt zwar ebenfalls kein stimmiges Konzept zur Krisenbewältigung (im Sinne der Beseitigung struktureller Krisenursachen), und wenn von ihr nicht gerade bestimmte Sonderinteressen verfochten werden, scheinen ihre Forderungen sogar auf noch rigidere Austeritätsmaßnahmen als die der Regierung hinauszulaufen.

Privatisierung von Staatsbetrieben, Entlassung staatlicher Beschäftigter, Senkung der Ausgaben für Erziehung und

Gesundheit usw. — sind Forderungen großer Teile der guatemaltekischen Bourgeoisie, die allerdings mit den Militärs darin einig ist, daß keinerlei Abstriche an den Militärausgaben zur Bekämpfung der Guerilla gemacht werden dürfen.

Daß die gerade wieder offen zutagegetretenen Spannungen zwischen Militärs und Bourgeoisie nun in einer „demokratischen Öffnung“ (unter Einschluß der Etablierung bürgerlich-rechtsstaatlicher Verhältnisse und der Rückkehr der Militärs in die Kasernen) gelöst werden sollen und dieses Konzept plötzlich von allen Seiten mit naiv-gläubiger Inbrunst — ungeachtet der Tradition Guatemalas und der durch das Militär geschaffenen

## Erklärung der URNG

# Die Maske der Demokratisierung

3 Jahre nach ihrer Gründung im Februar 1982 veröffentlichte die Guatemaltekische Revolutionäre Nationale Einheit (URNG) eine Erklärung, in der sie die aktuelle Situation analysierte und die Aufgaben der Guerilla und der Volksbewegung benannte. Der URNG gehören vier politisch-militärische Organisationen, die Guerillaarmee der Armen (EGP), die Rebellenischen Streitkräfte (FAR), die Revolutionäre Organisation des Volkes unter Waffen (ORPA) und die Guatemaltekische Partei der Arbeit — Nationaler Führungskern (PGT-N) an. Wir dokumentieren Auszüge aus der Erklärung.

Ein weiteres Jahr des Kampfes unseres Volkes ist vergangen. Weder die demagogischen Demokratisierungsversprechungen noch die Aufstandsbekämpfungsmaßnahmen in den Entwicklungsschwerpunkten konnte es verwirren. Ebensowenig konnten die Offensiven gegen die Guerilla und das reichlich vergossene Blut es in seinem Vormarsch zur Eroberung der Freiheit bremsen.

Ein besonders entscheidendes Jahr ist vergangen. Die internationale Situation ist gespannt und die regionale Entwicklung ist gekennzeichnet durch die konstanten und andauernden Versuche der Reagan-Admini-

stration, direkt in Mittelamerika, vor allem gegen die heldenhaften Völker Nikaraguas und El Salvadors, zu intervenieren. In dieser Situation hat sie auch ihre politische und militärische Unterstützung für die guatemaltekische Diktatur verstärkt.

Gegenwärtig ist das „Demokratisierungs“-Projekt, das der Aufstandsbekämpfung dient, in eine Krise eingetreten. Sein gegen das Volk gerichteter Inhalt ist in dem Maße deutlich geworden, wie die unterschiedlichen Positionen der herrschenden Klassen zum Ausdruck kommen, und Alternativen als Wege, um aus der tiefen wirtschaftlichen, politischen und sozialen Krise herauszukommen, angeboten werden, die objektiv keine Lösungen sind. Daran schließt sich die Auseinandersetzung zwischen den verschiedenen Klassensektoren bei jedem Vorschlag an, der ihre wirtschaftlichen Interessen beeinträchtigen könnte.

Im militärischen Bereich hat die Diktatur einmal mehr ihre Unfähigkeit bewiesen, die revolutionäre Bewegung zu neutralisieren oder zu zerstören. Die Unmöglichkeit wirkliche Lösungen für die gesamten Probleme des Landes zu finden sowie die repressiven und gegen das Volk gerichteten Maßnahmen haben die Ablehnung der Armee und die Zurückweisung jedes Regierungsprojektes durch das Volk verstärkt. Es wurde einmal mehr bewiesen, daß der einzige Weg, um das Land vor der Katastrophe zu retten, der Kampf und der Sieg der revolutionären Volksbewegung ist. (...)

Angesichts der Absichten und der Perspektiven des Regimes bekräftigt die Guatemaltekische Revolutionäre Nationale Einheit (URNG) erneut ihre Entschlossenheit und ihren unverbrüchlichen Willen, die Entwicklung des revolutionären Krieges zu beschleunigen bis er im Sieg und der Errichtung einer revolutionären, patriotischen, demokratischen und Volksregierung gipfelt.

Die URNG ruft die wirklich demokratischen politischen Kräfte auf, wachsam zu sein, damit ihre Anstrengungen und ihr Oppositionskampf bei den anstehenden Wahlen und danach nicht manipuliert und benutzt werden, um das Projekt der Militärführung zu legitimieren. Wir rufen sie alle auf, den Charakter und den Inhalt des Wahlprojektes zu entlarven.

Die Parteien, die sich mit der Militärspitze verbünden, warnen wir, daß der Zeitpunkt auch für ihre Glaubwürdigkeit und ihr zukünftiges Überleben von besonderer Bedeutung ist. Diejenigen, die sich am Spiel der Oberkommandos beteiligen, werden die ge-



Einheit der URNG vor dem Einsatz

Fakten – propagiert wird, muß besondere Gründe haben.

Einmal geht es der Bourgeoisie darum, daß die öffentlichen Ressourcen besser kontrolliert und effektiver eingesetzt werden. Das parlamentarische Spiel unterschiedlich rechter Parteien scheint ihr kalkulierbarer als die teilweise individuelle Willkür einzelner Militärrherrscher.

Zweitens besteht seit längerem schon in den Reihen der guatemalteckischen Großbourgeoisie der begründete Verdacht, daß ein Großteil der höheren Offiziere ihre privilegierte öffentliche Position zur privaten Bereicherung ausgenutzt und gleichzeitig damit die Erfüllung der „ur-

eigensten“ Aufgaben des Militärs (vor allem gegenüber der inneren systemgefährdenden Opposition) vernachlässigt habe. Diese, besonders seit 1970 (mit Beginn der Präsidentschaft von Carlos Arana Osorio) eingetretene, dank der Umstände in Kauf genommene, Fehlentwicklung soll nun korrigiert werden.

Drittens hat sich gezeigt, daß bestimmte Demokratisierungsbeispiele in Lateinamerika taktische und propagandistische Vorteile, auch Verbesserungen des „internationalen Images“, mit sich brachten (und damit auch größere Kredit- und Militärhilfen erleichtert werden), ohne daß sich die Substanz der Herrschafts- und Machtverhältnisse hatte ändern müssen (El Salvador, Honduras usw.).



Die Wahlen ändern nichts an der Macht der Militärs

schichtliche Verantwortung auf sich laden, als Deckmantel für die vergangenen und zukünftigen repressiven Pläne gedient zu haben.

Die Offiziere der Armee, die anderer Meinung sind, denen es widerstrebt, sich an der Unterdrückung zu beteiligen und die gegen die interventionistischen Pläne sind, rufen wir auf, sich zu widersetzen und mit allen möglichen Mitteln die gegen das Volk gerichteten Maßnahmen ihrer Vorgesetzten zu erschweren.

Wir entbieten allen beruflichen und gewerkschaftlichen Sektoren sowie den fortschrittlichen Christen unseren Gruß für ihren heldenhaften Kampf für wirtschaftliche und soziale Forderungen, der zur Befreiung beiträgt und weiter beitragen wird. Wir ermutigen sie weiterzukämpfen für die Verteidigung ihrer wirtschaftlichen, politischen und sozialen Rechte.

Wir grüßen unser heldenhaftes Volk, das trotz der unaufhörlichen Unterdrückung und der Kontrolle durch die Polizei Tag und Nacht mit seiner Unterstützung und seiner Kraft bei seinen revolutionären Kräften war. Unseren mittelamerikanischen Brüdern gegenüber bekräftigen wir unsere unverbrüchliche Entschlossenheit, furchtlos gegen jegliche nordamerikanische Intervention zu kämpfen. Wir drücken ihnen heute unsere größte Solidarität und Übereinstimmung bei der Verteidigung der mittelamerikanischen Heimat aus.

Die URNG erklärte seit ihrer Gründung vor

3 Jahren, daß ihr Programm einer revolutionären, demokratischen, patriotischen und Volksregierung die einzige Alternative der Macht ist (siehe AIB 5/1985, S. 25 und AIB-Sonderheft 3/1984, S. IX). Aus Anlaß der Begehung unseres dritten Jahrestages bekräftigen wir dies. Dies tun wir nicht, weil wir uns nach dem unausweichlichen Scheitern des Aufstandsbekämpfungsplans an der sog. „demokratischen Öffnung“ und seinen reformistischen Plänen ausrichten noch weil wir einen plötzlichen und unerwarteten Sieg proklamieren.

Wir bekräftigen es, weil die historische Erfahrung der letzten Jahre und die objektive Analyse der wirtschaftlichen, politischen und sozialen Entwicklungstendenzen Guatemalas und des lateinamerikanischen Gebietes deutlich zeigen, daß keine Umgruppierung der Faktoren, die Teil des Planes der herrschenden Kräfte des Landes sind, die Möglichkeit einer stabilen Alternative eröffnen kann.

Keine Variante könnte auf die Unterstützung, das Vertrauen und die Beteiligung der wirtschaftlichen, politischen und sozialen Sektoren zählen, deren Handeln unabdingbar ist, um sie zu stützen und am Leben zu erhalten, wenn man sich das Programm der URNG betrachtet.

Wir bereiten uns auf ein weiteres Kriegsjahr vor, das Kämpfe und auch neue Siege mit sich bringen wird. (...)

(Quelle: informador guerrillero, Guatemala, Nr. 38, 28.2.1985, S. 2-5)

Insbesondere der letzte Gesichtspunkt wird von großen Teilen der herrschenden Klasse Guatemalas als unmittelbar bedeutsam für die wirtschaftliche Reaktivierung angesehen. Sie glauben, daß mit einer Stabilität und Korrektheit verheißenden Wahlprozeß der Zustrom von Auslandskapital nicht ausbleiben werde, die Karibische-Becken-Initiative Präsident Reagans vom Februar 1982 und die Auswirkungen des Kissinger-Plans vom Januar 1984 (Begünstigung von Auslandskapital für die Entfaltung neuer Exportbranchen; siehe AIB 2/1984, S.5) im Verein mit der Erholung des Weltmarkts Früchte tragen werden. Im übrigen könnten unter den Bedingungen einer zivilen Regierung öffentliche Kredite aus den USA bzw. aus den internationalen Kreditinstitutionen wesentlich leichter „locker“ gemacht werden als unter den gegenwärtigen Regimes. Die Wiederaufnahme der Militärhilfe der USA könnte das Problem des chronischen Defizits des Staatshaushalts entlasten helfen, und die Militärs könnten sich – in Wiederaufnahme der alten „Arbeitsteilung“ – voll auf die Guerilla-Bekämpfung konzentrieren.

Trotz der Wahlen zu einer „Konstituierenden Versammlung“ am 1. Juli 1984 (vgl. hierzu AIB 9/1984, S. 32f.) und trotz der großen internationalen enthusiastisch-begeisterten Propaganda bezüglich des „Demokratisierungsprozesses in Guatemala (getragen z.B. von der Regierung Reagan, sekundiert von der westdeutschen Bundesregierung, publizistisch als grandiose Neuerung und Wendung zum Besseren aufgebauscht von der internationalen Rechtspresse wie Newsweek, Frankfurter Allgemeine, U.S. News and World Report usw.) gehen die Morde und Massaker weiter.

Die neuen auf eine vollkommene Militarisierung des Landes hinauslaufenden sog. „Interinstitutionellen Koordinationsstellen“ werden ebenso beibehalten bzw. ausgebaut wie die Praxis der „Modelldörfer“, der „Patrouillen der zivilen Selbstverteidigung“ in ihrer volksfeindlichen und menschenverachtenden Wirkungsweise (siehe hierzu: AIB 5/1984, S. V-X).

Erstaunlich ist in diesem Zusammenhang, daß neben einigen kleinen parteipolitischen Gruppen, die sich als „zentristisch“ einschätzen (wie z.B. die Neue Kraft, die Revolutionär-Demokratische Einheit, die Zivile Demokratische Front, die Bewegung 20. Oktober und die Humanistische Bewegung der Demokratischen Integration, die gemeinsam mit der rechtssozialdemokratischen Vereinigten Front der Revolution (FUR) noch vor den Wahlen zu der Konstituierenden Versammlung ein gemeinsames „Manifest der Einheit der demokratischen Linken“ herausgegeben haben)

nun auch die Sozialistisch-Demokratische Partei (PSD), die Mitgliedspartei der Sozialistischen Internationale ist, ihre Teilnahme an den Wahlen am 27. Oktober 1985 angekündigt hat. Sie hat damit ihre bisherige Linie, man dürfe dem abermaligen scheidemokratischen Manöver der Militärs und der guatemalteckischen Großbourgeoisie durch eine Beteiligung keine Legitimität verschaffen, offenbar aufgegeben.<sup>3</sup>

Nahezu alles deutet darauf hin, daß die angekündigten Demokratisierungsschritte des „Übergangsregimes“ Mejía Víctores nur taktische, oberflächlich-kosmetische Korrekturen gegenüber der bisherigen Herrschaftspraxis mit sich bringen und keine wirklichen Zugeständnisse an die demokratischen und revolutionären Kräfte beinhalten werden.

### Wiederaufschwung der Guerilla...

Unabhängig hiervon ist es der guatemalteckischen Linken in den letzten 18 Monaten gelungen, aus einer Situation weitgehender Defensive herauszukommen und verlorengegangenes Terrain wiederzugewinnen.

Insbesondere in den Jahren 1982 und 1983 traf die breit angelegte und systematische militärische Repression die Guerilla hart. Zu der Wucht und der Raffinesse des Ansturms des Militärs kamen gewisse Schwächemomente bei der Guerilla hinzu. Angeregt durch die Ereignisse in Nicaragua und El Salvador kamen Strömungen in der guatemalteckischen Guerilla auf, welche auf einen raschen Sieg setzten. Offenbar waren die Guerillaarmee der Armen (EGP) und die Revolutionäre Organisation des Volkes unter Waffen (ORPA) mehr als die Rebelischen Streitkräfte (FAR) und die Guatemalteckische Partei der Arbeit – Nationaler Führungskern (PGT-N), die beiden anderen Guerillagruppen, davon betroffen.

Eine gewisse „triumphalistische“ und kurzfristige Sichtweise vernachlässigte die wichtigen Differenzen in der Herrschaftsstruktur zwischen Nicaragua und Guatemala. Und sie ließ wichtige Postulate des „verlängerten revolutionären Volkskriegs“ in Vergessenheit geraten. Erscheinungen von unzureichender Bewaffnung, unzulänglicher militärischer Ausbildung und mangelhafter politischer Arbeit in der Bevölkerung basierten auf der Vorstellung, ein Volksaufstand gegen das Militärregime werde bald spontan ausbrechen. Als dann das Militär mit geballter Kraft zurückschlug, und die Guerilla nicht in der Lage war, die von Massakern und Massendeportationen bedrohte Bevölkerung zu schützen, verlor sie auch etwas an politischer Glaubwürdigkeit.

Diese Tendenzen innerhalb einzelner Guerillagruppen sind mittlerweile überwunden. Auch hat sich die Koordination zwischen den einzelnen Gruppen und Fronten seither offenbar erheblich verbessert. Seit Mitte 1984 hat die in der Revolutionären Nationalen Guatemalteckischen Einheit (URNG, gegründet 1982) zusammengeschlossene Guerilla wieder einige bedeutende Aktionen unternommen. Diese sind gekennzeichnet durch die Konzentration relativ zahlreicher Kräfte und die zeitweise Einnahme fester Orte des Heeres bzw. von Kasernen (z.B. „La Perla“, einer Ex-Hacienda, die als Heerlager dient).

So wird die Gefährdung der Zivilbevölkerung möglichst niedrig gehalten und der militärische und politische Effekt der Aktion erhöht. R. Leonhard zitiert einen Sprecher der Guerilla hinsichtlich dieses kürzlichen Taktikwechsels: „Früher fügten wir dem Gegner in erster Linie schmerzhaftes Nadelstiche zu, heute trachten wir danach, zu Vernichtungsschlägen auszuholen, um Kriegsmaterial zu erbeuten.“<sup>4</sup>

1984 sollen bereits über 1.000 Mann des Heeres durch Guerillaaktionen gefallen sein, in diesem Jahr in den ersten beiden Monaten bereits 250.<sup>5</sup> Die zeitweise von einigen Militärs verbreitete These, daß die Guerilla endgültig vernichtet sei, wird heute gelegentlich von hochrangigen Militärs dementiert.

Parallel zum Wiederaufschwung der Guerilla sind auch auf anderen Kampffeldern Positionsgewinne zu vermerken: In der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung sind es vor allem die kampf- und leidgeprüften Coca-Cola-Arbeiter von Guatemala-Stadt, die kürzlich über 3 Monate lang ihre Fabrik besetzt hielten und damit großes Aufsehen erregten. Desgleichen kam es in den letzten Monaten zu Streiks bei der halbstaatlichen Telefongesellschaft GUATEL, den städtischen Munizipalbeschäftigten u.a. Gruppen.

### ...und des Massenwiderstands

Auch die Studenten sind wieder in Bewegung geraten. Ende Februar d.J. errichteten sie in der Hauptstadt auf dem Weg zur Universität Barrikaden. Auch in Quetzaltenango, der zweitgrößten Stadt des Landes, kam es zu studentischen Protesten gegen die in der neuen, gerade beratenen, Verfassung vorgesehene Einschränkung der universitären Autonomie.

Die begonnenen und rasch intensivierten Auseinandersetzungen um die Verschwundenenproblematik durch die Gruppe Gegenseitiger Unterstützung (GAM) reihen sich ebenso in diese Ten-

denz wieder artikulierter Proteste ein wie die allmählich wieder entstehenden Stadtteilorganisationen in Guatemala-Stadt.

Die Rückgewinnung von politischem Bewegungsspielraum durch die demokratische und revolutionäre Linke wird sich nicht ohne weiteres übergehen oder gar liquidieren lassen. Alle entsprechenden Versuche der bürgerlichen oder militärischen Rechten werden das „Demokratisierungs“-Manöver noch deutlicher als Farce hervortreten lassen.

### Anmerkungen:

- 1) Vgl. Informationsdienst El Salvador (ides), Nr. 236, 19.4.1985, S.6: „An einem neuerlichen Putsch ist niemandem gelegen: den zivilen Politikern, die sich zum Teil ernsthafte Hoffnungen auf eine Öffnung machen, würde es wieder die Verbannung ins Exil oder in den Untergrund bringen, der Wirtschaft würde er die an Demokratisierung geknüpften Kredite entziehen und die Armee müßte auf die wieder verstärkt anlaufende Waffenhilfe aus den USA verzichten. Deswegen gibt es bisher auch noch keine Anzeichen dafür, daß sich ein Teil der Streitkräfte gegen den angeschlagenen Staatschef stellt.“
- 2) Vgl. Noticias de Guatemala, Nr. 115, April 1985, S. 9ff. und Nr. 114, März 1985, S. 8ff.
- 3) Guatemala: Volveran los Militares a sus cuarteles?, in: Nueva Sociedad, Caracas, Nr. 76, März/April 1985, S. 4-6
- 4) Ralf Leonhard, Guerrillakampf in Guatemala: Taktikwechsel, in: Die Wochenzeitung, Basel, Nr. 39, 28.9.1984, S.10
- 5) Siehe: Informador guerrillero (Hrsg. EGP), Nr. 37, 19.1.1985 sowie ides, Nr. 236, 19.4.1985

MID MID MID MID MID MID MID  
MID MID MID MID MID MID MID  
MID MID MID MID MID MID MID  
MID MID MID MID MID MID MID

### mittelamerika informationsdienst e.v.

Erscheint wöchentlich mit aktuellen Analysen, Hintergrundberichten und Interviews zu und aus Mittelamerika.

Unsere Quellen sind 11 Presseinitiativen aus El Salvador, Guatemala, Honduras, Nicaragua und Costa Rica, eigene Korrespondenten sowie die umfangreiche Berichterstattung der mexikanischen Presse über Mittelamerika.

### Ein Abonnement kostet:

- \* für ein Jahr DM 130.00
- \* für 1/2 Jahr DM 70.00
- \* Probeabo (8 Hefte) DM 20.00

Sternstorbrücke 13, 5300 Bonn und Hanauer Landstr. 147-149, 6000 Frankfurt/M 1, Tel: 069/447414